

**Gesetz  
über die Hochschulen im Freistaat Sachsen  
(Sächsisches Hochschulgesetz – SächsHSG)**

Inhaltsübersicht

**Teil 1  
Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Rechtsnatur und Gliederung der Hochschulen
- § 3 Bezeichnung, Name
- § 4 Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium
- § 5 Aufgaben
- § 6 Selbstverwaltung und Auftragsverwaltung
- § 7 Maßnahmen der Aufsicht
- § 8 Landesrektorenkonferenz
- § 9 Qualitätssicherung
- § 10 Studiengangsbezogene Kooperationen
- § 11 Hochschulplanung und -steuerung
- § 12 Wirtschaftsführung, Rechnungslegung, Finanzierung
- § 13 Gebühren und Entgelte
- § 14 Grundordnung, Ordnungen
- § 15 Verarbeitung personenbezogener Daten

**Teil 2  
Studium und Lehre**

Abschnitt 1  
Studium

- § 16 Studienziel
  - § 17 Lehrangebot
  - § 18 Hochschulzugang
  - § 19 Immatrikulation
  - § 20 Gasthörerinnen und Gasthörer, Frühstudentinnen und Frühstudenten
-

- § 21 Rückmeldung, Beurlaubung, Fristenberechnung
- § 22 Exmatrikulation
- § 23 Rechte und Pflichten der Studentinnen und Studenten
- § 24 Studienkolleg
- § 25 Rechtsstellung, Aufgaben und Mitwirkung der Studentenschaft
- § 26 Organe der Studentenschaft
- § 27 Wahlen der Organe der Studentenschaft
- § 28 Ordnung der Studentenschaft
- § 29 Zusammenarbeit der Studentenräte
- § 30 Finanzwesen der Studentenschaft
- § 31 Haftung

## A b s c h n i t t 2

### L e h r e

- § 32 Studienjahr
- § 33 Studiengänge
- § 34 Regelstudienzeit
- § 35 Prüfungsordnungen
- § 36 Prüfungen
- § 37 Studienordnungen
- § 38 Einstufungsprüfungen, Hochschulprüfungen Externer
- § 39 Weiterbildende Studien und Studiengänge

## T e i l 3

### H o c h s c h u l g r a d e u n d S t i p e n d i e n

- § 40 Hochschulgrade
  - § 41 Promotion
  - § 42 Habilitation
  - § 43 Graduiertenstudium, Meisterschülerstudium
  - § 44 Landesstipendien
  - § 45 Ausländische Grade, Titel und Tätigkeitsbezeichnungen
-

**Teil 4**  
**Forschung und Entwicklung**

- § 46 Wissenschaft und Forschung
- § 47 Drittmittelfinanzierte Forschung
- § 48 Veröffentlichung von Forschungsergebnissen
- § 49 Entwicklungsvorhaben und künstlerische Vorhaben

**Teil 5**  
**Mitgliedschaft und Mitwirkung**

- § 50 Mitglieder und Angehörige der Hochschulen
- § 51 Mitgliedergruppen
- § 52 Wahlen
- § 53 Wahlperioden und Amtszeiten
- § 54 Mitwirkung
- § 55 Beschlüsse
- § 56 Gleichstellungsbeauftragte und Ansprechpersonen
- § 57 Öffentlichkeit, Verschwiegenheit

**Teil 6**  
**Personal**

- § 58 Allgemeine Bestimmungen
  - § 59 Berufungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren
  - § 60 Ausschreibung
  - § 61 Berufung von Professorinnen und Professoren
  - § 62 Außerordentliche Berufung von Professorinnen und Professoren
  - § 63 Gemeinsame Berufungen
  - § 64 Einstellungs- und Ernennungsvoraussetzungen für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren
  - § 65 Einstellung oder Ernennung von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren
  - § 66 Tandemprofessorinnen und Tandemprofessoren
  - § 67 Außerplanmäßige Professorinnen und Professoren, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren
  - § 68 Lehrbeauftragte
  - § 69 Dienstaufgaben der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer
  - § 70 Freistellung von Professorinnen und Professoren
-

- § 71 Dienstrechtliche Stellung der Professorinnen und Professoren
- § 72 Dienstrechtliche Stellung der Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren
- § 73 Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- § 74 Lektorinnen und Lektoren
- § 75 Wissenschaftsmanagerinnen und Wissenschaftsmanager
- § 76 Akademische Assistentinnen und Assistenten
- § 77 Dienstrechtliche Stellung der Akademischen Assistentinnen und Assistenten
- § 78 Lehrkräfte für besondere Aufgaben
- § 79 Regelung der Dienstaufgaben
- § 80 Nebentätigkeit
- § 81 Dienstrechtliche Sonderregelung für das wissenschaftliche und künstlerische Personal
- § 82 Gemeinsame Bestimmungen für das Hochschulpersonal
- § 83 Wissenschaftliche Redlichkeit

## **Teil 7**

### **Aufbau und Organisation der Hochschule**

#### Abschnitt 1

#### Zentrale Organe

- § 84 Zentrale Organe der Hochschule
- § 85 Senat
- § 86 Erweiterter Senat
- § 87 Rektorin oder Rektor
- § 88 Rektorat
- § 89 Prorektorinnen und Prorektoren
- § 90 Kanzlerin oder Kanzler
- § 91 Hochschulrat

#### Abschnitt 2

#### Organisationseinheiten unterhalb der zentralen Ebene

- § 92 Fakultät
  - § 93 Fakultätsrat
  - § 94 Dekanin oder Dekan
  - § 95 Dekanat
-

§ 96 Studiendekanin oder Studiendekan und Studienkommission

### Abschnitt 3

#### Zentrale Einrichtungen, An-Institute, Forschungszentren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften

§ 97 Zentrale Einrichtungen

§ 98 Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung

§ 99 Hochschulbibliothek

§ 100 Forschungszentren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften

§ 101 An-Institute

### Teil 8

#### Sonderregelungen für einzelne Fakultäten und Hochschulen

§ 102 Medizinische Fakultäten

§ 103 Zusammenarbeit der Medizinischen Fakultät mit dem Universitätsklinikum

§ 104 Dekanat der Medizinischen Fakultät

§ 105 Fakultätsrat der Medizinischen Fakultät

§ 106 Medizinische Einrichtungen außerhalb der Universität

§ 107 Veterinärmedizinische Fakultät der Universität Leipzig

§ 108 Palucca Hochschule für Tanz Dresden

§ 109 Erweiterung der Autonomie, Stärkung der Flexibilisierung

§ 110 Staatliche Ausbildung in Theologie

### Teil 9

#### Staatlich anerkannte Hochschulen sowie Hochschulniederlassungen und studiengangsbezogene Kooperationen

§ 111 Anerkennung von Hochschulen

§ 112 Akkreditierungsverfahren

§ 113 Folgen der Anerkennung

§ 114 Verlust der Anerkennung

§ 115 Genehmigung von Hochschulniederlassungen

§ 116 Genehmigung von studiengangsbezogenen Kooperationen

---

## Teil 10 Studentenwerke

§ 117 Errichtung, Rechtsstellung, Aufgaben und Zuordnung

§ 118 Ordnungen

§ 119 Organe

§ 120 Wirtschaftsführung

## Teil 11 Schlussbestimmungen

§ 121 Namensschutz, Ordnungswidrigkeiten

§ 122 Übergangsbestimmungen

## Allgemeine Bestimmungen

### § 1

#### Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für folgende staatliche Hochschulen ~~im Freistaat Sachsen~~ (Hochschulen):

1. die Universitäten:

- a) Technische Universität Chemnitz,
- b) Technische Universität Dresden,
- c) Technische Universität Bergakademie Freiberg,
- d) Universität Leipzig,

2. die Kunsthochschulen:

- a) Hochschule für Bildende Künste Dresden,
- b) Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden,
- c) Palucca Hochschule für Tanz Dresden,
- d) Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig,
- e) Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig,

3. die ~~Fachhochschulen~~ Hochschulen für angewandte Wissenschaften:

- a) Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden – Hochschule für angewandte Wissenschaften,
  - b) Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig – Hochschule für angewandte Wissenschaften,
  - c) Hochschule Mittweida – Hochschule für angewandte Wissenschaften,
-

- d) Hochschule Zittau/Görlitz – Hochschule für angewandte Wissenschaften,
  - e) Westsächsische Hochschule Zwickau – Hochschule für angewandte Wissenschaften.
- (2) Die §§ ~~106~~ 111 bis ~~108~~ 116 bleiben unberührt.

(3) Staatsministerium im Sinne dieses Gesetzes ist, soweit nicht anders bezeichnet, das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus.

## § 2

### **Rechtsnatur und Gliederung der Hochschulen**

(1) Die Hochschulen sind rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts.

(2) Die organisatorische Grundeinheit der Hochschule ist die Fakultät. Die Grundordnung kann die Bildung anderer organisatorischer Grundeinheiten vorsehen. Die Regelungen dieses Gesetzes über die Fakultäten und deren Organe gelten für solche Grundeinheiten entsprechend.

## § 3

### Bezeichnung, Name

(1) Die Bezeichnung „Universität“ wird einer Hochschule durch Gesetz verliehen.

(2) Der Name einer Hochschule kann durch die Grundordnung erweitert oder verändert werden. <sup>2</sup>Namensbestandteil; von der Bezeichnung nach Absatz 1 darf nicht abgewichen werden. Namensbestandteil ist stets der Ort des Sitzes der Hochschule. Einer Teileinrichtung einer Hochschule mit besonderem Profil oder besonderer Tradition kann durch die Grundordnung ein eigener Name zuerkannt werden.

## § 4

### **Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium**

Der Freistaat Sachsen und die Hochschulen gewährleisten im Rahmen ihrer Aufgaben, dass die Freiheit von Kunst und Wissenschaft sowie von Forschung und Lehre nach Artikel 5 ~~Abs.~~ Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und Artikel 21 Satz 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen sowie die Freiheit des Studiums für die Mitglieder und Angehörigen der Hochschule gewahrt wird. Die Freiheit der Forschung umfasst insbesondere die Fragestellung, die Grundsätze der Methodik sowie die Verbreitung und Bewertung der Forschungsergebnisse. Die Freiheit der Lehre umfasst im Rahmen der Lehraufgaben insbesondere die Abhaltung von Lehrveranstaltungen und deren inhaltliche und methodische Gestaltung sowie das Recht auf Äußerung von wissenschaftlichen und künstlerischen Lehrmeinungen. Die Freiheit des Studiums umfasst, unbeschadet der Studien- und Prüfungsordnungen, insbesondere die freie Wahl von Lehrveranstaltungen, das Recht, innerhalb eines Studienganges Schwerpunkte nach eigener Wahl zu bestimmen, sowie die Erarbeitung und Äußerung wissenschaftlicher und künstlerischer Meinungen.

## § 5

### **Aufgaben**

(1) Die Hochschulen pflegen ihrem fachlichen Profil entsprechend Wissenschaft, Kunst und Bildung durch Forschung, Lehre ~~und Studienangebote.~~ <sup>2</sup>Fachhochschulen, Studienangebote und Weiterbildung im Bewusstsein ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft in einem freiheitlichen, demokra-

tischen und sozialen Rechtsstaat. Die Hochschulen nach § 1 Absatz 1 Nummer 3 dienen den angewandten Wissenschaften und der angewandten Kunst und nehmen überwiegend praxisorientierte Lehr- und Forschungsaufgaben wahr.

(2) Die Hochschulen haben insbesondere folgende Aufgaben: Sie

1. bereiten ihrem fachlichen Profil entsprechend mit Studienangeboten auf berufliche Tätigkeiten im In- und Ausland vor und bieten berufsbegleitende und allgemeine wissenschaftliche Weiterbildung an,
2. fördern den wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchs,
3. fördern durch Forschung, Lehre, Wissens- und Technologietransfer im Rahmen ihres fachlichen Profils die Digitalisierung, nutzen bei der Bereitstellung und Vermittlung des Lehrangebotes die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik sowie der Digitalisierung, fördern den Erwerb von Kenntnissen und Kompetenzen für den digitalen Wandel und tragen dazu bei, durch die Digitalisierung hervorgerufene gesellschaftliche Veränderungen zu bewältigen,
- 3-4. fördern Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ihrer Mitglieder und Angehörigen,
- 4-5. fördern die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Forschungsfördereinrichtungen, kulturellen Einrichtungen und Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie der Wirtschaft,
- 5-6. unterstützen die Weiterbildung ihrer Mitglieder und Angehörigen,
- 6-7. beraten Studieninteressenten am Studium Interessierte sowie Studentinnen und Studenten über Studienangebote, Inhalt, Aufbau und Anforderungen eines Studiums,
- 7-8. beraten die Studentinnen und Studenten in fachlichen und studienorganisatorischen Fragen,
- 8-9. fördern die studentische Selbsthilfe,
- 9-10. fördern den Wissens- und Technologietransfer sowie den künstlerischen Transfer, veröffentlichen zu diesem Zweck ihre Forschungsergebnisse und setzen sich mit den Möglichkeiten von deren Nutzung auseinander,
11. tragen mit ihrer Forschung und Lehre zum Erhalt und zur Verbesserung menschlicher Lebens- und Umweltbedingungen, zur bewussten Nutzung von Ressourcen und einer nachhaltigen Entwicklung sowie zur Lösung weiterer gesellschaftlicher Aufgaben bei,
- 10-12. fördern die internationale, ~~insbesondere die europäische~~ Zusammenarbeit, insbesondere den Austausch im Hochschulbereich Europäischen Hochschulraum,
- 11-13. berücksichtigen bei ihren Entscheidungen soziale Belange ~~der ihrer~~ Mitglieder und Angehörigen, fördern ~~die~~ kulturelle und die sportliche Betätigung der Studentinnen und Studenten und können für ihre weiteren Mitglieder und ihre Angehörigen die sportliche Betätigung und Gesundheitsvorsorge fördern, unterstützen Studentinnen und Studenten mit Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen, fördern die Integration ausländischer Studentinnen und Studenten insbesondere durch sprachliche und fachliche Betreuung,
- 12-14. berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse ihrer Mitglieder, Angehörigen sowie Studienbewerberinnen und Studienbewerber mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten, treffen die erforderlichen Maßnahmen zu deren Inklusion, damit diese die Angebote der Hochschule selbständig und barrierefrei in Anspruch nehmen können, und tragen dafür Sorge, dass Studentinnen und Studenten mit Behinderung Behinderungen oder chronischer Krankheit chronischen Krankheiten in ihrem Studium nicht benachteiligt werden und die Angebote der Hochschule möglichst ohne fremde Hilfe in Anspruch nehmen können,
- 13-15. nehmen die bibliothekarische Versorgung der Hochschule und darüber hinausgehende bibliothekarische Aufgaben wahr.



(3) Die Hochschulen wirken auf die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern unter Beachtung geschlechtsspezifischer Auswirkungen ihrer Entscheidungen hin und erstellen ein Gleichstellungskonzept für das hauptberuflich tätige Personal, das alle fünf Jahre zu aktualisieren ist. Das Gleichstellungskonzept soll Steigerungsziele und Festlegungen zu personellen, organisatorischen und weiterbildenden Maßnahmen enthalten, mit denen die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen, insbesondere in Führungs- und Entscheidungspositionen, erreicht werden kann. Die Hochschulen sollen sich für die Steigerungsziele des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals mindestens an dem Geschlechteranteil der niedrigeren Qualifizierungsstufe im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich orientieren.

(4) Die Hochschulen erstellen Personalentwicklungskonzepte.

(5) Die Hochschulen unterbreiten den Lehrenden ein Angebot zur Erlangung didaktischer Fähigkeiten und den Führungskräften ein Angebot zur Stärkung der Führungskompetenz.

(6) Die Hochschulen berücksichtigen die Vielfalt ihrer Mitglieder und Angehörigen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und tragen insbesondere dafür Sorge, dass alle Mitglieder und Angehörigen ungeachtet ihrer Herkunft und ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechtes, des Alters, der sexuellen Identität, einer Behinderung, einer chronischen Krankheit, ihrer Religion oder ihrer Weltanschauung gleichberechtigt an Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung im Rahmen ihrer Aufgaben, Rechte und Pflichten an der Hochschule teilnehmen können.

~~(4)(7)~~ Weitere Aufgaben dürfen den Hochschulen nur übertragen werden, wenn sie mit den in Absatz 1 genannten zusammenhängen.

~~(5)(8)~~ Die Hochschulen können zur Erfüllung ihrer Aufgaben zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit wird durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung geregelt.

## § 6

### Selbstverwaltung und Auftragsverwaltung

(1) Die Hochschulen haben das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze. Sie unterliegen, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, bei der Wahrnehmung ihrer Selbstverwaltungsaufgaben der Rechtsaufsicht des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~.

(2) Weisungsaufgaben der Hochschulen sind die

1. Durchführung von Bundesgesetzen, die der Freistaat Sachsen im Auftrag des Bundes ausführt,
2. Mitwirkung bei der Durchführung staatlicher Prüfungen,
3. Rechtsaufsicht über die Studentenschaft nach ~~§ 24 Abs.~~ 25 Absatz 2,
4. ~~Krankenversorgung sowie die sonstigen human-, zahn- und tiermedizinischen Aufgaben~~ auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens,
5. Personalverwaltung und
6. Durchführung der einheitlichen Wirtschaftsführung und Rechnungslegung nach ~~§ 11 12~~.

Die Fachaufsicht führt das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst; § 2 Abs. 1 Satz 1 und 2 des L.~~

(3) Die Hochschule kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 5 ~~Abs.~~ Absatz 2 Unternehmen gründen, übernehmen oder sich an solchen beteiligen. Entscheidungen und Maßnahmen nach Satz 1 bedürfen der Einwilligung des Hochschulrates und des Staatsministeriums. Die Haftung der Hochschule ist auf die Einlage oder den Wert des Gesellschaftsanteils zu beschränken. Die Prüfungsrechte des Rechnungshofes sind zu gewährleisten.

## § 7

### Maßnahmen der Aufsicht

(1) Zur Wahrnehmung der Rechtsaufsicht unterrichtet die Hochschule das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ auf Verlangen umfassend über alle Angelegenheiten.

(2) Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ kann rechtswidrige Beschlüsse und Maßnahmen beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ kann anordnen, dass die zur Herstellung rechtmäßiger Zustände erforderlichen Beschlüsse gefasst und erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. Kommt die Hochschule einer Beanstandung oder Anordnung nicht fristgemäß nach oder erfüllt sie die ihr sonst obliegenden Pflichten nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen oder vom Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ gesetzten Frist, kann dieses die erforderlichen Maßnahmen an ihrer Stelle treffen und die erforderlichen Ordnungen für die Hochschule erlassen. Einer Fristsetzung bedarf es nicht, wenn die Hochschule die Abhilfe einer Beanstandung oder die angeordnete Erfüllung der ihr obliegenden Pflicht verweigert oder ein Organ der Hochschule dauerhaft beschlussunfähig ist.

(3) Ist in der Hochschule oder einer ihrer Fakultäten oder Einrichtungen die Erfüllung von Aufgaben nach § 5 Abs. 2 Satz Absatz 2 schwerwiegend gefährdet und reichen die Aufsichtsmittel nach Absatz 2 nicht aus, um die Gefährdung zu beseitigen, kann das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ Beauftragte bestellen oder durch das Rektorat bestellen lassen, welche die erforderlichen Aufgaben in erforderlichem Umfang wahrnehmen.

(4) Für Weisungsaufgaben gelten die Absätze 2 und 3 entsprechend.

## § 8

### Landesrektorenkonferenz

(1) Die Landesrektorenkonferenz sichert das Zusammenwirken der Hochschulen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Ihr gehören die Rektorinnen und Rektoren der Hochschulen nach § 1 ~~Abs. Absatz~~ 1 an. Die Kanzlerinnen und Kanzler dieser Hochschulen und die Rektorinnen und Rektoren der staatlich anerkannten Hochschulen können mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen.

(2) Die Landesrektorenkonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung.

(3) Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ ist berechtigt und auf Antrag der Landesrektorenkonferenz verpflichtet, an ~~ihrenden~~ Sitzungen teilzunehmen und Stellungnahmen vorzulegen. ~~Die Es beteiligt die~~ Landesrektorenkonferenz ~~ist an den Anhörungen~~ zu ~~allen Entwürfen von~~ Gesetzen und Rechtsverordnungen, die den Regelungsbereich dieses Gesetzes berühren, ~~zu hören~~.

## § 9

### Qualitätssicherung

(1) Die Hochschule bewertet regelmäßig ihre Leistungen ~~der Hochschulen~~ in Forschung, Lehre und Weiterbildung, bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages ~~sind regelmäßig zu bewerten~~. ~~Die Hochschule~~ Sie richtet ein System zur Sicherung der Qualität ihrer Arbeit ein, das sie intern, in angemessenen Zeitabständen auch extern, evaluieren lässt. ~~Die Ergebnisse der Bewertungen werden veröffentlicht~~.

(2) Die Hochschule überprüft die Qualität der Lehre ~~ist~~ in regelmäßigen Zeitabständen ~~zu überprüfen~~; dabei ~~sind werden~~ auch die Studiengänge ~~zu evaluieren~~. ~~Dasevaluiert~~ Sie stimmt das Verfahren ~~ist~~ mit dem Studentenrat ~~abzustimmen~~. ~~Neuab. Neu~~ eingerichtete oder wesentlich veränderte Studiengänge werden unter Einbeziehung unabhängiger Gutachterinnen und Gutachter bewertet.

(3) Die Dekanin oder der Dekan bewertet unter Mitwirkung des Fakultätsrates mindestens alle 2- zwei Jahre die Erfüllung aller Lehraufgaben der Fakultät und erstellt einen Lehrbericht, der der Rektorin oder dem Rektor vorgelegt wird. Sofern die Ordnung nach § 27 Abs. 28 Absatz 2 die Bildung von Fachschaffsräten vorsieht, wirkt der zuständige Fachschaffsrat bei der Erstellung des Lehrberichtes mit. Andernfalls können Studentinnen und Studenten der Fakultät mitwirken, die der Studentenrat benennt. Der Lehrbericht enthält insbesondere die zur Beurteilung der Lehr- und Studiensituation maßgeblichen Daten. Er beschreibt gegebenenfalls getroffene oder beabsichtigte Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium. Bei Die Dekanin oder der Dekan beteiligt die Studentinnen und Studenten bei der Bewertung der Qualität der Lehre sind die Studenten zu beteiligen. Auch, Sie oder er soll hierzu sollen mindestens alle 2- zwei Jahre Studentenbefragungen durchgeführt werdendurchführen lassen.

(4) Die Qualität der Forschung wird intern und extern in angemessenen Zeitabständen evaluiert.

(5) Wesentliche Ergebnisse der Evaluierung nach Absatz 2 und des Lehrberichtes nach Absatz 3 sind in anonymisierter Form zu veröffentlichen.

(5)(6) Das Nähere, insbesondere zur Unterrichtung der betroffenen Personen über Zweck und Inhalt von Befragungen und Evaluationen sowie Evaluierungen, die Verfahren zur Bewertung der Lehre nach Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Satz 1 sowie die Zuständigkeit und das Verfahren zur Evaluierung der Forschung nach Absatz 4 und Veröffentlichung nach Absatz 5, regelt der Senat im Benehmen mit dem Rektorat, den Fakultätsräten und dem Studentenrat durch Ordnung.

(6)(7) Die Evaluierung soll einen Leistungsvergleich mit anderen Hochschulen ermöglichen.

## § 10

### Studiengangsbezogene Kooperationen

(1) Eine Hochschule kann mit einer nichthochschulischen Bildungseinrichtung zur Durchführung von Studiengängen und zur Vorbereitung auf Hochschulprüfungen zusammenarbeiten. Das Rektorat hat im Benehmen mit dem Senat dem Staatsministerium diese studiengangsbezogenen Kooperationen spätestens drei Monate vor Studienbeginn schriftlich zu beantragen.

(2) Die studiengangsbezogene Kooperation gilt einen Monat nach Zugang des Antrages als genehmigt, wenn sie auf der Grundlage des Studienakkreditierungsstaatsvertrages vom 20. Juni 2017 (Sächs-GVBl. S. 649), in der jeweils geltenden Fassung, vor Studienbeginn qualitätsgesichert worden ist.

(3) Die Hochschule verpflichtet die nichthochschulische Bildungseinrichtung, bei im Zusammenhang mit der studiengangsbezogenen Kooperation stehenden Handlungen über Namen und Sitz der gradverleihenden Hochschule zu informieren.

(4) Das Staatsministerium kann eine studiengangsbezogene Kooperation untersagen, die ohne Genehmigung aufgenommen wurde, deren Genehmigung nicht mehr wirksam ist oder bei der die Verpflichtung nach Absatz 3 wiederholt verletzt wurde.

## § 11

### **Hochschulplanung und -steuerung**

(1) Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst ist zuständig für die staatliche Hochschulentwicklungsplanung. Es wirkt dabei mit den Hochschulen zusammen. Die staatliche Hochschulentwicklungsplanung dient der Sicherung eines landesweit abgestimmten Fächerangebotes. Zu Angebotes an Studienfächern. Zu ihrer Umsetzung soll die Staatsregierung in Vereinbarung einer Vereinbarung mit den Hochschulen die insgesamt auf den Hochschulbereich entfallende Höhe der Zuschüsse nach § 11 Abs. 6 jeweils für mehrere Jahre festlegen. Beteiligt sich eine Hochschule nicht an dieser Vereinbarung, findet auf sie § 12 Absatz 6 und 7 keine Anwendung.

(2) Zur Umsetzung der staatlichen Hochschulentwicklungsplanung schließen das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ und die einzelnen Hochschulen als Bestandteil eines umfassenden Controllings regelmäßig für festzulegende Zeiträume Zielvereinbarungen ab. Hierbei sind insbesondere zu vereinbaren:

1. die strategischen Zielstellungen und die Profilbildung durch Schwerpunktsetzung; dies umfasst ~~in der Regel~~ auch profilbildende Studiengänge ~~die von der Hochschule angebotenen Studienfächer~~,
2. die Immatrikulations- und Absolventenzahlen insgesamt und in den Studienfächern sowie für die Studiengänge, die mit einer staatlichen Prüfung abgeschlossen werden.
2. ~~die Leitlinien der inhaltlichen organisatorischen Hochschulstruktur einschließlich deren personeller, sachlicher und finanzieller Ausstattung~~,
3. die Qualitätssicherung,
4. die Durchsetzung des Gleichstellungsauftrages und die Umsetzung des Gleichstellungskonzeptes,
- 4-5. die Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes,
- 5-6. die Vereinbarung hochschulspezifischer Ziele und
- 6-7. die Folgen bei Verfehlung der ~~gemeinsam~~ vereinbarten Ziele.

Der Grad der Zielerreichung beeinflusst maßgeblich die Zuweisung staatlicher Mittel nach § ~~11 Abs.~~ 12 Absatz 7 und ist Grundlage für die anschließende Zielvereinbarung.

(3) ~~<sup>1</sup>Wenn~~ Kommt eine Zielvereinbarung ~~mit einer Hochschule nicht zu Stande kommt, findet Absatz 2 Satz 3 entsprechende Anwendung.~~ <sup>2</sup>Kommt eine Zielvereinbarung nicht rechtzeitig zu Stande, soll darüber hinaus bis zum Vorliegen einer Zielvereinbarung das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst bis zu deren Vorliegen~~ die durch die Hochschule zu erreichenden Ziele gemäß nach Absatz 2 Satz 2 bestimmen. In diesem Fall gilt Absatz 2 Satz 3 entsprechend.

(4) Das Nähere zur Steuerung, zum Abschluss von Zielvereinbarungen nach Absatz 2 und zum Verfahren zur Feststellung nach § ~~11 Abs.~~ 12 Absatz 2 Satz 6 und 7 regelt das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung. ~~<sup>2</sup>Vor Erlass der Rechtsverordnung ist diese den für Finanzen und Wissenschaft zuständigen Ausschüssen des Landtages zur Kenntnis zu geben.~~

(5) Die Hochschule ~~schreibt ihren Entwicklungsplan auf der Grundlage der staatlichen beachtet für ihre Entwicklungsplanung die staatliche~~ Hochschulentwicklungsplanung und ~~der~~ die Zielvereinbarung ~~fort~~ mit dem Staatsministerium oder die nach Absatz 3 Satz 1 bestimmten Ziele.

(6) Die Hochschulen richten ein Informationssystem ein, das die wesentlichen Daten der Ressourcenausstattung und -nutzung für die Erfüllung der Aufgaben gemäß § 5 enthält. Zu diesen Daten gehören insbesondere solche zur fachlichen, strukturellen, personellen und finanziellen Entwicklung ~~und~~ sowie die Ergebnisse der Leistungsprozesse in Lehre und Forschung. In regelmäßigen Abständen und auf Anforderung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ berichten die Hochschulen schriftlich über die Erfüllung ihrer Aufgaben und ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Der Bericht gibt insbesondere Auskunft über die den Einrichtungen der Hochschule zugewiesenen Stellen und Mittel, deren Verwendung sowie über die in Erfüllung der Zielvereinbarung erbrachten Leistungen. Er ist in hochschulüblicher Form zu veröffentlichen.

(7) Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ kann die Daten nach Absatz 6 verarbeiten, soweit dies nach diesem Gesetz oder nach dem Haushaltsgesetz in der jeweils geltenden Fassung und den dazu erlassenen Ordnungen für den Abschluss der Zielvereinbarungen nach Absatz 2 und die Feststellung der Zielerreichung oder die Erfüllung seiner Berichtspflicht gegenüber dem Landtag erforderlich ist. Das Nähere, insbesondere Vorgaben über die Bestimmung der Lehrkapazität sowie die inhaltlichen und die für eine elektronische Übermittlung und vergleichende Auswertung der Daten erforderlichen strukturellen und technischen Anforderungen, kann es durch Rechtsverordnung festlegen.

## Wirtschaftsführung, Rechnungslegung, Finanzierung

(1) Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Hochschulen richten sich nach kaufmännischen Grundsätzen. ~~Die Vorschriften über die Verwaltung von Drittmitteln bleiben unberührt.~~ <sup>3</sup>Hochschulen nach § 1 ~~Abs.~~ Absatz 1 Nr. Nummer 2 können sich abweichend von Satz 1 für eine kamerale Wirtschaftsführung entscheiden. Absatz 11 bleibt unberührt.

(2) Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr. <sup>2</sup>~~Für~~ Die Hochschule stellt für jedes Wirtschaftsjahr ~~ist~~ vor dessen Beginn einen Wirtschaftsplan ~~aufzustellen.~~ auf. Dieser besteht aus dem Erfolgs-, Finanz-, Investitions- und Stellenplan. <sup>4</sup>~~Das~~ Das Nähere regelt die Rechtsverordnung nach Absatz 4. <sup>5</sup>~~Der~~ Die Hochschule passt den Wirtschaftsplan ~~ist~~ im Laufe des Wirtschaftsjahres bei wesentlicher Änderung der zugrunde gelegten Annahmen ~~anzupassen.~~ an. Die Hochschulen wirtschaften auf der Grundlage des umfassenden Controllings nach § ~~10 Abs.~~ 11 Absatz 2 Satz 1, das für die jeweiligen Hochschularten eine nach einheitlichen Grundsätzen gestaltete Kosten- und Leistungsrechnung, eine Kennzahlensteuerung sowie ein externes und ein produktorientiertes internes Berichtswesen nach § ~~10 Abs.~~ 11 Absatz 6 Satz 1 und 2 umfasst. Diese Instrumente müssen die Steuerung und Kontrolle des Einsatzes öffentlicher Mittel sowie die Einhaltung des Wirtschaftsplanes gewährleisten.

(3) Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel ~~2 Abs.~~ 39 51 des Gesetzes vom ~~22. Dezember 2014~~ 10. August 2021 (BGBl. I S. ~~3044, 3046 3436~~) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, zum Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres aufgestellt und von einem öffentlich bestellten Abschlussprüfer geprüft. § 246 ~~Abs.~~ Absatz 1 Handelsgesetzbuch Satz 2 des Handelsgesetzbuches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass im Jahresabschluss der Hochschulen bei unbeweglichem Anlagevermögen ausschließlich solche Vermögensgegenstände auszuweisen sind, die auch in ihrem zivilrechtlichen Eigentum stehen. Die Prüfung erfolgt auch nach den ~~geltenden~~ besonderen Prüfungsbestimmungen des § 53 des ~~Gesetzes über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz – HGrG)~~ Haushaltsgrundsätzegesetzes vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel ~~1 10~~ des Gesetzes vom ~~27. Mai 2014~~ 14. August 2017 (BGBl. I S. ~~674 3122~~) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Sächsische Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom ~~29. April 2015~~ 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. ~~349 578~~) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, findet mit ~~Ausnahme der §§ 1 bis 47, ihren §§ 49 bis 54, 56 bis 64 und 50, 55, 65 Absatz 2 bis 5, §§ 66 bis 87, 1 sowie 106 bis 109 der ihren §§ 88 bis 105 und 110 bis 115 für die Hochschulen~~ Anwendung. Die Hochschule beachtet bei ihrer Wirtschaftsführung den Grundsatz der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung. Das Staatsministerium der Finanzen regelt durch Rechtsverordnung ~~und ergänzende Verwaltungsvorschriften~~ im Einvernehmen mit dem Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ das Nähere zur Wirtschaftsführung, zum Kassenwesen und Zahlungsverkehr, zur Rechnungslegung, zum Jahresabschluss, zur Vermögensrechnung, zum Nachweis der sachgerechten Verwendung der Mittel sowie zur Buchführung. ~~Dabei ist ein Höchstmaß an Eigenverantwortung der Hochschulen in finanziellen und personellen Angelegenheiten anzustreben.~~

(4) Solange die Hochschule die Anforderungen nach Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 6 und 7 nicht erfüllt, gilt abweichend von Absatz 4 Satz ~~1~~ ausnahmslos 1 die Sächsische Haushaltsordnung. Sofern die Hochschule die Anforderungen nach Absatz 2 Satz 6 und 7 erfüllt, kann das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ auf Antrag zulassen, dass sie abweichend von Absatz 1 Satz 1 für einen Übergangszeitraum von bis zu ~~2~~ zwei Jahren ab Bewilligung nach Einnahmen und Ausgaben wirtschaftet. Solange die Hochschule übergangsweise entsprechend der Zulassung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ nach Einnahmen und Ausgaben wirtschaftet, finden ~~abweichend von~~ zusätzlich zu Absatz 4 Satz 1 auch die §§ 1 bis 34 ~~und 70 bis 87 der Sächsischen Haushaltsordnung~~ mit Ausnahme von § 7a ~~und die §§ 70 bis 87 der Sächsischen Haushaltsordnung~~ Anwendung.

(5) <sup>1</sup>~~Die staatliche Finanzierung gewährleistet~~ Die nach Maßgabe des Staatshaushaltsplanes bereitgestellten Mittel gewährleisten die Freiheit von Wissenschaft und Kunst, Lehre und Forschung sowie die Erfüllung der weiteren der Hochschule übertragenen Aufgaben ~~und wird nach Maßgabe des~~

~~Staatshaushaltsplanes bereitgestellt.~~<sup>2</sup>~~Die nach Maßgabe des Staatshaushaltsplanes bereitgestellten Mittel. Sie~~ werden der Hochschule als Zuschüsse für den laufenden Betrieb und für Investitionen als Globalbudget zur Verfügung gestellt.<sup>3</sup>~~Nicht~~~~Das Staatsministerium soll der Hochschule nicht~~ verbrauchte Zuschüsse ~~sollen einer Rücklage zugeführt werden und stehen der Hochschule~~ zur Erfüllung ihrer Aufgaben zusätzlich zur Verfügung.~~stellen. Die nicht verbrauchten Zuschüsse sind von der Hochschule einer Rücklage zuzuführen.~~

(6) Die Mittelzuweisung nach Absatz 6, die aus einem Grundbudget und einem Innovationsbudget besteht, erfolgt unter Berücksichtigung der in ~~Hochschulvereinbarung~~~~der Vereinbarung~~ nach § ~~10 Abs. 11 Absatz 1~~ Satz ~~3~~ ~~sowie 4~~ und der Zielvereinbarung ~~gemäß § 10 Abs. nach § 11 Absatz 2~~ getroffenen Regelungen. Für die Zuweisung der Mittel sind insbesondere der Grad der Zielerreichung, die wirksame Verwendung der Haushaltsmittel, die Belegung des hochschulinternen Wettbewerbes und des Wettbewerbes zwischen den Hochschulen sowie Fortschritte bei der Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern zu berücksichtigen. Bei der Verteilung der Mittel innerhalb der Hochschule ~~ist gilt~~ Satz 2 ~~zu beachten.~~<sup>4</sup>~~Artentsprechend. Art~~ und Umfang der von den Grundeinheiten der Hochschule zu erbringenden Leistungen sowie die Verwendung der zugewiesenen Mittel sind regelmäßig in Zielvereinbarungen zwischen dem Rektorat und der Leitung der jeweiligen Grundeinheit nach § 2 ~~Abs. Absatz 2~~ festzulegen und zu überprüfen.

(7) Die Hochschulen können zur Sicherung ihrer Liquidität zinslose Kredite bei der Hauptkasse des Freistaates Sachsen aufnehmen (Kassenverstärkungskredite). Diese müssen jeweils zum Jahresende ausgeglichen werden. Im Übrigen sind die Aufnahme von Krediten, die Gewährung von Darlehen ~~und~~ ~~sowie~~ die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Rechtsgeschäfte, die die Hochschule mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen und des Staatsministeriums für ~~Wissenschaft und Kunst für~~ Rechnung eines nicht rechtsfähigen Sondervermögens der Hochschule eingeht. Die Haftung der Hochschule ist in diesem Fall ~~gegenständiglich~~ auf das Sondervermögen zu beschränken; darauf muss die Hochschule den Vertragspartner vor Abschluss des Rechtsgeschäfts hinweisen. Die Einwilligung darf nur erteilt werden, wenn das jeweilige Rechtsgeschäft nach Art und Umfang der sachgerechten Erfüllung von Aufgaben des Sondervermögens dient. Sie kann unter Bedingungen oder Auflagen erteilt werden.

(8) Der Freistaat Sachsen stellt der Hochschule zur Erfüllung ihrer Aufgaben unentgeltlich Liegenschaften zur Verfügung. Die Liegenschaften verbleiben im Eigentum des Freistaates Sachsen.<sup>3</sup>~~Bau-~~ ~~maßnahmen auf diesen~~ ~~Dem Staatsbetrieb Sächsisches Bau- und Immobilienmanagement obliegt die~~ ~~Unterbringung der Hochschulen und die Bewirtschaftung der~~ Liegenschaften ~~werden in der Regel~~ nach der ~~Bekanntmachung des Sächsischen~~ ~~Bau Sachsen – Ausgabe 2018 vom 18. Dezember 2018~~ (SächsABl. SDR. ~~2019~~ S. S ~~70~~), ~~geändert 2~~, die durch ~~die~~ Verwaltungsvorschrift vom ~~18. Juli 2008~~ ~~9. Juni 2021~~ (SächsABl. S. 781) geändert worden ist, ~~zuletzt enthalten in der~~ ~~Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021~~ (SächsABl. SDR. S. S 178), in der jeweils geltenden Fassung.

(9) Drittmittel sind im Jahresabschluss nachzuweisen. Dies gilt auch, wenn ~~die Mittel für diese~~ ~~Zweckesie~~ einem Mitglied der Hochschule mit der Maßgabe, persönlich über ihre Verwendung zu bestimmen, zur Verfügung gestellt werden.

(10)<sup>4</sup>~~Die~~ ~~Das Staatsministerium kann die~~ Einwerbung, Annahme ~~und~~, Verwaltung ~~und~~ Verwendung von Drittmitteln ~~können die an den~~ Hochschulen ~~durch Rechtsverordnung~~ regeln. Die Hochschulen ~~können dies~~ in eigenen ~~Verwaltungsvorschrift vom 10. Dezember 2011~~ (SächsABl. SDR. S. S 1790), ~~in der jeweils geltenden Fassung, ist zu beachten.~~ ~~Ordnungen regeln.~~

## § 132

### Gebühren und Entgelte

(1) ~~Die Hochschule erhebt keine Gebühren~~ für das Studium ~~einer Studentin oder eines Studenten~~

1. bis zu ~~einem~~ ~~ihrem oder seinem~~ ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss oder ~~einemers-~~ ~~ten staatlichen oder kirchlichen Studienabschluss (Erststudium)~~ und

2. bis zu ihrem oder seinem ersten Hochschulabschluss ~~mit staatlicher oder kirchlicher Abschlussprüfung in einem Masterstudiengang auf der Grundlage eines Erststudiums (konsekutiver Masterstudiengang)~~ sowie
3. für das ihr oder sein erstes Graduierten- ~~und das~~oder Meisterschülerstudium nach § ~~42~~ werden keine Gebühren erheben, ~~43,~~

soweit sich aus den nachfolgenden Absätzen nichts Abweichendes ergibt.

(2) Sofern die Regelstudienzeit in einem ersten oder weiteren Studiengang, ~~der zu einem ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss oder zu einem ersten Hochschulabschluss mit staatlicher oder kirchlicher Abschlussprüfung führt oder ein Masterstudiengang auf der Grundlage eines Bachelorabschlusses ist,~~ nach Absatz 1 Nummer 1 und 2 um mehr als vier Semester überschritten wird, wird für jedes weitere Semester eine Gebühr von 500 ~~EUR bei der Rückmeldung erheben.~~ Euro erheben, es sei denn, die Studentin oder der Student hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten. Die Gebühr entsteht mit der Rückmeldung. <sup>3</sup>~~Die §§ Die §§ 8, und 17 Absatz 5, §§ sowie die §§ 18, 21 und 23 des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245),~~ in der jeweils geltenden Fassung, finden entsprechende Anwendung. <sup>4</sup>~~Die Einnahmen kommen der jeweiligen Hochschule zugute und sind für Maßnahmen zur Verbesserung der Lehre zu verwenden.~~

(3) Für Studentinnen und Studenten, die ~~nicht Staatsangehörige~~keine Staatsangehörigen eines Mitgliedsstaates~~Mitgliedstaates~~ der Europäischen Union sind, können die Hochschulen in den in Absatz 1 Nummer 1 und 2 genannten Studiengängen Gebühren erheben, wenn sie für diesen Personenkreis ein Stipendienprogramm anbieten.

(4) Für ein Studium, das zu einem weiteren berufsqualifizierenden Hochschulabschluss führt und kein Masterstudiengang auf der Grundlage eines Bachelorabschlusses~~Studium nach Absatz 1 Nummer 1 oder 2 ist,~~ kann die Hochschule ~~erheben werden~~erheben, wenn dieser~~die Studentin oder der Student~~ bereits über einen Master, Diplom oder Magistergrad oder den Abschluss in einem Studiengang mit staatlicher Hochschulabschluss oder kirchlicher Abschlussprüfung~~staatlichen oder kirchlichen Studienabschluss~~ verfügt (bisheriges Studium). In diesem ~~Falle~~Fall soll die Gebühr erhoben werden, soweit die Gesamtdauer seines~~des~~ Studiums die Regelstudienzeit ihrer oder seines bisherigen Studiums ~~nach Satz 1~~ um sechs Semester überschreitet, es sei denn, die Studentin oder der Student hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

(5) <sup>4</sup>~~Für das~~Die Hochschule erhebt für ein Studium ~~sind~~ Gebühren zu erheben, wenn der Studiengang nach Maßgabe eines Programmes der Europäischen Union, das die Gebührenerhebung vorsieht, gefördert werden soll. Entscheidet die Europäische Union, dass der Studiengang nicht gefördert oder die Förderung eingestellt wird, werden mit Beginn des auf die Entscheidung folgenden Studienjahres für das Studium keine Studiengebühren~~Gebühren~~ mehr erhoben.

(6) Die Hochschule soll Gebühren erheben

1. für die Teilnahme an weiterbildenden Studium~~Studiengängen nach § 39 Absatz 2~~ und am Fernstudium sowie von Gasthörerinnen und Gasthörern,
2. für die Teilnahme an weiterbildenden Studien nach § 39 Absatz 1,
- 2.3. für die Prüfung nach § ~~37 Abs.~~ 38 Absatz 2 von Kenntnissen, die extern erworben wurden,
- 3.4. für Leistungen des Studienkollegs nach § ~~23~~ 24,
- 4.5. für die Unterrichtung besonders begabter Kinder in Nachwuchsförderklassen der Kunsthochschulen, soweit die Kinder nicht Schülerinnen und Schüler einer der Kunsthochschule zugeordneten Schule sind, und für die Betreuung minderjähriger Studentinnen und Studenten sowie Schülerinnen und Schüler im Internat der Palucca Hochschule für Tanz Dresden.

(7) Die Hochschule soll Gebühren oder privatrechtliche Entgelte für Sonderleistungen, die Nutzung ihrer Einrichtungen sowie bestimmte Leistungen der Hochschulbibliotheken und Hochschularchive, insbesondere die Fernleihe, Recherchen durch das Bibliothekspersonal und das Anfertigen von Reproduktionen, erheben. Die Absätze 1 bis 4 bleiben unberührt.

(8) Die Hochschule bestimmt die gebühren- oder entgeltpflichtigen Tatbestände und die Höhe der Gebühren und Entgelte nach den Absätzen 3 bis 7 sowie die Voraussetzungen für Erlass, Ratenzahlung oder Stundung der Gebühren oder des Entgeltes in einer Hochschulgebühren- und Entgeltordnung. Sie setzt die Gebühren fest und regelt die Entgelte. Die Gebühren und Entgelte sind so zu bemessen, dass der Aufwand der Hochschule sowie der Nutzen, der wirtschaftliche Wert oder die sonstige Bedeutung der Leistung für den Leistungsempfänger angemessen berücksichtigt werden. <sup>4</sup>Auslagen Die nach den Absätzen 2 bis 7 erhobenen Gebühren und Entgelte verbleiben der jeweiligen Hochschule und sind insbesondere für Maßnahmen zur Verbesserung der Lehre zu verwenden. Auslagen sind der Hochschule zu erstatten. Die Regelungen ~~der § in § 7 Absatz 4, §§ den §§ 8, 9, 11, 13, 15, 16, 17 Absatz 1 und 3 bis 5, §§ sowie in den §§ 18, 19, und 21 bis 23 des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes~~ gelten entsprechend, soweit dieses Gesetz keine abweichende Regelung trifft.

(9) Die Absätze 7 und 8 gelten für die Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden entsprechend. Die Gebühren- und Entgeltordnung erlässt die Generaldirektorin oder der Generaldirektor der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden.

## § 14 ~~§ 13~~

### Grundordnung, Ordnungen

(1) Die Hochschule gibt sich eine Grundordnung nach Maßgabe dieses Gesetzes. Die Grundordnung bestimmt die Grundsätze, nach denen die innere Struktur der Hochschule unterhalb der zentralen Ebene nach Teil 7 und die innere Organisation ausgestaltet sind.

(2) ~~<sup>1</sup>Die Grundordnung wird vom Erweiterten Senat im Einvernehmen mit dem Rektorat beschlossen und geändert. <sup>2</sup>Sie ist~~ Die Hochschule legt dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst die Grundordnung unverzüglich ~~vorzulegen. <sup>3</sup>Sie nach dem Beschluss gemäß § 86 Absatz 2 Satz 1 vor. Diese~~ tritt in Kraft, wenn das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst nicht innerhalb von ~~4 vier~~ Monaten aus Rechtsgründen eine Änderung fordert.

(3) Ordnungen, die akademische Angelegenheiten von fakultätsübergreifender Bedeutung regeln, erlässt der Senat im Benehmen mit dem Rektorat. Hierzu gehören insbesondere ~~Hochschulordnungen~~ Ordnungen über die Auswahl der Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die Eignungsfeststellung, Zulassung und Immatrikulation von Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die Beurlaubung und Exmatrikulation von Studentinnen und Studenten sowie den Studienjahresablauf.

(4) Ordnungen, die Angelegenheiten nur einer Fakultät regeln, insbesondere Studien-, Prüfungs-, Promotions- und Habilitationsordnungen, erlässt der Fakultätsrat. ~~<sup>2</sup>Die Ordnungen; Prüfungs- und Studienordnungen können in einer Ordnung erlassen werden. Der Senat kann im Einvernehmen mit den Fakultäten für die Ordnungen nach Satz 1 Rahmenordnungen für eine einheitliche Verfahrensweise aller Fakultäten erlassen. Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, gelten für die Rahmenordnungen die Regelungen dieses Gesetzes über die Ordnungen der Fakultäten entsprechend. Sollen Regelungen unmittelbar gelten, wird dies in der Rahmenordnung kenntlich gemacht. Die Rahmenordnungen und die Ordnungen der Fakultäten~~ bedürfen der Genehmigung des Rektorates.

(5) Andere Ordnungen erlässt das Rektorat. Die Hochschulgebühren- und -entgeltordnung erlässt es im Benehmen, die Ordnung über Wahlen an der Hochschule, die Berufungsordnung und die Ordnung über die Doktorandenvertretung im Einvernehmen mit dem Senat.

(6) Ordnungen der Hochschule ~~sind werden~~ öffentlich bekannt ~~zu machen gemacht~~; die Art der Bekanntmachung regelt die Hochschule in der Grundordnung.



## Verarbeitung personenbezogener Daten

(1) Die Hochschule darf personenbezogene Daten ihrer Mitglieder und Angehörigen, ihrer Studienbewerberinnen und Studienbewerber, ihrer Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten, ihrer Gasthörerinnen und Gasthörer ~~und~~ sowie ihrer ehemaligen Mitglieder verarbeiten, soweit dies erforderlich ist für

1. den Zugang zum Studium und diedessen Durchführung ~~des Studiums~~,
2. die Zulassung zu Prüfungen und deren Durchführung, auch in digitaler Form,
3. die Zulassung zur Promotion oder Habilitation und deren Durchführung, auch in digitaler Form,
4. die Evaluation von Forschung und Lehre nach § 9,
5. die Feststellung der Leistung ihrer Mitglieder und Angehörigen,
6. die Erfüllung von Weisungsaufgaben oder Aufgaben der akademischen Selbstverwaltung,
7. die Entwicklungsplanung,
8. Leistungsbewertungen für die hochschulinterne Mittelvergabe und Steuerung,
9. den Abschluss von Zielvereinbarungen,
10. die Kontaktpflege mit ehemaligen Mitgliedern oder
11. die Umsetzung des Gleichstellungszieles.

erforderlich ist. Die Hochschule darf personenbezogene Daten ehemaliger Absolventinnen und Absolventen verarbeiten, soweit dies für die Kontaktpflege erforderlich ist. Eine Verarbeitung durch die Hochschule für Zwecke der Kontaktpflege ehemaliger Absolventinnen und Absolventen untereinander oder mit Dritten ist nur zulässig, soweit die betroffenen Personen hierin eingewilligt haben. Die Hochschule darf personenbezogene Daten ehemaliger Absolventinnen und Absolventen verarbeiten, soweit dies für die Einholung einer Einwilligung nach Satz 3 erforderlich ist.

Behörden, die staatliche Prüfungen nach ~~§ 35 Abs.~~ 36 Absatz 1 abnehmen, sind verpflichtet, der Hochschule die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen personenbezogenen Daten zu übermitteln. Die Hochschule darf Daten verarbeiten, die ihr aus den unter Satz 1 Nummer 1 bis 5 und 11 genannten Gründen übermittelt werden, ~~verarbeiten~~, soweit dasdies zum Erreichen des Zweckes der Übermittlung erforderlich ist.

(2) Mitglieder und Angehörige der Hochschule sind verpflichtet, ihre personenbezogenen Daten anzugeben, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 erforderlich ist. Die Befragung von Studentinnen und Studenten nach § 9 ~~Abs.~~ Absatz 3 Satz 7 hat so zu erfolgen, dass Antworten und Auswertungen keine Rückschlüsse auf die Identität der befragten Person zulassen.

(3) Der Senat regelt nach Anhörung des Rektorates, der Fakultäten, der oder des Datenschutzbeauftragten der Hochschule und, soweit Daten der Studentinnen und Studenten betroffen sind, des Studentenrates durch Ordnung, welche Daten nach Absatz 1 verarbeitet werden dürfen, welche Organe, Gremien, Kommissionen, Amtsträgerinnen und Amtsträger der Hochschule welche Daten verarbeiten sowie das Verfahren der Verarbeitung dieser Daten. Für Prüfungen in digitaler Form muss die Ordnung allgemeine Regelungen für ein datenschutzkonformes Prüfungsverfahren enthalten. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass die Teilnahme an einereine Prüfung in digitaler Form unter Videoaufsicht freiwillig ist. Eine Aufzeichnung der Prüfung in digitaler Form oder anderweitige Speicherung der Bild- oder Tondaten ist unzulässig, soweit sie nicht zur Durchführung der Prüfung in digitaler Form unter Videoaufsicht erforderlich ist; die Verbindungsdaten sind unverzüglich zu löschen. Weiteres kann in den Prüfungsordnungen, Promotionsordnungen und Habilitationsordnungen geregelt werden. Soweit dies für Zwecke der Förderung von Wirtschaft, Kunst oder Kultur erforderlich ist, ist eine Übermittlung der Daten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 10 an andere Stellen zulässig.

(4) Die Studentenschaft darf personenbezogene Daten ihrer Mitglieder verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach ~~§ 24 Abs.~~ 25 Absatz 3 erforderlich ist. Entsprechendes gilt für die Studentenwerke.

(5) Die Grundrechte auf Datenschutz aus Artikel 33 Satz 1 und 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen werden insoweit eingeschränkt.

## Teil 2 Studium und Lehre

### Abschnitt 1

#### Studium

##### ~~§ 15~~ § 16

#### Studienziel

(1) Studium und Lehre sollen die Studentinnen und Studenten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihnen die erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden so vermitteln, dass sie zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit, zu selbständigem Denken, zum gesellschaftlichen Engagement und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt werden sowie die Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Persönlichkeitsentwicklung fördern. Sie sollen die Grundlage für berufliche Entwicklungsmöglichkeiten schaffen und zu eigenständiger Weiterbildung befähigen. Die Hochschulen geben sich ein Leitbild für die Lehre, das sich in Studium und Lehre widerspiegelt sowie individualisierte Bildungswege und einen möglichst hohen Anteil erfolgreicher Studienabschlüsse befördert.

(2) Weiterbildende Studien dienen der Erneuerung, Erweiterung oder Vertiefung des Wissens und Könnens.

##### ~~§ 16~~ § 17

#### Lehrangebot

(1) <sup>1</sup>~~Jede~~Die Hochschule sichert ihr Lehrangebot auf der Grundlage einer Studienplanung. <sup>2</sup>~~Die Sie fördert die~~ Möglichkeiten des Selbststudiums sind zu fördern. <sup>3</sup>~~Den und ermöglicht den Studentinnen und~~ Studenten ist die Mitwirkung an der Organisation der Lehre zu ermöglichen.

(2) Die Fakultäten übertragen ihren in der Lehre tätigen Mitgliedern und Angehörigen unter Beachtung der für deren Dienstverhältnisse geltenden Bestimmungen die zur Verwirklichung des Lehrangebotes erforderlichen Aufgaben. <sup>2</sup>~~Dabei sind der Sie beachten dabei den~~ nach Art und Umfang der übertragenen Lehrverpflichtungen erforderlicheerforderlichen Aufwand und die Beanspruchung durch sonstige dienstliche Aufgaben zu beachten.

(3) Zur Erprobung von Reformmodellen können nach § 14 Absatz 4 besondere Studien- und Prüfungsordnungen erlassen werden, die neben bestehende Ordnungen treten. <sup>2</sup>~~In Sie können in einer Ordnung erlassen werden und in~~ besonders gelagerten Fällen kann von den §§ 34 und 36 abgewichen werden. 35 und 37 abweichen. Die-Der Senat soll die Erprobung von Reformmodellen soll nach einer in den besonderen Studien- und Prüfungsordnungen festgelegten Frist begutachtet werden. <sup>4</sup>~~Prüfungs- und Studienordnungen können in einer Ordnung erlassen werden~~ begutachten.

## Hochschulzugang

(1) <sup>1</sup>~~Jeder~~ Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ~~ist für die Bundesrepublik Deutschland sind~~ zu ~~dem von ihm gewählt~~ einem Hochschulstudium berechtigt, wenn ~~ersie~~ die ~~für das Studium~~ erforderliche Qualifikation ~~nachweist~~ nachweisen und kein Versagungsgrund nach § ~~18 Abs. 19 Absatz~~ 2 und 3 vorliegt. <sup>2</sup>~~Ein Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union ist~~ Andere Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sind Deutschen gleichgestellt, wenn ~~ersie die Voraussetzungen nach Satz 1 erfüllen und~~ die für das Studium erforderlichen Sprachkenntnisse ~~nachweist.~~ <sup>3</sup>Rechtsvorschriften nachweisen. Rechtsvorschriften, die weitere Personen Deutschen gleichstellen, bleiben unberührt. <sup>4</sup>~~Studienbewerbern~~ Studienbewerberinnen und Studienbewerbern, die nicht ~~Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union~~ Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sind, kann der Zugang zum Studium gewährt werden, sofern sie durch ausländische Bildungsnachweise eine vergleichbare Qualifikation nachweisen. <sup>5</sup>~~Die Prüfung der Vergleichbarkeit obliegt nach Absatz 12 der Hochschule.~~

(2) Die für den Zugang zu einem Studium, das zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führt, erforderliche Qualifikation wird nachgewiesen durch

1. die allgemeine Hochschulreife,
2. die fachgebundene Hochschulreife oder
3. die Fachhochschulreife.

Der Nachweis nach Satz 1 ~~Nr.-Nummer~~ 1 berechtigt zum Studium an allen Hochschulen, der Nachweis nach Satz 1 ~~Nr.-Nummer~~ 2 zum Studium an allen Hochschulen in der entsprechenden Fachrichtung, der Nachweis nach Satz 1 ~~Nr.-Nummer~~ 3 zum Studium an ~~Fachhochschulen~~ Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

(3) Die Inhaberinnen und Inhaber der nachfolgend genannten Abschlüsse der beruflichen Aufstiegsfortbildung verfügen nach einem Beratungsgespräch an der Hochschule, an der ein Studium begonnen werden soll, über den Hochschulzugang nach Absatz 2 Satz 1 ~~Nr.-Nummer~~ 1:

1. Meisterprüfung aufgrund einer Rechtsverordnung nach §§ 45, 51a und 122 ~~des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks (der Handwerksordnung)~~ in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074; 2006 I S. 2095), ~~das die~~ zuletzt durch Artikel ~~33 1~~ des Gesetzes vom ~~20. Dezember 2011~~ 9. Juni 2021 (BGBl. I S. ~~2854, 2924 1654~~) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
2. Fortbildungsabschluss auf der Grundlage einer Fortbildungsordnung nach § 53 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) ~~in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 2005~~ 4. Mai 2020 (BGBl. I S. ~~934 920~~), das ~~zuletzt~~ durch Artikel ~~24 16~~ des Gesetzes vom ~~20. Dezember 2011~~ 28. März 2021 (BGBl. I S. ~~2854, 2923 591~~) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, ~~oder~~ nach § 42 ~~der~~ Handwerksordnung oder von Fortbildungsprüfungsregelungen nach § 54 BBiG ~~des Berufsbildungsgesetzes~~ oder § 42a ~~der~~ Handwerksordnung, sofern der Lehrgang mindestens 400 Unterrichtsstunden umfasst,
3. staatliches Befähigungszeugnis für den nautischen oder technischen Schiffsdienst nach der ~~Verordnung über die Ausbildung und Befähigung von Kapitänen und Schiffsoffizieren des nautischen Seeleute-Befähigungsverordnung~~ vom 8. Mai 2014 (BGBl. I S. 460), die ~~zuletzt~~ durch Artikel 1 ~~der Verordnung vom 28. Juli 2021~~ (BGBl. I S. 3236) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
4. Abschluss von Fachschulen entsprechend der Rahmenvereinbarung über Fachschulen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. November 2002 in der Fassung vom ~~3. März 2010~~ 17. Juni 2021, veröffentlicht unter Nummer 430 der Sammlung der Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, ~~3. Auflage, Neuwied, Luchterhand, 1982 — Loseblattsammlung Köln, Wolters Kluwer, 2013~~), in der jeweils aktuellen Fassung,

5. Abschluss aufgrund einer vergleichbaren landesrechtlichen Fortbildungsregelung für Berufe im Gesundheitswesen sowie im Bereich der sozialpflegerischen und sozialpädagogischen Berufe.

(4) Die für den Zugang zu einem Studium erforderliche Qualifikation nach Absatz 2 Satz 1 ~~Nr.-Nummer~~ 1 kann auch durch andere berufliche Fortbildungsabschlüsse als die in Absatz 3 genannten nachgewiesen werden, wenn sie durch die Hochschule als gleichwertig anerkannt sind. Die Anerkennung setzt voraus, dass die berufliche Fortbildung auf einer mindestens zweijährigen Berufsausbildung aufbaut, eine Aufstiegsfortbildung beinhaltet, mindestens 400 Unterrichtsstunden umfasst und in Inhalt und Ausbildungstiefe einer Meisterprüfung entspricht. Gleiches gilt für Fortbildungen, die an ~~staatlichen~~ Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien angeboten werden und in Inhalt und Ausbildungstiefe einer Meisterprüfung entsprechen. Die Inhaberin oder der Inhaber des anerkannten beruflichen Fortbildungsabschlusses nimmt ein Beratungsgespräch an der Hochschule, an der ein Studium begonnen werden soll, wahr.

(5) ~~Beruflich Qualifizierte~~ Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die eine mindestens zweijährige staatlich geregelte Berufsausbildung abgeschlossen haben und über eine dreijährige Berufserfahrung im erlernten Beruf verfügen sowie ein Beratungsgespräch an der Hochschule, an der ein Studium begonnen werden soll, wahrgenommen haben, verfügen über die fachgebundene Hochschulzugangsberechtigung, sofern sie die entsprechende Hochschulzugangsprüfung dieser Hochschule bestanden haben.

(6) Die Anforderungen an die Hochschulzugangsprüfung sind so zu gestalten, dass deren Bestehen die grundsätzliche Befähigung ~~des Bewerbers der Studienbewerberin oder des Studienbewerbers~~ nachweist, das Studium nach Maßgabe der Studien- und Prüfungsordnung innerhalb der Regelstudienzeit erfolgreich abzuschließen. Sie besteht aus einem mündlichen und schriftlichen Teil. Das Nähere, insbesondere Form, Inhalt und Umfang der zu erbringenden Prüfungsleistungen, die Bewertungskriterien, die Zusammensetzung der Prüfungskommission, das Verfahren bei Unregelmäßigkeiten während der Prüfung und die Wiederholbarkeit der Prüfung regeln die Hochschulen durch Ordnung.

(7) ~~Beruflich Qualifizierte ohne allgemeine Hochschulzugangsberechtigung verfügen~~ Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die ein Studium an einer deutschen Hochschule abgeschlossen haben, besitzen eine der allgemeinen Hochschulreife entsprechende Qualifikation.

(7)(8) ~~Sofern andere Länder in der Bundesrepublik Deutschland weitergehende Regelungen für den Hochschulzugang der in der beruflichen Bildung Qualifizierten getroffen haben, werden diese Hochschulzugangsberechtigungen~~ nach einem Studium von 2zwei Semestern an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule, in dem ~~sie~~ die geforderten Leistungsnachweise erbracht ~~haben, über die Hochschulzugangsberechtigung worden sind,~~ zum Zwecke des Weiterstudiums ~~im gleichen oder in dem~~ entsprechenden ~~Fach an allen Hochschulen nach § 1 Abs. 1 oder in einem fachlich verwandten Studiengang anerkannt.~~

(8)(9) Für den Zugang zum Studium kann zusätzlich auch der Nachweis einer berufspraktischen Ausbildung oder Tätigkeit oder von Fremdsprachenkenntnissen verlangt werden, wenn der Studiengang dies erfordert.

(9)(10) Soweit für einen künstlerischen Studiengang praktische Fähigkeiten erforderlich sind, können Hochschulen zusätzlich zur Hochschulzugangsberechtigung nach Absatz 2 bis 5, 7 und 78 den Nachweis einer entsprechenden Ausbildung oder Tätigkeit verlangen.

(10)(11) Für den Zugang zu einem Masterstudiengang ist ein erster berufsqualifizierender Hochschulabschluss oder ein Abschluss einer staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademie nachzuweisen. Das gilt nicht für Masterstudiengänge an Kunsthochschulen, die nicht dem Erwerb eines wissenschaftlichen Abschlusses dienen, sofern die erforderliche Qualifikation auf andere Weise nachgewiesen wird. Die Hochschule kann in der Studienordnung fachspezifische Zulassungsvoraussetzungen festlegen.

(11)(12) Für den Zugang zu einem künstlerischen Studiengang kann bei besonderer künstlerischer Eignung auf den Nachweis der erforderlichen Qualifikation nach Absatz 2 verzichtet werden. Für die Zulassung zu einem künstlerischen, sportwissenschaftlichen oder sprachwissenschaftlichen Studiengang soll die Hochschule zum Nachweis der erforderlichen Qualifikation eigene Leistungserhebungen durchführen. Die Immatrikulation in einen künstlerischen Studiengang kann auf Probe vorgenommen werden.

~~(12)~~(13) Über die Anerkennung ausländischer Bildungsnachweise als Hochschulzugangsberechtigung ~~entscheidet nach Absatz 2 Satz 5 entscheidet~~ die ~~Hochschulen~~Hochschule im Rahmen des Zulassungsverfahrens. ~~Die Hochschulen können vom~~Sie kann von der Studienbewerberin oder dem Studienbewerber die Vorlage einer gutachtlichen Stellungnahme einer vom Staatsministerium für ~~Wissenschaft und Kunst~~ anerkannten Gutachterstelle für ausländische Bildungsnachweise verlangen.

## § 19

### Immatrikulation

(1) Mit der Immatrikulation wird die Studienbewerberin oder der Studienbewerber Mitglied der Hochschule. Die Immatrikulation erfolgt in der Regel nur für einen Studiengang. Das Nähere regelt die Hochschule durch Ordnung.

(2) ~~Einem Studienbewerber~~Studienbewerberinnen und Studienbewerbern ist die Immatrikulation in einen Studiengang zu versagen, wenn sie

1. ~~er~~ keine Zugangsvoraussetzung zum Studium nach § ~~17 erfüllt~~ 18 erfüllen,
2. ~~er für einen zulassungsbeschränkten~~ Studiengang ~~zulassungsbeschränkt und der Studienbewerber~~ nicht zugelassen ~~ist~~werden,
3. ~~er~~ nicht ~~nachweist~~nachweisen, dass ~~er~~sie krankenversichert oder von der Krankenversicherungspflicht befreit ~~ist~~sind,
4. ~~er~~ die Erfüllung der im Zusammenhang mit der Immatrikulation entstehenden gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Gebühren oder Beiträgen nicht ~~nachweist~~nachweisen,
5. ~~er~~ bereits an einer deutschen Hochschule immatrikuliert ~~ist~~sind und ein Parallelstudium für das Studienziel nicht zweckmäßig ist,
6. ~~er~~ eine für den Abschluss des gewählten Studienganges erforderliche Prüfung endgültig nicht bestanden ~~hat~~haben,
7. ~~er~~ im gewählten Studiengang oder einem Studiengang mit gleicher fachlicher Ausrichtung an einer deutschen Hochschule innerhalb von 4vier Fachsemestern keinen in der Prüfungsordnung vorgesehenen Leistungsnachweis erbracht ~~hat~~haben,
8. ~~er~~ die Abschlussprüfung des Studienganges bereits bestanden ~~hat~~haben.

(3) ~~Einem Studienbewerber~~Studienbewerberinnen und Studienbewerbern kann die Immatrikulation insbesondere versagt werden, wenn ~~er~~sie

1. die für die Immatrikulation geltenden Verfahrensvorschriften nicht ~~einhalten~~einhalten,
2. nach den Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches unter Betreuung ~~steht~~stehen,
3. für bestimmte Fachsemester nicht eingeschrieben werden ~~kann~~können,
4. nicht die erforderlichen Sprachkenntnisse ~~nachweist~~nachweisen,
5. an einer Krankheit ~~leidet~~leiden, die die Gesundheit anderer Studentinnen und Studenten ernstlich gefährden könnte oder den Studienbetrieb beeinträchtigt; zur Überprüfung kann die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses verlangt werden,
6. wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden ~~ist~~sind, die Verurteilung noch der unbeschränkten Auskunft unterliegt und nach Art der Straftat eine Gefährdung oder Störung des Studienbetriebes zu befürchten ist.

### Gasthörerinnen und Gasthörer, FrühstudierendeFrühstudentinnen und Frühstudenten

(1) Die Hochschule kann Gasthörerinnen und Gasthörer zu einzelnen Lehrveranstaltungen zulassen, auch wenn diese die Hochschulzugangsberechtigung nach §-17\_18 nicht nachweisen.

(2) ~~1Ein~~ Schülerinnen und Schüler, ~~derdie~~ nach dem einvernehmlichen Urteil von Schule und Hochschule eine besondere Begabung ~~aufweist, kann aufweisen, können~~ als FrühstudierenderFrühstudentin oder Frühstudent zu Lehrveranstaltungen und Prüfungen zugelassen werden. ~~2Vor seiner~~Vor der Zulassung ~~ist ersind sie~~ als FrühstudierenderFrühstudentin oder Frühstudent zu immatrikulieren. ~~3§ 18§ 19 findet keine Anwendung; der Frühstudierende hat.~~ Frühstudentinnen und Frühstudenten haben kein Wahlrecht an der Hochschule. ~~4An~~ Kunsthochschulen können Nachwuchsförderklassen für Schülerinnen und Schüler eingerrichtet werden. einrichten. Erzielte Studien- und Prüfungsleistungen sind auf Antrag in einem späteren Studium anzuerkennen, wenn sie dortigen Erfordernissen gleichwertig sind.

### **Rückmeldung, Beurlaubung, Fristenberechnung**

(1) Die Studentinnen und Studenten haben sich zu jedem Semester form- und fristgerecht zum Weiterstudium anzumelden (Rückmeldung).

(2) Auf Antrag können Studentinnen und Studenten aus wichtigem Grund vom Studium beurlaubt werden. Eine Beurlaubung soll die Zeit von insgesamt ~~2\_~~ zwei Semestern nicht überschreiten; dies gilt nicht für die Beurlaubung zum Zwecke eines Studienaufenthalts im Ausland. Für eine Beurlaubung wegen Inanspruchnahme von Mutterschaftsurlaub und Elternzeit sowie für Zeiten von Beschäftigungsverboten gelten ~~die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz – MuSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S. 2318), zuletzt geändert durch Artikel 34 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854, 2924), in der jeweils geltenden Fassung~~ die Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228), das durch Artikel 57 Absatz 8 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2652) geändert worden ist, und des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes – BEEG) vom 5. Dezember 2006 (Elternzeitgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 2015 (BGBl. I S. 2748), 33), das zuletzt geändert durch Artikel 10\_12 des Gesetzes vom 23. November 2014 (BGBl. I S. 2298, 2301), in der jeweils geltenden Fassung 760) geändert worden ist, entsprechend. ~~4Die Zeiten der Beurlaubung werden nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet.~~ ~~5Ein Student kann Studentinnen und Studenten können~~ zur Betreuung eigener Kinder bis zu ~~4\_~~ vier Semester beurlaubt werden, wenn ~~ersie~~ nicht bereits nach Satz 3 beurlaubt ~~ist. sind.~~ ~~6Das. Die Zeiten der Beurlaubung werden nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet. Das Nähere können, insbesondere zu den Beurlaubungsgründen, regeln~~ die Hochschulen durch Ordnung ~~regeln.~~

(3) ~~Beurlaubten Studenten soll ermöglicht werden, an der~~ Die Hochschule, ~~von der die Beurlaubung ausgesprochen wurde soll beurlaubten Studentinnen und Studenten auf Antrag ermöglichen,~~ Studien- und Prüfungsleistungen zu erbringen.

(4) ~~1Bei Studenten, die mindestens eine Wahlperiode Haben Studentinnen und Studenten während einer Wahl- oder Bestellungsperiode~~ in den Organen der Hochschule, der Studentenschaft, des Studentenwerkes oder in der Studienkommission ~~nach diesem Gesetz mitgewirkt haben,~~ wird ~~die ihnen eine~~ Studienzeit von einem Semester nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet. ~~2Bei einer mehrjährigen MitwirkungFür jede weitere Wahl- oder Bestellungsperiode~~ wird ~~eine Studienzeit von 3 Semesternein weiteres Semester~~ nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet, insgesamt höchstens drei Semester.

(5) Eine Fristüberschreitung, die die Studentin oder der Student nicht zu vertreten hat, ist bei der Berechnung der Zeiten für Beurlaubungen und der Fristen im Prüfungsverfahren nicht einzubeziehen. Die Studienzeit, die durch eine solche Fristüberschreitung ~~nach Satz 1~~ entsteht, wird nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet.

## Exmatrikulation

(1) Die Exmatrikulation wird in der Regel zum Ende des Semesters wirksam, in dem sie ausgesprochen wird. Mit der Exmatrikulation endet die Mitgliedschaft der Studentin oder des Studenten in der Hochschule. Das Nähere regelt die Hochschule durch Ordnung.

(2) ~~Ein Student ist~~Studentinnen und Studenten sind zu exmatrikulieren, wenn sie

1. ~~er~~ dies ~~beantragt~~beantragen,
2. ~~er~~ die Abschlussprüfung bestanden ~~hat~~haben und nicht in einem anderen Studiengang immatrikuliert ~~ist~~sind,
3. ~~er~~ ein weiterbildendes Studium, das keine Abschlussprüfung vorsieht, beendet ~~hat~~haben,
4. ~~er~~ die Immatrikulation durch Zwang, arglistige Täuschung oder Bestechung herbeigeführt ~~hat~~haben,
5. ~~er~~ in einem zulassungsbeschränkten Studiengang immatrikuliert sind und ~~seine~~ihre Zulassung durch einen unanfechtbaren oder sofort vollziehbaren Bescheid zurückgenommen oder widerrufen worden ist,
6. ~~ihm die Rückmeldung~~ bestandskräftig ~~versagt~~von der Rückmeldung ausgeschlossen worden ~~ist~~sind,
7. ~~er~~ die Abschlussprüfung oder ~~eine~~eine in der Prüfungsordnung vorgesehenen Leistungsnachweis, der vorgesehene Prüfungsleistung, die für das Bestehen der Abschlussprüfung erforderlich ist, endgültig nicht bestanden ~~hat~~haben und nicht in einem anderen Studiengang immatrikuliert ~~ist~~sind,
8. ~~er~~ nach § ~~18 Abs.-~~ 19 Absatz 2 nicht immatrikuliert werden ~~dürfte~~durften.

(3) ~~Ein Student kann~~Studentinnen und Studenten können exmatrikuliert werden, wenn

1. ~~ihn betreffende~~ Tatsachen bekannt werden, die zur Versagung der Immatrikulation nach § 19 Absatz 3 führen können,
2. ~~er~~sie sich nicht nach § ~~20 Abs.-~~ 21 Absatz 1 zurückgemeldet ~~hat~~ ~~oder~~haben,
3. ~~er~~sie das Studium in einem Studiengang trotz schriftlicher Aufforderung und Androhung der Exmatrikulation nicht unverzüglich aufgenommen ~~hat~~haben.

~~<sup>2</sup>Das Nähere regeln die Hochschulen durch Ordnung.~~

## Rechte und Pflichten der Studentinnen und Studenten

(1) ~~Jeder Student hat~~Studentinnen und Studenten haben das Recht,

1. die Einrichtungen der Hochschule nach den geltenden Vorschriften zu nutzen,
2. die Einhaltung der Studien- und Prüfungsordnung ~~vom~~von der Dekanin, dem Dekan und ~~vom~~dem Rektorat einzufordern,
3. die zuständige Studiendekanin oder den zuständigen Studiendekan auf die Nichteinhaltung von Pflichten durch Angehörige des Lehrkörpers hinzuweisen und die Abstellung der Mängel sowie die Erörterung der Beschwerde in der zuständigen Studienkommission zu verlangen,

4. sich am wissenschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben der Hochschule zu beteiligen.

(2) ~~Jeder Student hat~~Studentinnen und Studenten haben die Pflicht,

1. die Ordnungen der Hochschule einzuhalten,

2. ~~sein~~ihre Studium anhand der Studien- und Prüfungsordnungen so zu organisieren, dass ~~er seines~~ihre Prüfungen in den vorgesehenen Zeiten ~~ablegt~~ablegen.

## ~~§ 23 § 24~~

### **Studienkolleg**

Die Hochschule kann ein Studienkolleg als Zentrale Einrichtung ~~gemäß § 92 Abs. nach § 97 Absatz~~ 1 und 3 oder außerhalb der Hochschule errichten. Das Studienkolleg vermittelt Studienbewerberinnen und Studienbewerbern mit einem ausländischen Bildungsnachweis, der den Zugangsvoraussetzungen nach ~~§ 17 18~~ nicht gleichwertig ist, die für das Studium an einer Hochschule oder Staatlichen Studienakademie der Berufsakademie Sachsen erforderliche Qualifikation einschließlich der notwendigen Sprachkenntnisse. Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ regelt den Lehrstoff, die Prüfungsanforderungen und das Prüfungsverfahren durch Rechtsverordnung.

## ~~§ 24 § 25~~

### **Rechtsstellung, Aufgaben und Mitwirkung der Studentenschaft**

(1) Die Studentenschaft besteht aus den Studentinnen und Studenten der Hochschule. Sie ist eine rechtsfähige Teilkörperschaft der Hochschule und hat das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze.

(2) Die Studentenschaft wirkt an der Selbstverwaltung der Hochschule nach Maßgabe dieses Gesetzes und der Grundordnung der Hochschule mit. Sie untersteht der Rechtsaufsicht der Hochschule. Für Maßnahmen der Aufsicht gilt § 7 ~~Abs. Absatz~~ 1 bis 3 entsprechend.

(3) Die Aufgaben der Studentenschaft sind die

1. Wahrnehmung der hochschulinternen, hochschulpolitischen, sozialen und kulturellen Belange der Studenten, Studentinnen und Studenten sowie die Ermöglichung ihrer Meinungsbildung,
2. Mitwirkung an EvaluationsEvaluierungs- und Bewertungsverfahren gemäß § 9 ~~Abs. Absatz~~ 2 und 3,
3. Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Selbsthilfe der Studentinnen und Studenten,
4. Unterstützung der Studentinnen und Studenten im Studium,
5. Förderung des Studentensports unbeschadet der Zuständigkeit der Hochschule,
6. Pflege der regionalen, überregionalen und internationalen Studentenbeziehungen und die Förderung der studentischen Mobilität,
7. Förderung der politischen Bildung ~~und~~ des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins und des zivilgesellschaftlichen Engagements der Studentinnen und Studenten auf der Grundlage der Bürger- und Menschenrechte sowie der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.



## ~~§ 25~~ § 26

### Organe der Studentenschaft

(1) Organe der Studentenschaft sind der Studentenrat und, sofern die Ordnung nach ~~§ 27 Abs. 28 Absatz~~ 2 dies vorsieht, die Fachschafftsräte.

(2) Der Studentenrat vertritt die Studentenschaft im Rahmen der Aufgaben nach ~~§ 24 Abs. 25 Absatz~~ 3. Der Fachschafftsrat vertritt die Fachschaft im Rahmen der Aufgaben nach ~~§ 24 Abs. 25 Absatz~~ 3.

(3) Soweit dem Senat kein Mitglied des Studentenrates angehört, kann der Studentenrat eine Vertreterin oder einen Vertreter mit beratender Stimme in den Senat entsenden.

## ~~§ 26~~ § 27

### Wahlen der Organe der Studentenschaft

(1) Die Organe der Studentenschaft werden in freier, geheimer und gleicher Wahl nach der Wahlordnung der Studentenschaft gewählt.

(2) Ist die Studentenschaft in Fachschaften gegliedert, wählen deren Studentinnen und Studenten den Fachschafftsrat. Jeder Fachschafftsrat wählt Vertreterinnen und Vertreter in den Studentenrat. Die Wahlordnung kann vorsehen, dass in den Studentenrat ~~weitere~~ Mitglieder direkt gewählt werden können. ~~Die In diesem Fall muss die Mehrheit der Studentenratsmitglieder von den Fachschafftsräten gewählten Mitglieder müssen über die Mehrheit verfügen entsandt werden.~~

(3) Ist die Studentenschaft nicht in Fachschaften gegliedert, wählen alle Studentinnen und Studenten den Studentenrat.

## ~~§ 27~~ § 28

### Ordnung der Studentenschaft

(1) Die Studentenschaft regelt ihre Angelegenheiten durch Ordnung. Die Ordnung bestimmt insbesondere

1. die Zusammensetzung, die Befugnisse und das Verfahren der Organe nach ~~§ 25 26~~,
2. die Dauer der Amtszeit der Mitglieder der Organe und die Voraussetzungen für den Verlust der Mitgliedschaft in den Organen,
3. die Art der Bekanntgabe ihrer Beschlüsse,
4. die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes nach § 30 Absatz 3,
5. wie die Interessen der ausländischen Studentinnen und Studenten im Studentenrat wahrgenommen werden.

(2) Die Ordnung kann die Gliederung der Studentenschaft in Fachschaften bestimmen.

## ~~§ 28~~ § 29

### Zusammenarbeit der Studentenräte

Die Studentenräte bilden die Konferenz der Sächsischen Studentenräte. ~~Zur, die zur~~ Vertretung ihrer Angelegenheiten ~~wählt sie~~ einen Landessprecherrat. ~~Das wählt. Die Konferenz der Sächsischen Studentenräte regelt das~~ Nähere ~~regelt einein einer~~ Geschäftsordnung, die der Zustimmung von zwei

Dritteln der Studentenräte der Hochschulen nach § 1 ~~Abs. Absatz~~ 1 bedarf. <sup>4</sup>~~Die Konferenz der Sächsischen Studentenräte ist~~ Das Staatsministerium beteiligt sie an den Anhörungen zu ~~allen~~ Entwürfen von Gesetzen und Rechtsverordnungen, die den Regelungsbereich dieses Gesetzes berühren, ~~zu hören~~.

## ~~§ 29~~ § 30

### Finanzwesen der Studentenschaft

(1) Die Studentinnen und Studenten, ~~die Mitglied in der verfassten Studentenschaft sind~~, sind verpflichtet, für die Erfüllung der Aufgaben der Studentenschaft und der Fachschaften Beiträge zu entrichten. Diese sind für alle Studentinnen und Studenten einer Hochschule in gleicher Höhe festzusetzen. Zweckgebundene Beitragsanteile können standortbezogen zusätzlich erhoben werden. Die Beiträge sind auf das Maß zu beschränken, das nach den Grundsätzen einer sparsamen Haushaltsführung zur Erfüllung der Aufgaben nach ~~§ 24 Abs. 25 Absatz~~ 3 erforderlich ist und die sozialen Verhältnisse der Studentinnen und Studenten angemessen berücksichtigt. Die Beiträge werden bei der Immatrikulation oder Rückmeldung fällig. Die für die Hochschule zuständige Kasse zieht die Beiträge entgeltfrei ein. Das Nähere regelt der Studentenrat durch Ordnung, die der Genehmigung des Rektorates bedarf.

(2) Die Hochschule unterstützt den Studentenrat bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben. Sie stellt angemessene Verwaltungsräume unentgeltlich zur Verfügung. <sup>3</sup>~~Die Sachaufwendungen trägt~~ Der Studentenrat ~~selbst trägt die Sachaufwendungen~~. Auf seine Anforderung ordnet die Hochschule eine Verwaltungsmitarbeiterin oder einen Verwaltungsmitarbeiter zur Erledigung der Verwaltungsaufgaben an ~~den ihn ab~~. Der Studentenrat ~~ab~~. <sup>5</sup>~~Die Personalkosten sinderstattet~~ der Hochschule ~~von der Studentenschaft zu erstattendie Personalkosten~~.

(3) Der Studentenrat stellt jährlich einen Haushaltsplan auf, der die für die Erfüllung der Aufgaben nach ~~§ 24 Abs. 25 Absatz~~ 3 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben enthält. <sup>2</sup>~~Die Er regelt die~~ Bewirtschaftung der Mittel ~~regelt er~~ durch Ordnung. <sup>3</sup>~~Der Studentenrat hat und weist~~ den Fachschafts-räten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach ~~§ 25 Abs. 26 Absatz~~ 2 Satz 2 in Verbindung mit ~~§ 24 Abs. 25 Absatz~~ 3 notwendigen Mittel ~~zuzuweisen zu~~. Er bestimmt eine Verantwortliche oder einen Verantwortlichen für die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes. <sup>5</sup>~~Die Er entscheidet über die~~ Entlastung ~~der oder~~ des Verantwortlichen ~~erfolgt durch den Studentenrat~~ aufgrund des Berichtes der Innenrevision der Hochschule. <sup>6</sup>~~Der Haushaltsplan wird dem Rektorat~~ Vor Beginn des Haushaltsjahres ~~vorgelegtlegt er dem Rektorat den Haushaltsplan vor~~.

(4) Die Innenrevision der Hochschule prüft die Jahresrechnung der Studentenschaft ~~ist durch die Innenrevision der Hochschule zu prüfen~~. Das Nähere regelt die Hochschule durch Ordnung.

(5) Verstößt die Studentenschaft in ihrer Haushaltsführung schwerwiegend gegen die Ordnung nach Absatz 4 Satz 2 oder die Sächsische Haushaltsordnung, erlässt das Rektorat eine Verfügungssperre über die finanziellen Mittel der Studentenschaft. In begründeten Fällen kann es auf Antrag die jeweils erforderlichen Mittel zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben freigeben. Die Verfügungssperre tritt mit dem Ende der Amtszeit des Studentenrates außer Kraft.

## ~~§ 30~~ § 31

### Haftung

Für Verbindlichkeiten der Studentenschaft haftet diese nur mit ihrem eigenen Vermögen.

## Abschnitt 2

### Lehre

#### ~~§ 31~~ § 32

#### Studienjahr

Das Studienjahr besteht in der Regel aus ~~2~~ zwei Semestern. Über Beginn und Ende des Semesters entscheidet die Landesrektorenkonferenz nach Anhörung der Konferenz der Sächsischen Studentenräte.

#### § 23 ~~§ 32~~

#### Studiengänge

(1) Ein Studiengang ist ein durch eine Studienordnung und eine Prüfungsordnung geregeltes Lehrangebot, das in der Regel zu einem berufsqualifizierenden Abschluss führt. Als berufsqualifizierend im Sinne dieses Gesetzes gilt auch der Abschluss eines Studienganges, der die fachliche Eignung für eine berufliche Einführung vermittelt.

(2) ~~<sup>1</sup>Sind aufgrund der maßgebenden Prüfungs- und Studienordnung aus einer größeren Zahl zulässiger Fächer jedes für das Studium Fächer auszuwählen, einen Lehramtsstudiengang auszuwählende Fach ist jedes dieser Fächer ein Teilstudiengang.~~ <sup>2</sup>Für den Teilstudiengang gelten die Bestimmungen über den Studiengang entsprechend gelten.

(3) Soweit das jeweilige Studienziel eine berufspraktische Tätigkeit voraussetzt, ist dieser Teil der Ausbildung mit den übrigen Teilen des Studiums inhaltlich und zeitlich abzustimmen und in den Studiengang einzuordnen.

(4) Studiengänge werden von der Hochschule eingerichtet, geändert oder aufgehoben. Ist die Einrichtung, Änderung oder Aufhebung eines Studienganges Bestandteil der Entwicklungsplanung der Hochschule nach ~~§ 10 Abs. 3 oder 11 Absatz 5~~, einer Zielvereinbarung der Hochschule mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, ist oder der Ziele nach § 11 Absatz 3 Satz 1, zeigt die Hochschule diesem die Maßnahme dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zuvor anzuzeigen an. ~~<sup>3</sup>Bei Studiengängen, die Soll ein Studiengang mit einer staatlichen Prüfung abschließen, ist vom Abschlussprüfung eingerichtet, geändert oder aufgehoben werden, stellt das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst das Einvernehmen mit dem für die Durchführung der Prüfung zuständigen Staatsministerium herzustellen. her. Die Änderung oder Aufhebung eines Studienganges ist nur zulässig, wenn gewährleistet ist, dass die in diesem Studiengang immatrikulierten Studentinnen und Studenten ihr Studium während der Regelstudienzeit an dieser Hochschule und nach Ablauf der Regelstudienzeit an einer Hochschule des Freistaates Sachsen abschließen können.~~

(5) Studiengänge, die nicht mit einer staatlichen oder kirchlichen Prüfung abschließen, sind nach ~~§ 36 Abs.~~ 37 Absatz 3 zu modularisieren. Studiengänge, die mit einer staatlichen oder kirchlichen Prüfung abschließen, können modularisiert werden.

(6) In einem neu eingerichteten Studiengang darf der Lehrbetrieb erst aufgenommen werden, wenn die Studien- und die Prüfungsordnung für diesen Studiengang in Kraft getreten sind.

(7) ~~<sup>4</sup>Soweit ein Studiengang~~ Soweit Studiengänge nach der ihrer Studienordnung in Teilzeit studiert werden ~~kann, soll bei seiner Organisation den, sind sie Teilzeitstudiengänge. Diese berücksichtigen insbesondere die Lebensumstände von Studentinnen und Studenten mit Kindern, Behinderungen oder chronischen Krankheiten, pflegebedürftigen Angehörigen und weiteren~~ besonderen Bedürfnissen

~~von Teilzeitstudenten Rechnung getragen werden, sowie von Berufstätigen.~~ Im Teilzeitstudium verlängern sich die Fristen nach den §§ ~~33 34~~ und ~~35 Abs. 36 Absatz~~ 3 bis 5 entsprechend. Die Hochschule soll Vollzeitstudiengänge so organisieren, dass sie auch in Teilzeit studiert werden können (individuelle Teilzeit). Das Nähere, insbesondere zum Umfang der individuellen Teilzeit und zum Kreis der Berechtigten, regelt die Hochschule durch Ordnung.

(8) Die Hochschulen können hochschulübergreifende Studiengänge einrichten. <sup>2</sup>~~Die Sie erlassen die~~ Studien- und Prüfungsordnungen dieser Studiengänge ~~sind von den Hochschulen~~ gemeinsam. Das Nähere regeln ~~die Hochschulen~~ durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung.

## ~~§ 33~~ § 34

### Regelstudienzeit

(1) Regelstudienzeit ist die Studienzeit, innerhalb der ein Studiengang abgeschlossen werden kann. Sie schließt Zeiten einer in den Studiengang eingeordneten berufspraktischen Tätigkeit, praktische Studienssemester und Prüfungszeiten ein. Sie ist maßgebend für die Gestaltung der Studiengänge durch die Hochschule, die Gestaltung des Prüfungsverfahrens sowie für die Ermittlung und Feststellung der Ausbildungskapazitäten und die Berechnung von Studentenzahlen für die Hochschulplanung.

(2) Die Regelstudienzeit beträgt für Fachhochschulstudiengänge Studiengänge an Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die zu einem Diplomgrad führen, höchstens acht, für andere Studiengänge, die zu einem Diplom- oder Magistergrad führen, höchstens neun, in Ausnahmefällen zehn Semester. Ein Ausnahmefall setzt voraus, dass ein anerkanntes Berufsbild dies erfordert. Für Studiengänge, die zu einem Bachelorgrad führen, beträgt die Regelstudienzeit mindestens sechs und höchstens acht Semester. Für Studiengänge, die zu einem Mastergrad führen, beträgt die Regelstudienzeit mindestens zwei und höchstens vier Semester. Für konsekutive Studiengänge, die zu einem Mastergrad führen, beträgt die Gesamtregelstudienzeit höchstens zehn Semester. <sup>6</sup>~~Längere~~ Die Hochschule darf nach § 35 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 längere Regelstudienzeiten ~~dürfen~~ in besonders begründeten Fällen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst festgesetzt werden.~~ <sup>7</sup>~~In Fachhochschulstudiengängen festsetzen. In Studiengängen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften~~ ist eine integrierte Praxisphase von bis zu einem Jahr Teil ~~des Studiums und wird auf dieser~~ Regelstudienzeit ~~angerechnet.~~

(3) Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft, Kultur und Tourismus~~ kann durch Rechtsverordnung ~~regeln, dass die Regelstudienzeit verlängern, soweit~~ für ~~Semester, Studentinnen und Studenten~~ in ~~denen Semestern, in welchen diese immatrikuliert und nicht beurlaubt sind,~~ ein regulärer Studienbetrieb wegen der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie nicht oder ~~anderer Ausnahmefällen nicht in ausreichendem Maße möglich ist. Dies gilt entsprechend in anderen Ausnahmefällen,~~ die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Notsituationen entstehen und den Studienbetrieb in vergleichbarer Weise beeinträchtigen, ~~nicht oder nicht in ausreichendem Maße möglich ist, für in diesem Semester immatrikulierte und nicht beurlaubte Studenten eine entsprechend verlängerte Regelstudienzeit gilt.~~ Die Frist nach § ~~18 19~~ Absatz 2 Nummer 7 verlängert sich entsprechend. Die Verlängerung der Regelstudienzeit beträgt höchstens drei Semester. <sup>4</sup>~~Die Verlängerung der~~ Soweit die Regelstudienzeit für Studentinnen und Studenten, die zwischen dem Sommersemester 2020 und dem Wintersemester 2021/2022 immatrikuliert und nicht beurlaubt waren, wegen der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bereits verlängert wurde, wird dies auf die nach Satz 4 höchstens zulässige Anzahl an Semestern angerechnet, wenn die eine weitere Verlängerung nach Satz 1 ~~wegen der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie~~ erfolgt.

## ~~§ 34~~ § 35

### Prüfungsordnungen

(1) Die Hochschule erlässt für jeden Studiengang eine Prüfungsordnung, die insbesondere das Prüfungsverfahren und die Prüfungsgegenstände regelt. Prüfungsordnungen müssen insbesondere regeln:

1. die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen sowie die Fristen für das Ablegen der Zwischen- und Abschlussprüfung,
2. die Regelstudienzeit,
3. den unter Beachtung von § 37 Absatz 4 in Semesterwochenstunden ausgedrückten Höchstumfang der insgesamt erforderlichen Lehrveranstaltungen in den, soweit die einzelnen Studienabschnitten, soweit diese Studienabschnitte nicht modularisiert sind, sowie den Studien- und Prüfungsaufbau,
4. die Dauer einer dem Studium dienenden berufspraktischen Tätigkeit sowie die Dauer im Ausland zu erbringender Studienleistungen,
5. welche Leistungsnachweise für die Zulassung zu einer Prüfung erforderlich sind und die Anzahl der Wiederholungsmöglichkeiten für diese Leistungsnachweise,
6. die Anzahl sowie Art, Gegenstand, Aufbau und Ausgestaltung der Fach- und Modulprüfungen und- sowie der Zwischen- und Abschlussprüfung,
7. Anzahl, Art, Gegenstand und Ausgestaltung von Prüfungsleistungen sowie die Bearbeitungszeiten für die Anfertigung der Abschlussarbeit,
8. die Fristen, die Voraussetzungen und das Verfahren für die Meldung und Zulassung zu den Fach- oder Modulprüfungen und deren Wiederholung sowie die Modalitäten zur Bekanntmachung der Prüfungstermine und -ergebnisse,
9. die Anrechnung von Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen, die in anderen Studiengängen erbracht wurden,
10. die Anrechnung von außerhalb des Studiums erworbenen Qualifikationen, soweit diese TeileTeilen des Studiums nach Inhalt und Anforderung gleichwertig sind und diese damit insoweit ersetzen können, höchstens bis zur Hälfte des Studiums berechnet nach Leistungspunkten gemäß dem European Credit Transfer System (ECTS-Leistungspunkte),
11. die Form und das Verfahren der Fach- oder Modulprüfung sowie die Folgen von Versäumnissen, Rücktritt, Täuschung und Verstößen gegen Prüfungsvorschriften,
12. die Grundsätze der Bewertung und Benotung der einzelnen Prüfungsleistungen, die Ermittlung des Prüfungsgesamtergebnisses und das Bestehen von Fach- oder Modulprüfungen,
13. die Fristen für die Bewertung schriftlicher Prüfungsleistungen durch die Prüferinnen und Prüfer,
14. die Zusammensetzung, Aufgaben und Zuständigkeiten der Prüfungsorgane,
15. den aufgrund der bestandenen Hochschulprüfung zu verleihenden Hochschulgrad,
16. den Inhalt und die Gestaltung der Zeugnisse und der Urkunde über die Verleihung des Hochschulgrades sowie die Ausstellung des Diploma Supplements,
17. das Recht zur Einsicht in die Prüfungsunterlagen,
18. das Widerspruchsverfahren in der Hochschule.

(2) Prüfungsordnungen können vorsehen, dass Studien- und Prüfungsleistungen auch in einer anderen Sprache als Deutsch zu erbringen sind oder erbracht werden können.

(3) Prüfungsordnungen müssen die Inanspruchnahme des Mutterschaftsurlaubes und der Elternzeit zulassen sowie der Chancengleichheit für behinderte und chronisch kranke Studenten dienende Regelungen gegen die Benachteiligung von Studentinnen und Studenten mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten treffen.

(4) <sup>1</sup>~~Prüfungsordnungen~~Die Hochschule zeigt Prüfungsordnungen von Studiengängen, die mit einer staatlichen Prüfung abschließen, ~~sind~~ dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst ~~anzuzeigen~~, welches das Einvernehmen mit dem für die Durchführung der Prüfung zuständigen Staatsministerium herstellt. Die Prüfungsordnung tritt in Kraft, wenn das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst eine Änderung nicht innerhalb von ~~4~~<sup>vier</sup> Monaten nach Eingang der Anzeige verlangt. ~~3~~<sup>§</sup> ~~105~~<sup>§ 110</sup> bleibt unberührt.

## ~~§ 35~~ § 36

### Prüfungen

(1) Studiengänge werden durch eine Hochschulprüfung, eine staatliche oder eine kirchliche Prüfung abgeschlossen. Hochschulprüfungen werden auf der Grundlage von Prüfungsordnungen der Hochschule abgelegt. Die Prüfungsordnungen der ~~Hochschule~~Hochschulen können Hochschulprüfungen auch in digitaler Form vorsehen. Die Hochschulprüfung in digitaler Form kann auch an einem Ort außerhalb der Hochschule abgelegt werden.

(2) Hochschulprüfungen dienen der Feststellung, ob ~~die Studentin oder~~ der Student bei Beurteilung ~~ihrer oder~~ seiner individuellen Leistung das Ziel des Studienabschnittes oder des Studienganges erreicht hat. Sie können in Abschnitte geteilt werden.

(3) In nicht modularisierten Studiengängen mit einer Regelstudienzeit von mindestens ~~8~~<sup>acht</sup> Semestern findet eine Zwischenprüfung statt, soweit in Studiengängen, die mit einer staatlichen oder kirchlichen Prüfung abgeschlossen werden, nichts anderes bestimmt ist. Diese ist spätestens bis zum Beginn des fünften Semesters abzulegen. Wer sie nicht innerhalb der Frist nach Satz 2 besteht, muss im fünften Semester an einer Studienberatung teilnehmen. Die Zwischenprüfung kann innerhalb eines Jahres nach Abschluss des ersten Prüfungsversuches einmal wiederholt werden. Nach Ablauf dieser Frist gilt sie als nicht bestanden; die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich. Eine weitere Wiederholungsprüfung ist nicht zulässig.

(4) Eine Abschlussprüfung, die nicht innerhalb von vier ~~4~~ Semestern nach Abschluss der Regelstudienzeit abgelegt worden ist, gilt als nicht bestanden. Eine nicht bestandene Abschlussprüfung kann innerhalb eines Jahres einmal wiederholt werden. Nach Ablauf dieser Frist gilt sie als nicht bestanden; die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung ist nur auf Antrag zum nächstmöglichen Prüfungstermin möglich. Eine weitere Wiederholungsprüfung ist nicht zulässig.

(5) Bei Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen können Hochschulabschlussprüfungen in nicht modularisierten Studiengängen vor Ablauf der in den Prüfungsordnungen festgelegten Prüfungsfristen abgelegt werden. Dies gilt auch für andere Hochschulprüfungen, sofern die Prüfungsordnung dies vorseht. In beiden Fällen gilt eine nicht bestandene Prüfung als nicht durchgeführt (Freiversuch). Die Prüfungsordnung regelt, in welchem Umfang bestandene Prüfungsteile in einem neuen Prüfungsverfahren angerechnet werden können. Auf Antrag ~~der Kandidatin oder~~ des Kandidaten können im Freiversuch bestandene Prüfungen oder Prüfungsteile zur Verbesserung der Note zum nächsten regulären Prüfungstermin wiederholt werden. In diesen Fällen zählt die bessere Note.

(6) Zu ~~Prüferinnen und~~ Prüfern in Hochschulprüfungen sollen nur Mitglieder und Angehörige der Hochschule oder anderer Hochschulen bestellt werden, die in dem betreffenden Prüfungsfach zur selbständigen Lehre berechtigt sind. Soweit dies nach dem Gegenstand der Prüfung sachgerecht ist, kann ~~zur Prüferin oder~~ zum Prüfer auch bestellt werden, wer die Befugnis zur selbständigen Lehre nur für ein Teilgebiet des Prüfungsfaches besitzt. In besonderen Ausnahmefällen können auch Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen ~~zur Prüferin oder~~ zum Prüfer bestellt werden, sofern dies nach der Eigenart der Hochschulprüfung sachgerecht ist. ~~4~~<sup>Prüfer-Prüferinnen und Prüfer</sup> müssen mindestens über die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation verfügen.

(7) Prüfungsleistungen in Hochschulabschlussprüfungen und in Prüfungen, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist, werden in der Regel von ~~2~~<sup>zwei</sup> ~~Prüferinnen oder~~ Prüfern bewertet. Mündliche Prüfungen sind ~~von mehreren Prüfern oder von einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers~~ abzunehmen.

1. von mehreren Prüferinnen und Prüfern oder

## 2. von einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers.

(8) Die Hochschule stellt Studentinnen und Studenten, die ihr Studium nicht abschließen, auf Antrag ein Zeugnis über die erbrachten Studienleistungen Studien- und Prüfungsleistungen aus.

(9) <sup>1</sup>~~Studien~~Die Hochschule rechnet Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer anderen Hochschule erbracht worden sind, werden auf Antrag angerechnet auf das Studium an, es sei denn, es bestehen wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen. An Kunsthochschulen werden abweichend von Satz 1 Studien- und Prüfungsleistungen auf Antrag anerkannt, wenn ihre Gleichwertigkeit festgestellt worden ist. Die Nichtanrechnung ist schriftlich zu begründen. Über die Anrechnung und die Feststellung der Gleichwertigkeit entscheidet die in den Prüfungs- oder Promotionsordnungen oder sonstigen Rechtsvorschriften vorgesehene Stelle.

### ~~§ 36~~ § 37

## **Studienordnungen**

(1) Die Hochschule erlässt für jeden Studiengang auf der Grundlage der Prüfungsordnung eine Studienordnung.

(2) Die Studienordnung regelt die Zulassungsvoraussetzungen für den Studiengang, Inhalt und Aufbau des Studiums sowie in den Studiengang eingeordnete berufspraktische Tätigkeiten. Sie kann vorsehen, dass der Studiengang oder einzelne Lehrveranstaltungen in Fremdsprachen durchgeführt werden. Sie sieht Schwerpunkte vor, die die Studentin oder der Student nach eigener Wahl bestimmen kann; ~~sie~~ soll zulassen, dass Studienleistungen in unterschiedlicher Art erbracht werden. <sup>3</sup>~~Sie soll, und~~ ein Tutorienangebot zur Unterstützung der Studentinnen und Studenten vorsehen.

(3) Die Studienordnung sieht vor, dass in einem fachlichen oder thematischen Zusammenhang stehende, abgrenzbare Stoffgebiete zu in sich abgeschlossenen Modulen zusammengefasst werden. Diese umfassen fachlich aufeinander abgestimmte Lehrveranstaltungen unterschiedlicher Art und schließen mit Modulprüfungen ab. Nach bestandener Prüfung werden ECTS-Leistungspunkte nach dem European Credit Transfer System (ECTS) vergeben. Diese Modulprüfungen führen zum Hochschulabschluss; das Nähere regelt die Prüfungsordnung. <sup>5</sup>~~Für~~Die Hochschule erstellt für modularisierte Studiengänge sind Modulbeschreibungen zu erstellen und fügt sie der Studienordnung als Anlage beizufügen. <sup>6</sup>~~§ 32 Abs. bei. § 33 Absatz 5 Satz 2~~ bleibt unberührt.

(4) Lehrstoff und Lehrangebote sind werden so festzulegen festgelegt, dass das Studium in der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann. Die Studienordnung bestimmt Gegenstand, Art und Umfang der Lehrveranstaltungen und Studienleistungen, die für den erfolgreichen Abschluss des Studiums erforderlich sind. Der Gesamtumfang der nach Satz 2 erforderlichen Lehrveranstaltungen ist wird so zu bemessen, dass den Studentinnen und Studenten Gelegenheit zur selbständigen Vorbereitung und Vertiefung des Stoffes und zur Teilnahme an zusätzlichen Lehrveranstaltungen nach eigener Wahl verbleibt. <sup>4</sup>~~Die Studienordnung kann vorsehen, dass Lehrveranstaltungen in einer Fremdsprache abgehalten werden.~~

(5) Die Studienordnung soll als Empfehlung an die Studentinnen und Studenten für den Verlauf des Studiums einen Studienablaufplan mit Angaben über Lehrveranstaltungen und Studienleistungen enthalten, bei dessen Beachtung der Hochschulabschluss innerhalb der Regelstudienzeit erreicht werden kann. Die Hochschulen sollen ermöglichen, dass Studentinnen und Studenten Prüfungen vorfristig ablegen.

(6) Die Studienordnung soll vorsehen, dass mindestens ein Leistungsnachweis bis zum Beginn des dritten Fachsemesters erbracht wird. Studentinnen und Studenten ohne diesen Leistungsnachweis sollen im dritten Fachsemester an einer Studienberatung teilnehmen.

(7) Studienordnungen von Studiengängen, die mit einer staatlichen Prüfung abschließen, sind dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst anzuzeigen, welches das Einvernehmen mit dem für die Durchführung der Prüfung zuständigen Staatsministerium herstellt. Die Studienordnung tritt in Kraft,

wenn das Staatsministerium [für Wissenschaft und Kunst](#) eine Änderung nicht innerhalb von 4 vier Monaten nach Eingang der Anzeige verlangt. ~~§ 105~~ [§ 110](#) bleibt unberührt.

(8) Die Studienordnung eines Masterstudienganges legt fest, ob es sich um einen konsekutiven oder weiterbildenden Studiengang handelt.

### ~~§ 37~~ § 38

#### **Einstufungsprüfungen, Hochschulprüfungen Externer**

(1) [Studienbewerberinnen und Studienbewerber](#) mit Hochschulzugangsberechtigung sind in ein höheres Fachsemester einzustufen, wenn sie durch eine besondere Hochschulprüfung (Einstufungsprüfung) die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten nachgewiesen haben.

(2) ~~Wer Personen, die~~ sich das in der [jeweiligen](#) Studien- und Prüfungsordnung geforderte Wissen und Können angeeignet ~~hat~~ [haben, können](#) den Hochschulabschluss als ~~Externer~~ [Externe](#) in einer Hochschulprüfung erwerben. Über den Antrag auf Zulassung zur Prüfung sowie über das Prüfungsverfahren und über die zu erbringenden Leistungsnachweise, die den Anforderungen der Prüfungsordnung entsprechen müssen, entscheidet die zuständige Fakultät der Hochschule.

### ~~§ 38~~ § 39

#### **Weiterbildende Studien [und Studiengänge](#)**

(1) Die Hochschulen bieten weiterbildende Studien an. Diese sollen Fachkenntnisse erweitern oder wissenschaftliche oder künstlerische Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickeln. Die Hochschulen können festlegen, welche Voraussetzungen für die Teilnahme nachgewiesen werden müssen.

(2) Weiterbildende Studiengänge setzen einen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss voraus und führen nach Maßgabe verbindlicher Studien- und Prüfungsordnungen zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss. Weiterbildende Masterstudiengänge setzen eine berufspraktische Erfahrung von in der Regel nicht unter einem Jahr voraus. Weiterbildende Studiengänge können auch als Fernstudiengänge angeboten werden.

(3) Das Nähere regelt die Hochschule durch Ordnung.

## Teil 3 Hochschulgrade und Stipendien

### ~~§ 39~~ § 40

#### **Hochschulgrade**

(1) Aufgrund der bestandenen Hochschulprüfung, mit der ein berufsqualifizierender Abschluss erworben wird, ~~verleiht~~ [verleihen](#) die ~~Hochschule~~ [Hochschulen](#) den Bachelorgrad, den Mastergrad, ~~und~~ den Diplomgrad mit Angabe der Fachrichtung oder Berufsbezeichnung, die Universitäten auch den Magistergrad. Soweit in [Fachhochschulstudiengängen](#) [Studiengängen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften](#) der Diplomgrad verliehen wird, ist er um den Zusatz „Fachhochschule“ oder „FH“ zu ergänzen. [Die Universitäten und Kunsthochschulen](#) ~~Hochschule kann~~ [können einen Grad nach Satz 1 auch aufgrund einer bestandenen staatlichen oder kirchlichen Prüfung verleihen.](#)

(2) Der Urkunde über die Verleihung des Grades ist eine englischsprachige Übersetzung der Urkunde beizufügen. [Sorbinen und Sorben](#) können den Grad zusätzlich in sorbischer Sprache führen und erhalten auf Wunsch eine sorbischsprachige Fassung der Verleihungsurkunde und des Zeugnisses.

(3) Titel, Grade, Diplome und Berufsbezeichnungen dürfen nur so vergeben und geführt werden, dass eine Verwechslung mit Hochschulgraden ausgeschlossen ist.

(4) Ein aufgrund dieses Gesetzes verliehener Grad kann entzogen werden, wenn



1. er durch Täuschung erworben wurde oder
2. nach seiner Verleihung Tatsachen bekannt werden, die seine Verleihung ausgeschlossen hätten.

Ist die Inhaberin oder der Inhaber eines Ehrengrades nach ~~§ 40 Abs. 9~~ § 41 Absatz 8 wegen eines Vergehens rechtskräftig verurteilt worden, kann der Grad entzogen werden. Ist sie oder er wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt worden, muss der Grad entzogen werden. Über den Entzug entscheidet das Organ, das den Grad verliehen hat. Besteht dieses Organ nicht mehr, bestimmt das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ die zuständige Stelle durch Rechtsverordnung.

## ~~§ 40~~ § 41

### Promotion

(1) Die Universitäten haben das Recht zur Promotion. Die nach § 92 Absatz 3 kooptierten Professorinnen und Professoren nehmen mit den Professorinnen und Professoren an Universitäten gleichberechtigt am Promotionsverfahren teil. Die Kunsthochschulen haben das Recht zur Promotion in Fachgebieten mit wissenschaftlicher Ausrichtung.

(2) Zur Promotion kann zugelassen werden, wer einen Diplom-, Master- oder Magistergrad an einer Hochschule oder das Staatsexamen erworben hat. Bei der Zulassung sind Absolventinnen und Absolventen von Universitäten und Fachhochschulen aller Hochschularten gleich zu behandeln. Wer die Zulassungsvoraussetzungen erfüllt und die Anfertigung einer Dissertation beabsichtigt, kann bei einer Hochschule mit Promotionsrecht die Annahme als Doktorandin oder Doktorand beantragen. Die Annahme verpflichtet diese zur Betreuung des Promotionsvorhabens. Die Hochschule erfasst die angenommenen Doktorandinnen und Doktoranden und überprüft die Aktualität der Erfassung regelmäßig.

(3) Inhaberinnen und Inhaber eines Bachelorgrades einer Hochschule können auch ohne Erwerb eines weiteren Grades im Wege eines Eignungsfeststellungsverfahrens zur Promotion zugelassen werden.

(4) Universitäten und ~~Fachhochschulen~~ Hochschulen für angewandte Wissenschaften wirken zur Promotion von Fachhochschulabsolventen im kooperativen Promotionsverfahren zusammen, indem sie die Promotionsleistungen gemeinsam betreuen.

(5) Das Nähere regelt unbeschadet des § 110 die Promotionsordnung der Hochschule mit Promotionsrecht, zu Satz 2 Nummer 3 im Benehmen mit der Hochschule für angewandte Wissenschaften. Dies ist insbesondere

1. die Annahme als Doktorandin oder Doktorand und deren Aufhebung sowie die Zulassung zur Promotion,
2. das Eignungsfeststellungsverfahren einschließlich der Kriterien für die Festlegung zusätzlich zu erbringender Studienleistungen,
3. das Zusammenwirken mit ~~Fachhochschulen~~ Hochschulen für angewandte Wissenschaften einschließlich der Mitwirkung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern an Fachhochschulen-Hochschulen für angewandte Wissenschaften im kooperativen Promotionsverfahren als Betreuerinnen und Betreuer, Gutachterinnen und Gutachter oder Prüferinnen und Prüfer,
4. der Abschluss einer Betreuungsvereinbarung, die die Rechte und Pflichten der Doktorandin oder des Doktoranden und der Betreuerin oder des Betreuers regelt, und

4.5. ob ein Rigorosum durchzuführen ist.

(6) Zur Promotion ist eine selbständig erstellte, schriftliche wissenschaftliche Arbeit, die das Wissenschaftsgebiet weiterentwickelt (Dissertation), vorzulegen. Sie ist auch in elektronischer Form einzureichen. Der Doktorgrad wird aufgrund der Dissertation, die öffentlich verteidigt wird, verliehen. Die Dissertation ist zu veröffentlichen. Sie wird von mindestens zwei Gutachterinnen oder Gutachtern bewertet. ~~Ein Gutachter muss ein nach § 60 oder § 62 berufener Professor an einer Universität sein.~~ ~~Weitere Gutachter können Fachhochschul-, die eine Habilitation oder Juniorprofessoren sein oder sie müssen mindestens habilitationsadäquate Leistungen einer gleichwertigen wissenschaftlichen Tätigkeit nachweisen.~~ ~~In Promotionsverfahren nach § 40 Abs. 1 Satz 2 darf ein Gutachter abweichend von Satz 6 berufener Professor einer Kunsthochschule sein, können oder nach § 92 Absatz 3 kooptiert worden sind. Die Promotionsordnung kann Näheres regeln.~~

~~(1) Die Promotion kann auch ohne abgeschlossenes Hochschulstudium den berufsqualifizierenden Abschluss und den Hochschulgrad nach § 39 Abs. 1 Satz 1 vermitteln.~~ ~~Die Voraussetzungen hierfür sowie den zu vermittelnden Grad regelt die Hochschule durch Ordnung.~~

(7) Der Doktorgrad wird mit einem das Wissenschaftsgebiet kennzeichnenden Zusatz verliehen.

(8) Hochschulen, die den Doktorgrad verleihen, steht auch das Recht zur Verleihung des Doktors ehrenhalber (doctor honoris causa) zu. Mit der Verleihung des Grades Doktor ehrenhalber werden können Personen gewürdigt werden, die sich besondere Verdienste um Wissenschaft, Technik, Kultur oder Kunst erworben haben.

(9) Universitäten können Promotionsstudiengänge einrichten, die den Abschluss „Doctor of Philosophy (Ph. D.)“ ermöglichen. In diesen Promotionsstudiengängen darf nur der Abschluss „Doctor of Philosophy (Ph. D.)“ verliehen werden.

~~(10) Die angenommenen Doktorandinnen und Doktoranden wählen aus ihrer Mitte die Mitglieder der Doktorandenvertretung der Hochschule mit Promotionsrecht. Die Doktorandenvertretung berät über die die Doktorandinnen und Doktoranden betreffenden Belange und gibt hierzu gegenüber den Organen der Hochschule Empfehlungen ab. Die Hochschule hört sie insbesondere zu Entwürfen von Promotionsordnungen an. Ein Mitglied der Doktorandenvertretung kann an den Sitzungen des Senates und des Fakultätsrates beratend teilnehmen. Das Nähere regelt die Hochschule in der Grundordnung.~~

## § 42

### Habilitation

(1) Hochschulen mit Promotionsrecht haben das Recht zur Habilitation. Die Habilitation ist ein Nachweis der besonderen Befähigung zur Forschung und zur eigenständigen Lehre in einem Fachgebiet. Die Zulassung zur Habilitation setzt die Promotion und in der Regel eine mehrjährige wissenschaftliche Tätigkeit voraus. Akademische Assistentinnen und Assistenten nach ~~§ 72 76~~ in wissenschaftlichen ~~Fächern~~ Studienfächern sind mit ihrer Einstellung zur Habilitation zugelassen.

(2) Eine Habilitationskommission, der Habilitierte oder Professorinnen und Professoren angehören, führt das Habilitationsverfahren durch. ~~In~~ Die Hochschule mit Habilitationsrecht kann in die Habilitationskommission können auch Habilitierte sowie Professorinnen und Professoren anderer Hochschulen berufen werden.

(3) Mit der Habilitation wird die Lehrbefugnis zuerkannt und die Befugnis eingeräumt, den Zusatz „habil.“ zum Doktorgrad zu führen.

(4) Auf Antrag verleiht der Fakultätsrat einem Habilitierten die Bezeichnung „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“, wenn ersie sich zur Übernahme von Lehrverpflichtungen in seinemihrem Fachgebiet von mindestens 2– zwei Semesterwochenstunden verpflichtet– verpflichtet. Das Nähere regelt die Hochschule in einer Ordnung nach ~~§ 13 Abs.~~ 14 Absatz 3 Satz 1.

(5) Das Nähere zur Habilitation regelt eine Habilitationsordnung.

### Graduiertenstudium, Meisterschülerstudium

(1) Das Graduiertenstudium an den Universitäten und den Kunsthochschulen vertieft die Kenntnisse und fördert die Fähigkeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses und das Promotionsvorhaben.

~~1Die Vergabe von Stipendien aus Mitteln des Freistaates Sachsen und~~ (2) Das Nähere über Zugang, und Zulassung zum Graduiertenstudium ~~und~~sowie in diesem zu erbringende Leistungsnachweise regelt die Hochschule durch Ordnung. ~~2Erbringt ein Student~~ Erbringen Studentinnen und Studenten erforderliche Leistungsnachweise nicht ~~kann er~~, können sie exmatrikuliert werden.

(3) Die Regelstudienzeit für das Graduiertenstudium beträgt mindestens ~~4 vier~~ und höchstens 6 sechs Semester. Das Nähere regeln Studien- und Promotionsordnung.

(4) ~~1Der Student~~ Studentinnen und Studenten im Graduiertenstudium ~~hat~~haben die Möglichkeit und nach Ablauf des zweiten Semesters ~~grundsätzlich~~ die Pflicht, in Ergänzung zu ~~seinem~~ihrem Studium befristete Dienstleistungen in der Lehre von bis zu ~~2 zwei~~ Semesterwochenstunden zu erbringen. ~~2Sächsische~~ Sächsische Landesstipendiatinnen und Landesstipendiaten erhalten dafür keine Vergütung. ~~3Bei~~ Bei der Auswahl der Themen des Tutoriums soll die eigene wissenschaftliche Arbeit der Studentin oder des Studenten berücksichtigt und der Zusammenhang mit dem Promotionsvorhaben gewährleistet werden.

(5) Kunsthochschulen können das Meisterschülerstudium einrichten. Das Nähere regelt die Studienordnung. Für Meisterschülerinnen und Meisterschüler gelten die Absätze 2 und 3 Satz 1 sowie Absatz 4 Satz 1 und 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass befristete Dienstleistungen in der Lehre von 4 vier bis 5 fünf Semesterwochenstunden zu erbringen sind. Das Studium wird mit öffentlichen Präsentationen der künstlerischen Fähigkeiten oder einer künstlerischen Arbeit abgeschlossen.

### Landesstipendien

Der Freistaat Sachsen vergibt an besonders qualifizierte Bewerber Doktorandinnen und Doktoranden nach den §§ 41 und 43 Landesstipendien nach Maßgabe des Haushaltsplanes. Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung zu regeln:

1. die Dauer und Höhe des Grundstipendiums und des Kinderzuschlages,
2. die Voraussetzungen für den Bezug und die Höhe des Kinderzuschlages,
3. die Gewährung von besonderen Zuwendungen für Sach- und Reisekosten sowie für die Kosten eines Auslandsaufenthaltes,
4. die Herausgabe von mit besonderen Zuwendungen beschafften Arbeitsmitteln und
5. das Antrags- und Vergabeverfahren.

Die Hochschule kann das Nähere durch Rechtsverordnung zu Ordnung regeln.

### Ausländische Grade, Titel und Tätigkeitsbezeichnungen

(1) Ein ausländischer Hochschulgrad kann in der verliehenen Form unter Angabe der verleihenden Hochschule geführt werden, wenn er aufgrund eines nach dem Recht des Herkunftslandes anerkannten Hochschulabschlusses nach einem ordnungsgemäß durch Prüfung abgeschlossenen Studium verliehen

worden ist. Dabei kann die verliehene Form in lateinische Schrift übertragen, die im Herkunftsland zugelassene oder allgemein übliche Abkürzung geführt und eine wörtliche Übersetzung in Klammern hinzugefügt werden. Gleiches gilt für staatliche und kirchliche Grade. Eine Umwandlung in einen entsprechenden deutschen Grad findet nur statt für Berechtigte nach dem ~~Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge~~ (Bundesvertriebenengesetz — BVFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 2007 (BGBl. I S. 1902), geändert das zuletzt durch Artikel ~~19 Abs. 1 des Gesetzes 162 der Verordnung~~ vom ~~12. Dezember 2007~~ 19. Juni 2020 (BGBl. I S. ~~2840, 2859~~, 1328) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, ~~statt~~. Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ kann durch Rechtsverordnung das Verfahren für die Umwandlung von ausländischen Graden der nach dem Bundesvertriebenengesetz Berechtigten regeln, insbesondere die Zuständigkeiten und Voraussetzungen.

(2) Ein ausländischer Ehrengrad, der von einer nach dem Recht des Herkunftslandes zur Verleihung berechtigten Hochschule oder anderen Stelle verliehen wurde, kann nach Maßgabe der für die Verleihung geltenden Rechtsvorschriften in der verliehenen Form unter Angabe der verleihenden Stelle geführt werden. 2 Absatz, wenn diese Stelle auch zur Vergabe des entsprechenden Grades nach Absatz 1 berechtigt ist. Absatz 1 Satz 1, 2, 4 und 5 gilt entsprechend.

(3) Soweit abweichend von den Absätzen 1 und 2 Vereinbarungen und Abkommen der Bundesrepublik Deutschland ~~oder ihrer Bundesländer~~ mit anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich und Vereinbarungen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland die Inhaberinnen und Inhaber ausländischer Grade begünstigen, gehen diese Regelungen vor.

(4) Wer einen Hochschulgrad führt, hat auf Verlangen des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ die Berechtigung hierzu urkundlich nachzuweisen.

(5) Entgeltlich erworbene Grade dürfen nicht geführt werden.

(6) Für das Führen von ausländischen Hochschultiteln und Hochschultätigkeitsbezeichnungen gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend. Nach dem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis der ausländischen Hochschule ist das Führen eines ausländischen Hochschultitels gestattet, wenn dies auch nach dem Recht des Herkunftslandes zulässig ist.

## Teil 4

### Forschung und Entwicklung

#### ~~§ 45~~ § 46

#### **Wissenschaft und Forschung**

Die Forschung an den Hochschulen dient der Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse nach Maßgabe ihrer Aufgaben nach § 5 ~~Abs.~~ Absatz 1 sowie der Weiterentwicklung von Lehre und Studium. Gegenstand der Forschung an den Hochschulen können alle wissenschaftlichen Bereiche sowie die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis einschließlich der Folgen sein, die sich aus der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse ergeben können.

#### ~~§ 46~~ § 47

#### **Drittmittelfinanzierte Forschung**

(1) Die in der Forschung tätigen Hochschulmitglieder sind berechtigt, Forschungsarbeiten, die aus Drittmitteln finanziert werden, an der Hochschule durchzuführen, soweit dadurch entstehende Folgekosten

angemessen berücksichtigt werden. Die Rektorin oder der Rektor kann im Einvernehmen mit der Dekanin oder dem zuständigen Dekan gestatten, dass ein im Ruhestand befindlicher Professor, dem befindliche Professorinnen und Professoren, denen der Status eines von Angehörigen nach § 49 Abs. 50 Absatz 2 Satz 2 zuerkannt worden ist, eine Forschungsarbeit nach Satz 1 an der Hochschule durchführt durchzuführen. Drittmittel werden durch die Hochschule verwaltet. Sie sind unter Beachtung der Zweckbestimmung des Mittelgebers einzusetzen.

(2) Die Absicht, Drittmittel anzunehmen, ist dem Rektorat rechtzeitig vor der Annahme anzuzeigen. Die Annahme von Drittmitteln und die Inanspruchnahme von Personal, Sachmitteln und Einrichtungen der Hochschule dürfen vom Rektorat nur untersagt oder durch Auflagen beschränkt werden, soweit die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 dies erfordern.

(3) Auf Antrag des Mitgliedes der Hochschule, das Forschungsarbeiten nach Absatz 1 durchführt (Projektleiterin oder Projektleiter), kann von der Verwaltung der Mittel durch die Hochschule abgesehen werden, sofern dies mit den Bestimmungen des Mittelgebers vereinbar ist.

(4) In begründeten Fällen kann die Projektleiterin oder der Projektleiter mit Zustimmung der Hochschule, sofern Bestimmungen des Mittelgebers nicht entgegenstehen, befristete privatrechtliche Arbeitsverträge abschließen. In diesen Fällen sollen die tarifrechtlichen Bestimmungen des Freistaates Sachsen entsprechend beachtet werden.

#### § 47 § 48

### **Veröffentlichung von Forschungsergebnissen**

Die Hochschule unterrichtet die Öffentlichkeit regelmäßig über ihre Forschungstätigkeit und die Forschungsergebnisse. Die Forschungsergebnisse sind werden in geeigneter Weise, insbesondere durch wissenschaftliche Veranstaltungen und Publikationen, zu veröffentlichen veröffentlicht. Vor der Veröffentlichung sollen die Forschungsergebnisse auf eine mögliche wirtschaftliche Verwertbarkeit geprüft und gegebenenfalls durch Patente gewerblich geschützt werden. In Publikationen der Forschungsergebnisse sind werden Personen, die einen eigenen wissenschaftlichen oder wesentlichen sonstigen Beitrag geleistet haben, als Mitautorinnen oder Mitautoren zu nennengenannt, wenn sie zugestimmt haben; soweit möglich ist wird ihr Beitrag zu kennzeichnen gekennzeichnet.

#### § 48 § 49

### **Entwicklungsvorhaben und künstlerische Vorhaben**

Die Vorschriften dieses Teils gelten für Entwicklungsvorhaben im Rahmen angewandter Forschung und für künstlerische Vorhaben entsprechend.

## Teil 5

### Mitgliedschaft und Mitwirkung

## ~~§ 49~~ § 50

### Mitglieder und Angehörige der Hochschulen

(1) Mitglieder der Hochschule sind

1. die ~~in~~ der Hochschule mindestens zu einem Viertel der regelmäßigen Arbeitszeit Beschäftigten, einschließlich der am Universitätsklinikum tätigen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ~~und~~ sowie der dort tätigen akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
2. ~~sowie~~ die nach § 92 Absatz 3 kooptierten Professorinnen und Professoren sowie
- ~~2.3.~~ die Studentinnen und Studenten.

Beschäftigten des Universitätsklinikums oder der medizinischen Einrichtungen nach § ~~400~~ 106, die Leistungen in Forschung oder Lehre oder wissenschaftliche Dienstleistungen für Forschung oder Lehre erbringen, kann die Mitgliedschaft mit Zustimmung des Universitätsklinikums oder der medizinischen Einrichtungen nach § ~~400~~ durch den 106 von der Dekanin oder dem Dekan verliehen werden.

(2) Angehörige der Hochschule sind die ~~sonstigen Beschäftigten der Hochschule, angenommenen Doktorandinnen und Doktoranden, soweit sie nicht Mitglieder nach Absatz 1 sind, die Lehrbeauftragten, soweit sie nicht Mitglieder nach Absatz 3 sind, und die weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach § 58 Absatz 2.~~ Die Hochschule kann im Ruhestand befindlichen Professorinnen und Professoren und wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unbefristet beschäftigt waren, den Status einer oder eines Angehörigen verleihen.

(3) <sup>1</sup>Die An Kunsthochschulen kann die Grundordnung vorsehen, dass die Lehrbeauftragten dieser Hochschule Mitglieder sind.

~~(3)(4)~~ Die Grundordnung kann bestimmen, dass weiteren Personen, die Aufgaben an der Hochschule wahrnehmen, die Rechte als Mitglied oder Angehöriger der Hochschule zuerkannt werden können. ~~<sup>2</sup>Sie kann bestimmen, dass Doktoranden, die keine Mitglieder der Hochschule sind, die Rechte als Angehöriger zuerkannt werden.~~

~~(4)(5)~~ Die Mitglieder und Angehörigen der Hochschule sind unbeschadet weitergehender Verpflichtungen aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis verpflichtet, sich so zu verhalten, dass die Hochschule und ihre Organe ihre Aufgaben erfüllen können und niemand daran gehindert wird, seine Rechte und Pflichten an der Hochschule wahrzunehmen.

## § 50 § 51

### Mitgliedergruppen

(1) Für die Wahl ihrer Vertreterinnen und Vertreter in den Organen bilden je eine Gruppe:

1. die Professorinnen und Professoren, die Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren ~~(, die Tandemprofessorinnen und Tandemprofessoren, die Außerplanmäßigen Professorinnen und Professoren, die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer)~~, im materiell-rechtlichen Sinne (Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer),
2. die wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich der Akademischen Assistentinnen und Assistenten, die Lektorinnen und Lektoren, die Wissenschaftsmanagerinnen und Wissenschaftsmanager, die Lehrkräfte für besondere Aufgaben, die wissenschaftlichen oder künstlerischen Hilfskräfte sowie an Kunsthochschulen die Mitglieder nach § 50 Absatz 3 (akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter),

3. die [Studentinnen und](#) Studenten sowie
4. die [sonstigenweiteren Mitarbeiterinnen und](#) Mitarbeiter nach § ~~57 Abs.~~ [58 Absatz 2](#).

Die Grundordnung kann vorsehen, dass [Doktorandinnen und](#) Doktoranden, die als [StudentenStudentin oder Student](#) immatrikuliert sind, der Gruppe der akademischen [Mitarbeiterinnen und](#) Mitarbeiter zugeordnet werden. Sie kann auch vorsehen, dass die akademischen [Mitarbeiterinnen und](#) Mitarbeiter mit den [sonstigenweiteren Mitarbeiterinnen und](#) Mitarbeitern eine gemeinsame Gruppe bilden, wenn wegen der geringen Mitgliederzahl die Bildung eigener Gruppen nicht angezeigt ist. In diesem ~~Falle~~[Fall](#) stehen der gemeinsamen Gruppe die Sitze beider Gruppen zu.

(2) Das Rektorat kann [Laboringenieurinnen und](#) Laboringenieuren Mitwirkungsrechte der akademischen [Mitarbeiterinnen und](#) Mitarbeiter verleihen, wenn sie anteilig entsprechende Aufgaben wahrnehmen.

(3) Die Hochschule regelt die Zuordnung von Mitgliedern nach § ~~49 Abs. 3~~ [50 Absatz 4](#) zu diesen Gruppen nach deren Qualifikation, Funktion, Verantwortung und Betroffenheit durch Ordnung.

(4) Jede Mitgliedergruppe wählt aus ihrer Mitte ihre [Vertreterinnen und](#) Vertreter in die nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Organe der Hochschule. Ein Organ ist auch dann ordnungsgemäß zusammengesetzt, wenn eine oder mehrere Gruppen keine oder nicht alle ihrer [Vertreterinnen und](#) Vertreter gewählt haben, die Gruppe der [Hochschullehrerinnen und](#) Hochschullehrer aber über die Mehrheit der Stimmberechtigten verfügt.

## ~~§ 51~~ § 52

### Wahlen

(1) Die Mitglieder von Organen der Selbstverwaltung werden in freier, geheimer und gleicher Wahl gewählt.

(2) Das Nähere zum Wahlverfahren regelt die Hochschule durch Wahlordnung, insbesondere die Form und Zusammenstellung der Wahlvorschläge, die Stimmabgabe einschließlich der Briefwahl, die Ermittlung des Wahlergebnisses, die Verteilung der Sitze auf die Mitgliedergruppen nach § ~~50 Abs.~~ [51 Absatz 1](#) sowie die Wahlprüfung. [Bei der Aufstellung der Wahlvorschläge soll auf die angemessene Vertretung von Frauen und Männern geachtet werden.](#)

(3) Nach näherer Regelung in der Wahlordnung können Wahlkreise gebildet werden. Bei dem Zchnitt der Wahlkreise ist auf ein angemessenes Verhältnis der Zahl der Hochschulmitglieder in den Wahlkreisen und die Bedeutung des Wahlkreises für das wissenschaftliche Profil der Hochschule zu achten.

(4) Die Grundordnung kann bestimmen, dass die Wahl der studentischen [Vertreterinnen und](#) Vertreter in den Senat und den Erweiterten Senat durch mittelbare Wahl erfolgt.

(5) Jedes Mitglied der Hochschule kann sein aktives und passives Wahlrecht nur in jeweils einer Mitgliedergruppe ausüben. [Die an Universitäten kooptierten Professorinnen und Professoren besitzen kein Wahlrecht.](#)

## ~~§ 52~~ § 53

### Wahlperioden und Amtszeiten

(1) Die Mitglieder des Fakultätsrates, des Senates und des Erweiterten Senates werden für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Die studentischen [Vertreterinnen und](#) Vertreter in diesen Organen und die Organe der Studentenschaft werden jährlich gewählt. Die Wahlperiode des Fakultätsrates, des Senates und des Erweiterten Senates beträgt ~~5~~ [fünf](#) Jahre. Sie endet mit dem Zusammentritt des neu gewählten Organs. ~~Der~~ [Die Rektorin oder der](#) Rektor, die [Prorektorinnen und](#) Prorektoren, die [Dekaninnen und](#)

Dekane, die Prodekaninnen und Prodekane, die Studiendekaninnen und Studiendekane ~~und~~ sowie die Gleichstellungsbeauftragten werden für ~~5~~ fünf Jahre gewählt. Die Grundordnung kann vorsehen, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppen nach § 50 ~~Abs.~~ Absatz 1 Satz 1 ~~Nr.~~ Nummer 1, ~~2~~ und 4 in den Fakultätsräten, Dekaninnen und Dekane, Prodekaninnen und Prodekane, Studiendekaninnen und Studiendekane sowie Gleichstellungsbeauftragte ~~die Gleichstellungsbeauftragten~~ für eine kürzere, mindestens aber dreijährige Amtszeit, die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppe nach § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 für eine kürzere, mindestens aber zweijährige Amtszeit gewählt werden. Wurde die oder der Gleichstellungsbeauftragte aus der Gruppe der Studentinnen und Studenten gewählt, so beträgt ihre oder seine Amtszeit ein Jahr.

(2) ~~Der~~ Die Kanzlerin oder der Kanzler wird für acht Jahre bestellt. Die Mitglieder des Hochschulrates werden für fünf Jahre bestellt.

(3) ~~Rektor, Prorektor oder Dekan~~ Rektorinnen und Rektoren, Prorektorinnen und Prorektoren sowie Dekaninnen und Dekane führen nach Ablauf ihrer Amtszeit die Geschäfte bis zum Amtsantritt ihrer jeweiligen Amtsnachfolgerin oder ihres jeweiligen Amtsnachfolgers unter Fortdauer ihres Dienstverhältnisses weiter. Dies gilt nicht im ~~Falle~~ Fall ihrer Abwahl. Satz 1 gilt für verbeamtete Amtsträgerinnen und Amtsträger nicht, wenn für sie ein Beendigungsgrund vorliegt nach § 21 des ~~Gesetzes zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz – BeamtStG)~~ Beamtenstatusgesetzes vom 17. Juni 2008 (BGBl. I S. 1010), das zuletzt durch Artikel ~~15 Abs. 16 2~~ des Gesetzes vom ~~5. Februar 2009~~ 28. Juni 2021 (BGBl. I S. ~~160, 263~~ 2250) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, ~~vorliegt~~.

## § 54 ~~§ 53~~

### Mitwirkung

(1) Die Mitwirkung in der Selbstverwaltung der Hochschule nach Maßgabe dieses Gesetzes und der Grundordnung der Hochschule ist Recht und Pflicht aller Mitglieder.

(2) In Kommissionen der Organe sollen die Mitgliedergruppen nach Maßgabe der Aufgaben der Kommission vertreten sein.

(3) Die Mitglieder der Organe oder ihrer Kommissionen sind in dieser Funktion an Weisungen nicht gebunden.

(4) Niemand darf wegen seiner Mitwirkung in der Selbstverwaltung benachteiligt werden. Wer einem Organ mit beratender Stimme angehört, hat mit Ausnahme des Stimmrechtes alle Rechte eines Mitgliedes. Die Übernahme einer Funktion in der Selbstverwaltung kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt oder aufgegeben werden. Näheres kann die Hochschule durch Ordnung regeln.

## ~~§ 54~~ § 55

### Beschlüsse

(1) ~~Organe sind~~ Ein Organ ist beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Die Anwesenheit ist auch per Videokonferenz gewahrt; das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Organs. Ist das Organ danach nicht beschlussfähig, wird unter angemessener Ladungsfrist eine neue Sitzung mit demselben Gegenstand einberufen. In dieser Sitzung ist das Organ beschlussfähig; hierauf ist mit der Einberufung hinzuweisen. Die Grundordnung kann vorsehen, dass Fakultätsräte abweichend von Satz ~~2 den~~ Beschluss 3 Beschlüsse in anderen als Berufungsangelegenheiten im Umlaufverfahren schriftlich fassen können. Beschlüsse des Hochschulrates, die nicht unter § 91 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 bis 3 fallen, können schriftlich gefasst werden, wenn alle Mitglieder zustimmen. Die schriftliche Stimmabgabe kann elektronisch übermittelt werden.



(2) Beschlüsse werden mit der Mehrheit der Stimmen der Anwesenden gefasst, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Stimmrechtsübertragungen sind unzulässig.

(3) Beschlüsse des Senates und des Fakultätsrates in Angelegenheiten der Forschung, künstlerischer Entwicklungsvorhaben und der Berufung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern bedürfen der Mehrheit der Stimmen der dem Organ angehörenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern. In Angelegenheiten der Lehre, Forschung und künstlerischer Entwicklungsvorhaben regelt die Hochschule das Stimmrecht der sonstigen weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Ordnung.

## § 56

### **Gleichstellungsbeauftragte und Ansprechpersonen**

(1) Für die Hochschule und jede Fakultät werden jeweils eine Gleichstellungsbeauftragte oder ein Gleichstellungsbeauftragter und mindestens eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter gewählt. An einer Zentralen Einrichtung nach § ~~92~~ 97 soll eine Gleichstellungsbeauftragte oder ein Gleichstellungsbeauftragter gewählt werden.

(2) <sup>1</sup>~~Der/Die oder der~~ Gleichstellungsbeauftragte wirkt in ihrem oder seinem Zuständigkeitsbereich auf die Herstellung/Verwirklichung der Chancengleichheit für Gleichstellung von Frauen und Männer und auf die Vermeidung/Männern, die Förderung der Vereinbarkeit von Nachteilen für Mitglieder/Familie und Angehörige/Pflege mit der Berufstätigkeit sowie die Herstellung von Chancengerechtigkeit für die Mitglieder und Angehörigen der Hochschule hin. <sup>2</sup>~~Er/Sie oder er~~ unterbreitet Vorschläge und nimmt Stellung zu allen die Belange der Gleichstellung berührenden Angelegenheiten, insbesondere in-Berufungsverfahren-und bei der Einstellung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals. <sup>3</sup>~~Er/Sie oder er~~ hat das Recht auf Einsichtnahme in Bewerbungsunterlagen. <sup>4</sup>~~Der Gleichstellungsbeauftragte der Fakultät ist berechtigt, an Sitzungen der Berufungskommissionen mit Rede- und Antragsrecht teilzunehmen.~~

(3) <sup>1</sup>~~Der/Die oder der~~ Gleichstellungsbeauftragte der Fakultät und mindestens eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter werden von den Mitgliedern der Fakultät gewählt. Wählbar sind Vertreterinnen und Vertreter aller Mitgliedergruppen nach § ~~50 Abs.-~~ 51 Absatz 1 Satz 1 ~~Nr.-~~ Nummer 1 bis 4. <sup>3</sup>~~Der/Die oder der~~ Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule und seinem/ihrem mindestens eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter werden von den Gleichstellungsbeauftragten der Fakultäten und der Zentralen Einrichtungen nach § ~~92~~ 97 aus deren Mitte gewählt.

(4) <sup>1</sup>Das/Die Grundordnung kann vorsehen, dass die oder der Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule hauptamtlich beschäftigt wird.

(4)(5) Das Rektorat sorgt für angemessene Arbeitsbedingungen der oder des Gleichstellungsbeauftragten, stättet sie oder ihn zur Wahrnehmung ihrer oder seiner Aufgaben personell, sachlich und finanziell im erforderlichen Umfang aus und unterrichtet sie oder ihn rechtzeitig über alles für die Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben Erforderliche. Die Gleichstellungsbeauftragten sind zur Ausübung ihres Amtes von ihren sonstigen Dienstaufgaben angemessen zu entlasten. Die Entlastung kann auch nach Ablauf der Amtszeit als Freistellung für bis zu zwei Semester gewährt werden.

(5)(6) Die Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen können eine Landeskonferenz bilden.

(7) Die Hochschule kann in der Grundordnung Ansprechpersonen für Fragen im Zusammenhang mit sexueller Belästigung und Antidiskriminierung vorsehen. Das Nähere regelt die Hochschule durch Ordnung.

## Öffentlichkeit, Verschwiegenheit

(1) Der Senat und der Erweiterte Senat tagen hochschulöffentlich, der Fakultätsrat fakultätsöffentlich. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden. Die anderen Organe tagen in der Regel nichtöffentlich. Das Nähere regelt die Grundordnung.

(2) Personal- und Prüfungsangelegenheiten werden nichtöffentlich behandelt. In Personalangelegenheiten ist geheim abzustimmen. Dritte können durch Beschluss der anwesenden Mitglieder des Organs hinzugezogen werden.

(3) Die Beteiligten sind zur Verschwiegenheit über die Gegenstände nichtöffentlicher Sitzungen verpflichtet.

## Teil 6

### Personal

#### ~~§ 57~~ § 58

### Allgemeine Bestimmungen

(1) Das wissenschaftliche und künstlerische Personal der Hochschulen besteht aus den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern, den akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ~~und~~, den wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfskräften sowie den studentischen Hilfskräften.

(2) Die ~~sonstigen~~ weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die in der Hochschulverwaltung, den Fakultäten oder den Zentralen Einrichtungen Beschäftigten, denen andere als wissenschaftliche oder künstlerische Dienstleistungen übertragen sind.

(3) Als wissenschaftliche oder künstlerische Hilfskräfte können nur Personen mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium eingestellt werden. Als studentische Hilfskräfte können Studentinnen und Studenten einer Hochschule eingestellt werden. Wissenschaftliche, künstlerische und studentische Hilfskräfte ~~erbringen befristet~~ haben die Aufgabe, Studentinnen und Studenten durch Tutorien in ihrem Studium zu unterstützen und Dienstleistungen in Forschung, Lehre oder künstlerischer Praxis zu erbringen. Sie können auch mit Aufgaben in Verwaltung, Weiterbildung, Bibliotheken und Rechenzentren beschäftigt werden, wenn sie dabei mit dem absolvierten Studium zusammenhängende Kenntnisse und Fähigkeiten nutzen können oder wenn die Tätigkeit fachlich als vorteilhaft für das Studium betrachtet werden kann. Die Beschäftigung als studentische Hilfskraft erfolgt grundsätzlich für jeweils mindestens ein Semester, die Beschäftigung als wissenschaftliche oder künstlerische Hilfskraft für jeweils bis zu zwölf Monate. Hinsichtlich der Dauer der Befristung gelten die Regelungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes vom 12. April 2007 (BGBl. I S. 506), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Mai 2020 (BGBl. I S. 1073) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

## § 59

### Berufungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren

(1) Berufungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren sind neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen

1. ein abgeschlossenes Hochschulstudium,
2. pädagogische Eignung und hochschuldidaktische Kenntnisse,

3. besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, die in der Regel durch die Qualität einer Promotion nachgewiesen wird, oder besondere Befähigungen zur künstlerischen Arbeit und
4. je nach den Anforderungen der Stelle
  - a) zusätzliche wissenschaftliche Leistungen,
  - b) zusätzliche künstlerische Leistungen oder
  - c) besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer in der Regel fünfjährigen beruflichen Praxis, von der mindestens 3drei Jahre außerhalb des Hochschulbereiches ausgeübt worden sein müssen.

(2) Pädagogische Eignung wird in der Regel durch selbständige Lehrtätigkeit nachgewiesen, deren Qualität durch Evaluation oder auf andere Weise festgestellt ist. Der Nachweis kann auch durch Erfahrung in der Ausbildung oder durch Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen in der Hochschuldidaktik erfolgen.

(2)(3) Bei der Bewertung der zusätzlichen wissenschaftlichen oder künstlerischen Leistungen dürfen Elternzeiten nach § 15 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes sowie sonstige auf familiären Gründen oder auf Gründen der Pflege von Angehörigen beruhende Zeiten der Nichtbeschäftigung, Beurlaubung, Verringerung der Arbeitszeit oder Teilzeitbeschäftigung nicht nachteilig bewertet werden. Die zusätzlichen wissenschaftlichen Leistungen nach Absatz 1 ~~Nr.-Nummer~~ 4 Buchst.-Buchstabe a werden durch eine nach § 72 Satz 3 evaluierte Juniorprofessur, durch eine Habilitation oder durch eine gleichwertige wissenschaftliche Tätigkeit nachgewiesen.

(3)(4) Auf eine Stelle, deren Funktionsbeschreibung die Wahrnehmung erziehungswissenschaftlicher oder fachdidaktischer Aufgaben in der Lehrerbildung vorsieht, soll nur berufen werden, wer eine dreijährige Lehrpraxis an einer Schule nachweist.

(4)(5) ~~1~~Professoren an Fachhochschulen für Fachhochschulstudiengänge Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Professorinnen und Professoren für Studiengänge von Hochschulen für angewandte Wissenschaften an anderen Hochschulen müssen die Einstellungs Voraussetzungen nach Absatz 1 ~~Nr.-Nummer~~ 1 bis 3 und 4 Buchst.-Buchstabe c erfüllen; ~~in besonders. In~~ begründeten besonderen Ausnahmefällen können auch Bewerberinnen und Bewerber zur Professorin oder zum Professor berufen werden, die die Einstellungs Voraussetzungen nach Absatz 1 ~~Nr.-Nummer~~ 1 bis 3 und 4 Buchst.-Buchstabe a oder b erfüllen. Ein Ausnahmefall liegt insbesondere vor, wenn die ProfessorenstelleStelle nach ihrer Funktionsbeschreibung abweichend von § 5~~Abs.- Absatz~~ 1 Satz 2 nicht überwiegend der Wahrnehmung praxisorientierter Lehr- und Forschungsaufgaben gewidmet ist.

(6) Soweit es der Eigenart des Faches und den Anforderungen der Stelle entspricht, kann abweichend von den Absätzen 1 bis ~~4 5~~ als Professorin oder Professor auch berufen werden, wer pädagogische Eignung und hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis nachweist.

(7) Professorinnen und Professoren mit ärztlichen, zahnärztlichen oder tierärztlichen Aufgaben müssen zusätzlich die Anerkennung als Fachärztin, Facharzt, Fachzahnärztin, Fachzahnarzt, Fachtierärztin oder Fachtierarzt nachweisen, soweit für das betreffende Fachgebiet eine entsprechende Weiterbildung vorgesehen ist.

~~§ 59~~ § 60

### Ausschreibung

(1) Das Rektorat legt die Stellen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer im Benehmen mit dem Fakultätsrat durch Funktionsbeschreibungen inhaltlich fest. Sind mit der Stelle Aufgaben der Krankenversorgung verbunden, ist das Einvernehmen mit dem Universitätsklinikum herzustellen. Die Funktionsbeschreibung kann vorsehen, dass Aufgaben verstärkt, ~~befristet bis 31. Dezember 2017 auch~~ ausschließlich, in der Lehre oder überwiegend in der Forschung wahrzunehmen sind. Das Rektorat ~~legt~~kann unter Beachtung der Entwicklungsplanung ~~fest, ob~~bestimmen, dass eine freiwerdende Stelle

nicht wieder besetzt oder welchereiner anderen Fakultät sie-zugeordnet wird. <sup>5</sup>~~Der Fakultätsrat, dem Die Fakultätsräte, denen~~ insoweit ein Vorschlagsrecht zusteht, ist/sind vor der Entscheidung zu hören. <sup>6</sup>~~Die Entscheidung ist dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst anzuzeigen.~~ Soweit eine Professorenstelle aufgrund des Eintritts einer Professorin oder eines Professors in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze nach ~~§ 69 Abs. 70 Absatz~~ 6 frei wird, ist die Entscheidung nach Satz 4 zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens 2 zwei Jahre vor Freiwerden der Stelle, zu treffen. Besteht ein besonderes Interesse der Hochschule, kann gemäß § 47 Satz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, der Eintritt in den Ruhestand nach ~~§ 69 Abs. 70 Absatz~~ 6 für eine bestimmte Frist, die jeweils ein Jahr und insgesamt 3drei Jahre nicht übersteigen darf, hinausgeschoben werden. Ein solches besonderes Interesse ist insbesondere anzunehmen, wenn ein mit Dritten langfristig vertraglich vereinbartes wissenschaftliches Projekt ansonsten nicht weiter bearbeitet oder erfolgreich beendet werden kann.

(2) Die Stellen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sind unter Angabe von Art und Umfang der zu erfüllenden Aufgaben, der geforderten Berufungsvoraussetzungen und des Zeitpunktes der Besetzung frühestmöglich öffentlich und in der Regel international auszuschreiben. Von der Ausschreibung kann im Ausnahmefall abgesehen werden, wenn

1. eine Professorin oder ein Professor im Beamtenverhältnis auf Zeit oder im befristeten Arbeitnehmerverhältnis auf dieselbe Professur im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder im unbefristeten Arbeitnehmerverhältnis berufen werden soll und diese Möglichkeit in der Erstausschreibung der Professur vorgesehen war ~~oder~~,
2. eine Juniorprofessorin oder ein Juniorprofessor auf eine Professorenstelle in derselben Hochschule berufen werden soll und diese Möglichkeit in der Ausschreibung der Juniorprofessur vorgesehen war oder mit Einwilligung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ auf der Grundlage eines Qualitätssicherungskonzepts gemäß Absatz 3 Satz 2 durch die Berufung auf eine Professorenstelle der Ruf an eine andere Hochschule abgewehrt werden kann und dadurch eine herausragende Persönlichkeit, an deren Verbleib die Hochschule ein besonderes Interesse nachweisen kann, der Hochschule erhalten bleibt ~~oder~~
3. <sup>3</sup>~~Die Entscheidung über die Berufung eines Juniorprofessorseiner Tandemprofessorin oder ein Tandemprofessor~~ auf eine Professorenstelle in derselben Hochschule berufen werden soll und diese Möglichkeit in der Ausschreibung der Tandemprofessur vorgesehen war.

Eine Juniorprofessorin oder ein Juniorprofessor wird frühestens nach 4vier und spätestens nach 5fünf Jahren der Juniorprofessur getroffen auf eine Professorenstelle in derselben Hochschule berufen, sofern im Ergebnis der Zwischenevaluierung gemäß ~~§ 70 71~~ Satz 3 deren oder dessen herausragende Befähigung in Lehre und Forschung festgestellt worden ist. In diesem ~~Falle~~Fall sind in die Zwischenevaluierung 3drei Gutachten von auf dem Berufungsgebiet anerkannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einzubeziehen. <sup>5</sup>~~Mindestens 2~~Mindestens zwei Gutachterinnen und Gutachter gehören nicht der Hochschule an. <sup>6</sup>~~§ 60 Abs. Absatz~~ 4 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(3) Von einer Ausschreibung kann mit Einwilligung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ ebenfalls abgesehen werden, wenn

1. die Berufung auf eine höherwertige Professur bereits in der Ausschreibung in Aussicht gestellt wurde,
2. durch die Berufung auf eine höherwertige Professur der Ruf an eine andere Hochschule abgewehrt werden kann und dadurch eine herausragende Persönlichkeit, an deren Verbleib die Hochschule ein besonderes Interesse nachweisen kann, der Hochschule erhalten bleibt,
3. für die Besetzung einer Professur eine in besonderer Weise qualifizierte Bewerberin oder ein in besonderer Weise qualifizierter Bewerber zur Verfügung steht, die oder der bereits ein dem Berufungsverfahren gleichwertiges Auswahlverfahren erfolgreich absolviert hat und an deren oder dessen Gewinnung die Hochschule ein besonderes Interesse nachweisen kann.

Grundlage für die Einwilligung ist ein mit dem Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ abgestimmtes Qualitätssicherungskonzept der Hochschule.

(4) Das Nähere regelt die Hochschule durch Ordnung die Berufungsordnung.

(5) § ~~105~~ 110 bleibt unberührt.

## ~~§ 60~~ § 61

### Berufung von Professorinnen und Professoren

(1) <sup>4</sup>~~Die~~Professorinnen und Professoren werden ~~vom~~von der Rektorin oder dem Rektor berufen. Die Zuständigkeit für die beamtenrechtliche Ernennung bleibt davon unberührt. <sup>3</sup>~~§ 105~~ § 110 bleibt unberührt.

(2) Zur Vorbereitung des Berufungsvorschlages setzt der Fakultätsrat nach Anhörung des Rektora-tes eine Berufungskommission ein. Der Berufungskommission muss mindestens eine externe Sachver-ständige oder ein externer Sachverständiger angehören. <sup>3</sup>~~In~~ mindestens drei der stimmberechtigten Mitglieder sollen Frauen sein. Die oder der Gleichstellungsbeauftragte der Fakultät gehört der Berufungs-kommission ~~verfügen~~als stimmberechtigtes Mitglied an. In der Berufungskommission haben die ~~Profes-soren~~Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer über die Mehrheit von mindestens einem Sitz zu ver-fügen, die Mitgliedergruppen nach ~~§ 50 Abs. 1~~ § 51 Absatz 1 Satz 1 Nr. Nummer 2 bis 4 sind angemessen zu vertreten. <sup>4</sup>~~Der~~Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission wird ~~vom~~von der Rektorin oder dem Rektor im Einvernehmen mit dem Fakultätsrat bestimmt. <sup>5</sup>~~Kommt~~Kommt das Einvernehmen inner-halb einer Frist von einem Monat nach Ablauf der Bewerbungsfrist nicht zustande, entscheidet die Rek-torin oder der Rektor über den Vorsitz.

(3) Die Berufungskommission erstellt innerhalb von neun Monaten nach Ablauf der Bewerbungs-frist auf der Grundlage externer Gutachten und einer vergleichenden Würdigung einen begründeten Be-rufungsvorschlag, der drei Namen enthalten soll, und gibt ihn der Rektorin oder dem Rektor zur Kennt-nis. Bei Nichteinhaltung der Frist entscheidet die Rektorin oder der Rektor über die Einstellung des Be-rufungsverfahrens. Der Berufungsvorschlag kann auch Namen von Personen enthalten, die sich nicht be-worben haben. An der Hochschule Beschäftigte können nur in begründeten Ausnahmefällen vorgeschla-gen werden. Ein Ausnahmefall liegt insbesondere vor, wenn die oder der Vorgeschlagene sich in ihrer oder seiner Befähigung deutlich von anderen Bewerberinnen oder Bewerbern abhebt oder bereits einen Ruf an eine andere Hochschule oder eine Forschungseinrichtung erhalten hat. Diese Einschränkung gilt nicht

1. für die Berufung einer Professorin oder eines Professors an einer Fachhochschule Hochschule für angewandte Wissenschaften in ein zweites Professorenamt,
2. ~~für~~für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, die an einer anderen Hochschule promoviert ha-ben oder vor ihrer Einstellung mindestens zwei Jahre außerhalb der Hochschule wissenschaftlich tätig waren, und
3. für eine Vertreterin oder einen Vertreter der Professur, wenn deren oder dessen Beschäftigungsver-hältnis mit der Hochschule nur für die Dauer der Vertretung besteht.

Die Begründung des Berufungsvorschlages muss die Bewertung der Lehrleistung und der Forschungs-leistung oder künstlerischen Leistung sowie der Lehrevaluationen enthalten. <sup>8</sup>~~Der~~Die Rektorin oder der Rektor entscheidet über den Fortgang des Berufungsverfahrens.

(4) Der Fakultätsrat beschließt über den Berufungsvorschlag der Berufungskommission und leitet den Beschluss innerhalb eines Monats nach der Entscheidung der Rektorin oder des Rektors nach Ab-satz 3 Satz 8 an diesen weiter. Vor dem Beschluss über die Berufung von Professorinnen und Profes-soren, die Aufgaben der Krankenversorgung im Universitätsklinikum wahrnehmen sollen, ist das Einverneh-men des Vorstandes des Universitätsklinikums einzuholen. Das Einvernehmen ist zu erteilen, wenn keine begründeten Zweifel an der Eignung der oder des Vorgeschlagenen für die im Universitätsklinikum zu erfüllende Aufgabe bestehen. <sup>4</sup>~~Der~~Die Rektorin oder der Rektor ist an den Beschluss des Fakultätsrates nicht gebunden. Will sie oder er vom Beschluss des Fakultätsrates abweichen, ist dies vor der Entschei-dung mit der Dekanin oder dem Dekan zu erörtern. <sup>6</sup>~~Beabsichtigt~~Nach Erteilung des Rufes führt die

Rektorin oder der Rektor, ~~einen der Vorgeschlagenen zu berufen, führt er~~ oder ein von ihr oder ihm beauftragtes Mitglied des Rektorates die Berufungsverhandlungen. <sup>7</sup>~~Er~~Sie oder er kann eine Frist für die Rufannahme bestimmen. Beruft die Rektorin oder der Rektor keinen der Vorgeschlagenen oder lehnen die Vorgeschlagenen eine Berufung ab, ist die Berufungskommission zu einem neuen Berufungsvorschlag aufzufordern. Anderenfalls stellt die Rektorin oder der Rektor das Berufungsverfahren im Einvernehmen mit dem Senat ein.

(5) Einzelheiten des Berufungsverfahrens, insbesondere Zuständigkeiten, Mitwirkungen und Verfahren zur Dokumentation der aktiven Suche nach geeigneten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern oder Künstlerinnen und Künstlern sowie zur oder zum Berufungsbeauftragten, regelt die Hochschule durch ~~Ordnung~~die Berufsordnung.

(6) Für die übergangsweise Wahrnehmung der Aufgaben einer Professorenstelle gelten die Absätze 1 bis 5 nicht.

(7) Die personelle und sächliche Ausstattung der Aufgabenbereiche von Professorinnen und Professoren wird befristet für bis zu 5~~fünf~~ Jahre festgelegt. Berufungszusagen stehen unter dem Vorbehalt der Mittelbewilligung durch den Landtag sowie staatlicher Maßgaben zur Verteilung von Stellen und Mitteln. In der Vergangenheit unbefristet erteilte Berufungszusagen sind zu überprüfen und nach Satz 1 zu befristen.

## ~~§ 64~~ § 62

### **Außerordentliche Berufung von Professorinnen und Professoren**

(1) Abweichend von den §§ ~~59 und 60 Abs.~~sowie 61 Absatz 2 bis 4, und 7 Satz 1 kann die Rektorin oder der Rektor nach Anhörung des Senates und des Fakultätsrates mit Zustimmung des Hochschulrates die außerordentliche Berufung einer Wissenschaftlerin oder eines Wissenschaftlers, einleiten, die oder der ~~seindas eigene~~ Fachgebiet nachweislich geprägt hat, ~~einleiten~~, um einen profillbildenden Bereich der Hochschule aufzubauen, zu erneuern oder nachhaltig zu stärken.

(2) Zur Vorbereitung des Berufungsvorschlages setzt die Rektorin oder der Rektor eine Findungskommission ein. ~~Ihr gehören~~Ihr haben mindestens 4~~vier~~ externe, auf dem Fachgebiet anerkannte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ~~mit Stimmrecht~~ und die oder der Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule ~~mit beratender Stimme ananzugehören~~.

(3) Die Findungskommission benennt der Rektorin oder dem Rektor Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die den mit der zu besetzenden Professorenstelle verbundenen Qualitätsstandards in Forschung und Lehre in überdurchschnittlicher Weise gerecht werden und aufgrund ihrer Erfahrung und bisherigen Leistungen erwarten lassen, dass sie das Profil von Fakultät und Hochschule sowie die Qualität von Forschung und Lehre stärken. Der Vorschlag ist umfassend zu begründen. Stimmt die Rektorin oder der Rektor dem Fortgang des Verfahrens zu, beauftragt die Findungskommission in der Regel mindestens 6~~sechs~~ externe anerkannte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Gutachten über die von ihr vorgeschlagenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu erstellen. Auf der Grundlage dieser Gutachten und eines wertenden Vergleiches mit internationalen Qualitätsstandards unterbreitet die Findungskommission einen Berufungsvorschlag. <sup>5</sup>~~Der~~Die Rektorin oder der Rektor kann nach Anhörung des Fakultätsrates eine Wissenschaftlerin oder einen Wissenschaftler berufen, wenn nach dem Ergebnis der Gutachten und der vergleichenden Würdigung durch die Findungskommission deren oder dessen Leistungen in Forschung und Lehre mindestens den Leistungen der anderen von der Findungskommission benannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entsprechen.

### Gemeinsame Berufungen

(1) Die Hochschule und eine Forschungseinrichtung außerhalb der Hochschule können Professorinnen und Professoren zum Zwecke der Förderung und Intensivierung ihrer personellen und fachlichen Zusammenarbeit in Forschung und Lehre gemeinsam berufen. Das Berufungsverfahren regeln Hochschule und Forschungseinrichtung durch eine Vereinbarung. Diese kann insbesondere regeln, dass das Ausschreibungsverfahren von ~~§ 59~~ 60 und die Zusammensetzung der Berufungskommission von ~~§ 60~~ 61 abweichen. Die Mitwirkung des Aufsichtsorgans der Forschungseinrichtung ist zu gewährleisten. Der Berufungskommission müssen auch Vertreterinnen und Vertreter der Forschungseinrichtung angehören. Dabei muss gewährleistet sein, dass die Professorinnen und Professoren der Hochschule und die Vertreterinnen und Vertreter der Forschungseinrichtung, die diesen nach Funktion und Qualifikation gleichstehen, gemeinsam über die Mehrheit von einem Sitz verfügen.

(2) ~~Ein Professor kann~~ Professorinnen und Professoren können in Abweichung von ~~§ 69 Abs. 70 Absatz~~ 1 ohne Begründung eines Beamtenverhältnisses oder eines Arbeitnehmerverhältnisses gemeinsam berufen werden. ~~Wer nach Satz 1~~ Wer so berufen ist und die Berufungsvoraussetzungen nach ~~§ 58~~ 59 erfüllt, hat das Recht, ~~den Titel~~ die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ zu führen. ~~§ 69 Abs. 70 Absatz~~ 5 gilt entsprechend.

(3) Abweichend von ~~§ 60 Abs. 61 Absatz~~ 1 werden die Professorinnen und Professoren vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst berufen. Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst führt die Berufungsverhandlungen in Abstimmung mit der Hochschule und der Forschungseinrichtung.

### Einstellungs- und Ernennungsvoraussetzungen für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren

(1) Voraussetzungen für die Einstellung oder Ernennung von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sind neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen

1. ein abgeschlossenes Hochschulstudium,
2. pädagogische Eignung und
3. besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, die in der Regel durch die herausragende Qualität einer Promotion nachgewiesen wird.

(2) Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren mit ärztlichen, zahnärztlichen oder tierärztlichen Aufgaben sollen zusätzlich die Anerkennung als Fachärztin oder Facharzt oder, soweit diese in dem jeweiligen Fachgebiet nicht vorgesehen ist, eine ärztliche Tätigkeit von mindestens 5 Jahren nach Erhalt der Approbation oder Erlaubnis der Berufsausübung nachweisen. Auf eine Stelle, deren Funktionsbeschreibung die Wahrnehmung von erziehungswissenschaftlichen oder fachdidaktischen Aufgaben in der Lehrerbildung vorsieht, soll nur berufen werden, wer eine dreijährige Lehrpraxis an einer Schule nachweist.

(3) Sofern vor oder nach der Promotion eine Beschäftigung als wissenschaftliche Mitarbeiterin, als wissenschaftlicher Mitarbeiter oder als wissenschaftliche Hilfskraft erfolgt ist, sollen Promotions- und Beschäftigungsphase zusammen nicht mehr als 6 Jahre, im Bereich der Medizin nicht mehr als 9 Jahre betragen haben. Hiervon bleiben Verlängerungen nach dem Gesetz über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft (Wissenschaftszeitvertragsgesetz — WissZeitVG) vom 12. April 2007 (BGBl. I S. 506), in der jeweils geltenden Fassung, unberührt.

### Einstellung oder Ernennung von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren

(1) Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren werden ~~von~~ von der Rektorin oder dem Rektor eingestellt oder ernannt.

(2) ~~Die Vorschriften des § 60 Abs. § 61 Absatz~~ 2, 3 Satz 1 bis 5, 7 und 8, ~~Abs. sowie Absatz~~ 4, 5 und 7 geltengilt entsprechend.

### § 66

#### Tandemprofessorinnen und Tandemprofessoren

(1) An Hochschulen für angewandte Wissenschaften können Personen, die die Berufungsvoraussetzungen mit Ausnahme der mindestens dreijährigen beruflichen Praxis außerhalb des Hochschulbereichs nach § 59 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe c erfüllen, befristet mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit als Tandemprofessorin oder Tandemprofessor eingestellt werden, wenn sie gleichzeitig ein befristetes Beschäftigungsverhältnis mit einer Einrichtung außerhalb des Hochschulbereichs eingehen, um diese fehlende berufliche Praxis nachzuholen. Sie führen die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“.

(2) Die Einstellung erfolgt in einem auf höchstens vier Jahre befristeten Arbeitnehmerverhältnis. Die Vergütung erfolgt in entsprechender Anwendung der Besoldungsgruppe W 1 Stufe 1 der Anlage 5 zum Sächsischen Besoldungsgesetz vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 1005), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

(3) § 61 Absatz 2, 3 Satz 1 bis 5, 7 und 8, Absatz 4 Satz 1 und 4 bis 9 sowie Absatz 5 und 7 Satz 1 und 2 gilt entsprechend.

(4) Soweit dies in der Ausschreibung vorgesehen ist, sagt die Hochschule bereits bei der Einstellung zu, die Bewerberinnen und Bewerber auf eine Professur nach dem Erwerb der mindestens dreijährigen beruflichen Praxis außerhalb des Hochschulbereichs in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder ein unbefristetes Arbeitnehmerverhältnis zu übernehmen. Die Entscheidung, ob die erforderliche berufliche Praxis von mindestens drei Jahren durch die Tätigkeit außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurde, ist spätestens vier Monate vor Ablauf der Befristung nach Absatz 2 Satz 1 auf der Grundlage einer Evaluation zu treffen. Die Hochschule regelt die Evaluation durch Ordnung.

(5) Die Hochschule schließt mit der Einrichtung, bei der der Erwerb der mindestens dreijährigen beruflichen Praxis außerhalb des Hochschulbereichs erfolgt, eine Vereinbarung, in der insbesondere die Verteilung der Arbeitszeit, die Gewährleistung des hälftigen Beschäftigungsumfangs, die Sicherung der Anbindung an die Hochschule sowie Art und Umfang erforderlicher Personalentwicklungsmaßnahmen geregelt werden.

### § 67

#### Außerplanmäßige Professorinnen und Professoren, Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren

(1) <sup>1</sup>~~Ein Mitglied~~Mitglieder oder ~~Angehöriger~~Angehörige der Hochschule ~~kann~~ können von der Rektorin oder dem Rektor auf Vorschlag des Fakultätsrates ~~zum~~zu Außerplanmäßigen ~~Professor-Professorinnen oder Professoren~~ bestellt werden, wenn ~~ersie~~ sie mindestens ~~4~~vier Jahre lang in ~~seinem~~ihrem Fachgebiet selbständig gelehrt ~~hat~~.<sup>2</sup>~~Für~~haben. Für die Bestellung gelten die Voraussetzungen nach ~~§ 58 Abs. 59 Absatz~~ 1 ~~Nr. Nummer~~ 1 bis 3 und 4 ~~Buchst. Buchstabe~~ a entsprechend.<sup>3</sup>~~Mitgliedern~~



~~der Hochschule können mit Zustimmung des Senates die mitgliedschaftlichen Rechte eines Hochschullehrers übertragen werden.~~

(2) Wer an der Hochschule Lehraufgaben wahrnimmt oder mit der Hochschule in einer engen wissenschaftlichen oder künstlerischen Arbeitsbeziehung steht, kann ~~von~~ von der Rektorin oder dem Rektor auf Vorschlag des Fakultätsrates zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor bestellt werden. Für die Bestellung gelten die Voraussetzungen nach ~~§ 58 Abs. 1 Nr. 1 bis 3~~ § 59 Absatz 1 Nr. 1 bis 3 entsprechend. Hauptberuflich an der Hochschule Beschäftigte können nicht bestellt werden. Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren können die Berechtigung erhalten, sich an der Forschung zu beteiligen. Sie sollen in der Regel Lehrverpflichtungen im Umfang von zwei Semesterwochenstunden in ihrem Fachgebiet übernehmen und können verpflichtet werden, Prüfungen abzunehmen.

(3) Außerplanmäßige Professorinnen und Professoren sowie Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren sind für die Dauer ihrer Bestellung zum Führen des akademischen Titels der Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ berechtigt. ~~§ 69 Abs. 5~~ § 70 Absatz 5 gilt entsprechend.

## ~~§ 66~~ § 68

### Lehrbeauftragte

(1) Zur Ergänzung des Lehrangebotes, an Kunsthochschulen auch zur Erbringung des Lehrangebotes, können Lehraufträge erteilt werden. Die Lehrbeauftragten nehmen die ihnen übertragenen Lehraufgaben selbständig wahr. ~~3~~ Mit

(2) Lehrbeauftragte müssen mindestens die Voraussetzungen des § 59 Absatz 1 Nummer 1 und 2 erfüllen und nach Vorbildung, Fähigkeit und fachlicher Leistung dem für sie vorgesehenen Aufgabengebiet entsprechen.

(3) Mit der Erteilung eines Lehrauftrages wird kein Dienstverhältnis begründet. ~~4~~ Ein Lehrbeauftragter hat

(4) Lehrbeauftragte haben Anspruch auf eine angemessene Vergütung. Dies gilt nicht, wenn die durch den Lehrauftrag entstehende Belastung bei der Bemessung der Dienstaufgaben eines im öffentlichen Dienst Tätigen entsprechend berücksichtigt wird. Die Hochschulen regeln die Höhe der Vergütung in der Honorarordnung. Bei der Festlegung der Vergütung sind insbesondere das Fach, der Schwierigkeitsgrad, die erforderliche Vor- und Nachbereitung, die Bedeutung der Lehrveranstaltung, die Nachfrage und die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen.

## ~~§ 67~~ § 69

### Dienstaufgaben der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer

(1) Den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern obliegt die selbständige Wahrnehmung der Aufgaben in Wissenschaft, Kunst, Forschung, Lehre und Weiterbildung.

(2) Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer haben Lehrveranstaltungen ihrer Fächer in Studiengängen und in der Weiterbildung unter Beachtung der für ihr Dienstverhältnis geltenden Bestimmungen abzuhalten. Sie haben auch Lehrveranstaltungen in Gebieten zu übernehmen, die ihrem Berufungsgebiet verwandt sind. Zu den Lehrverpflichtungen gehört auch die Mitwirkung in der berufspraktischen Ausbildung, soweit sie in den Studiengang eingeordnet ist.

(3) Zu den Aufgaben der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gehören insbesondere:

1. Mitwirkung in der Selbstverwaltung der Hochschule,
2. Mitwirkung bei der Abnahme von Prüfungen einschließlich staatlicher und kirchlicher Prüfungen,

3. Mitwirkung in Promotionsverfahren,
4. Studienfachberatung und Förderung der Studentinnen und Studenten,
5. Betreuung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses sowie die Förderung der fachlichen und didaktischen Qualifizierung der ihnen zugeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
6. Mitwirkung bei der Studienreform und in Qualitätssicherungsverfahren.

Die Aufgaben in der Lehre einschließlich der Prüfungsverpflichtungen sind vorrangig zu erfüllen. Professoreninnen und Professoren sind darüber hinaus verpflichtet, in Habilitations- und in Berufungsverfahren mitzuwirken.

(4) Die Wahrnehmung von Aufgaben in Einrichtungen der Wissenschaftsförderung, die überwiegend aus staatlichen Mitteln finanziert werden, sowie der hochschulübergreifenden Zusammenarbeit sollen auf Antrag einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers zur dienstlichen Aufgabe erklärt werden, wenn dies mit der Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben nach Absatz 3 zu vereinbaren ist.

(5) Art und Umfang der von einem Hochschullehrer Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern wahrzunehmenden Aufgaben richten sich unter Beachtung der Absätze 1 bis 4 nach der Ausgestaltung seines Dienstverhältnisses ihrer Dienstverhältnisse und der Funktionsbeschreibung seiner ihrer Stelle. Sie stehen unter dem Vorbehalt der Überprüfung und Änderung in angemessenen Zeitabständen.

(6) Die Aufgaben der Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sind so festzulegen, dass ihnen ausreichend Zeit zur Erbringung ihrer zusätzlichen wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen nach ~~§ 58 Abs.~~ 59 Absatz 1 Nr. Nummer 4 Buchst. Buchstabe a und b bleibt.

(7) Soweit Aufgaben des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst oder der Hochschule berührt sind, sind Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer verpflichtet, ohne gesonderte Vergütung Gutachten zu erstellen oder als Sachverständige tätig zu werden, sofern dies die Erfüllung ihrer Dienstaufgaben nicht gefährdet.

## ~~§ 68~~ § 70

### **Freistellung der von Professorinnen und Professoren ~~von~~ Dienstaufgaben**

(1) ~~Der~~ Die Rektorin oder der Rektor kann einen Professor Professorinnen und Professoren auf dessen deren Antrag im Einvernehmen mit der Dekanin oder dem Dekan unter Fortzahlung seiner ihrer Dienstbezüge ganz oder teilweise für Forschungs-, Forschungsförderungs- oder künstlerische Entwicklungsvorhaben sowie für Aufgaben im Wissens- und Technologietransfer von seiner ihrer Dienstaufgaben freistellen. ~~Die~~ Die Ergebnisse von Evaluationen in Forschung und Lehre sind zu berücksichtigen. ~~In~~ In dem Antrag ist das Vorhaben näher zu beschreiben. ~~Die~~ Die Freistellung setzt voraus, dass während der Freistellungszeit die ordnungsgemäße Vertretung des Faches und die Erfüllung der sonstigen Verpflichtungen der Fakultät sichergestellt sind. ~~Bei~~ Bei Professorinnen und Professoren, die Aufgaben in der Krankenversorgung wahrzunehmen haben, ist die Zustimmung des Vorstandes des Universitätsklinikums erforderlich. ~~Die~~ Die Freistellung kann für ein Semester, in besonderen Fällen für zwei Semester, und frühestens vier Jahre nach Ablauf der letzten Freistellung ~~zeit~~ ausgesprochen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 6 kann in ~~besonders~~ begründeten besonderen Ausnahmefällen einem Professor Professorinnen und Professoren für Forschungsvorhaben eine Freistellung von Dienstaufgaben unter Fortzahlung seiner ihrer Dienstbezüge für einen längeren Zeitraum, längstens jedoch für fünf Jahre, gewährt werden. Ein begründeter Ausnahmefall liegt insbesondere vor, wenn die Entwicklungsplanung der Hochschule nach ~~§ 40 Abs. 3~~ 11 Absatz 5 oder die Ziele nach § 11 Absatz 3 Satz 1 die Errichtung einer wissenschaftlichen Einrichtung oder die Stärkung eines wissenschaftlichen Profils vorsieht vorsehen und die Umsetzung dieser Planung die Freistellung erfordert. Die Entscheidung trifft das Rektorat. Eine solche Regelung kann bereits in der Berufungsvereinbarung getroffen werden. Hierbei ist sicherzustellen, dass nach Ablauf der befristeten Freistellung die Dienstaufgaben nach den allgemeinen Regelungen wahrgenommen werden.

(3) ~~Der Professor hat~~ Die Professorinnen und Professoren haben spätestens 3drei Monate nach Beendigung ~~seiner~~ ihrer Freistellung der Rektorin oder dem Rektor und der Dekanin oder dem Dekan schriftlich über die während der Freistellung erbrachten Leistungen zu berichten.

## § 69 § 71

### Dienstrechtliche Stellung der Professorinnen und Professoren

(1) Professorinnen und Professoren können zu Beamtinnen oder Beamten auf Zeit oder auf Lebenszeit ernannt oder in einem befristeten oder unbefristeten Arbeitnehmerverhältnis eingestellt werden.

(2) Mit Ausnahme von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren ~~und~~ sowie Akademischen Assistentinnen und Assistenten, die an ihrer Hochschule zur Professorin oder zum Professor berufen werden, können erstmals Berufene für die Dauer von bis zu 2zwei Jahren auf Probe eingestellt werden. Die Entscheidung über eine weitere Beschäftigung ~~als~~ im Arbeitnehmer- oder ~~Beamten~~ Beamtenverhältnis trifft die Rektorin oder der Rektor spätestens 4vier Monate vor Ablauf des Dienstverhältnisses auf Vorschlag der Dekanin oder des Dekans, dem eine Stellungnahme des Fakultätsrates beizufügen ist. Soweit Aufgaben in der Krankenversorgung wahrgenommen werden, ist das Einvernehmen mit dem Vorstand des Universitätsklinikums herzustellen. Das Nähere regelt die Berufungsordnung.

(3) Professorinnen und Professoren können auf Zeit ernannt oder eingestellt werden, wenn die Aufgabe befristet übertragen werden soll, insbesondere

1. bei vollständiger oder überwiegender Deckung der Kosten aus Mitteln Dritter, wenn die Finanzierung für eine bestimmte Aufgabe oder Zeitdauer bewilligt ist und die Professorin oder der Professor überwiegend der Zweckbestimmung dieser Mittel entsprechend beschäftigt wird,
2. für eine leitende Tätigkeit in einer außeruniversitären Forschungseinrichtung im Rahmen einer gemeinsamen Berufung,
3. zur Förderung besonders qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses ~~im Rahmen einer Tenure Track Professur.~~

Die Beschäftigung in einem Professorenamt auf Zeit erfolgt für die Dauer von bis zu 6sechs Jahren. Eine erneute Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Zeit oder der Abschluss eines weiteren befristeten Dienstvertrages ist nur zulässig, wenn die Gesamtdauer der Beamtenverhältnisse auf Zeit oder der befristeten Dienstverträge 6sechs Jahre nicht übersteigt. ~~4§ 77 Abs. § 81 Absatz~~ 4 bis 7 bleibt unberührt. In den Fällen des Satzes 1 Nummer 3 wird bei Geburt oder Adoption eines Kindes auf Antrag die Befristung um ein Jahr je Kind, insgesamt um maximal 2zwei Jahre, verlängert. Soll das Dienstverhältnis nach Fristablauf innerhalb der Frist nach Satz 2 fortgesetzt werden, bedarf es nicht der erneuten Durchführung eines Berufungsverfahrens; die Entscheidung darüber trifft die Rektorin oder der Rektor auf Vorschlag der Dekanin oder des Dekans, dem eine Stellungnahme des Fakultätsrates beizufügen ist. In den Fällen des Satzes 1 Nummer 3 sind die hierfür besonderen Verfahrens- und Evaluierungsregelungen der Hochschule maßgebend. Der Eintritt in den Ruhestand mit Ablauf der Amtszeit ist abgeschlossen.

(4) Ist es bei Professorenstellen erforderlich, die Verbindung zur Praxis aufrechtzuerhalten, kann eine Teilzeitprofessorenstelle eingerichtet werden. Die Tätigkeit als Professorin oder Professor muss mindestens die Hälfte, in Kunsthochschulen mindestens ein Viertel der Aufgaben einer vollen Professorenstelle umfassen. Die Beschäftigung erfolgt im Arbeitnehmerverhältnis.

(5) ~~1Ein Professor darf den Titel~~ Professorinnen und Professoren dürfen die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ nach Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis führen, wenn ~~seiner~~ ihrer Dienstzeit mindestens 5-fünf Jahre betrug. Die Berechtigung zur ~~Titelführung~~ Führung der Bezeichnung soll entzogen werden, wenn ~~er~~ sie sich ihrer als nicht würdig ~~erweisen~~ erweisen.

(6) Der Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze wird abweichend von § 46 des Sächsischen Beamtengesetzes zum Ende des Semesters wirksam, in dem ~~er~~ die Professorin oder der Professor, ~~er~~ die Beamtin oder Beamter auf Lebenszeit ~~ist~~ sind, die Altersgrenze ~~erreicht~~ erreichen.

(7) ~~Die~~ Professorinnen und Professoren stehen nach Eintritt in den Ruhestand die mit der Lehrbefugnis verbundenen Rechte zur Abhaltung von Lehrveranstaltungen, zur Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur Mitwirkung an Prüfungen weiter zu. Das Rektorat kann auf Antrag der Dekanin oder des ~~nach § 89 Abs. 1 Satz 2 zuständigen~~ Dekans einem Professorinnen und Professoren, die sich im Ruhestand ~~befindlichen Professor, dem~~ befinden und denen der Status einer oder eines Angehörigen nach § 50 Absatz 2 Satz 2 zuerkannt worden ist, Ressourcen für eigene Forschungsarbeiten zur Verfügung stellen.

## § 72

### Dienstrechtliche Stellung der Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren

(1) Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren werden für die Dauer von bis zu 4vier Jahren zu Beamtinnen oder Beamten auf Zeit ernannt oder in einem Arbeitnehmerverhältnis beschäftigt. Sie führen ~~den Titel~~ die Bezeichnung „Juniorprofessorin“ oder „Juniorprofessor“.

(2) Hat sich die Juniorprofessorin oder der Juniorprofessor nach dem Ergebnis einer Evaluation ihrer oder seiner Leistungen in Forschung und Lehre unter Einbeziehung einer externen Begutachtung als Hochschullehrerin oder Hochschullehrer bewährt, soll das Dienstverhältnis mit ihrer oder seiner Zustimmung spätestens 4vier Monate vor ~~seinem~~ Ablauf auf Vorschlag des Fakultätsrates mit Zustimmung des Juniorprofessors auf insgesamt 6sechs Jahre verlängert werden. Sofern die Voraussetzungen nach Satz ~~3~~ 1 und ~~§ 65 Abs. 2~~ 67 Absatz 1 Satz 2 1 erfüllt sind, kann die Rektorin oder der Rektor ~~den~~ die Juniorprofessorin oder den Juniorprofessor auf Vorschlag des Fakultätsrates zur Außerplanmäßigen Professorin oder zum Außerplanmäßigen Professor bestellen. Das Nähere zum Verfahren der Evaluation regelt die Hochschule durch Ordnung.

(3) Wird das Dienstverhältnis im Ergebnis der Evaluation ~~nach Satz 3~~ nicht auf insgesamt 6sechs Jahre verlängert, kann es bis zu einem Jahr verlängert werden. Eine weitere Verlängerung ist nicht zulässig; ~~§ 77 Abs. 81 Absatz~~ 4 bis 7 bleibt unberührt. Eine erneute Einstellung als Juniorprofessorin oder Juniorprofessor ist ausgeschlossen. ~~9Die nach den Sätzen 1 und 3 insgesamt zulässige~~

~~(2)(4)~~ Die Befristungsdauer nach Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 Satz 1 verlängert sich um zwölf Monate, wenn ein Beamten- oder Arbeitnehmerverhältnis zwischen dem 1. März 2020 und dem 30. September 2020 bestand; ~~um~~ Für ein Beamten- oder Arbeitnehmerverhältnis, das zwischen dem 1. Oktober 2020 und dem 31. März 2021 begründet wurde, verlängert sie sich um sechs Monate.

~~sechs Monate, wenn ein Beamten- oder Arbeitnehmerverhältnis zwischen dem 1. Oktober 2020 und dem 31. März 2021 begründet wurde.~~

## § 73

### Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(1) Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Regel einer Fakultät; ~~oder~~ Zentralen Einrichtung ~~oder dem Aufgabengebiet eines Hochschullehrers~~ zugeordnete Beschäftigte, die wissenschaftliche oder künstlerische Dienstleistungen in Wissenschaft, Kunst, Forschung, Lehre und Weiterbildung, in den medizinischen Fächern zusätzlich in der Krankenversorgung erbringen. Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind an die Weisungen ~~des jeweiligen Leiters der Leitung~~ ihres Aufgabengebietes gebunden und erbringen ihre Dienstleistungen unter ~~dessendenen~~ fachlicher Verantwortung. Ihnen kann ~~vom jeweiligen Leiter von der Leitung~~ ihres Aufgabengebietes nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen die selbständige Wahrnehmung von Aufgaben in Forschung, Kunst und Lehre übertragen werden.

(2) Zu den wissenschaftlichen und künstlerischen Dienstleistungen gehört, Studentinnen und Studenten Fachwissen und praktische Fertigkeiten zu vermitteln und sie in der Anwendung wissenschaftlicher und künstlerischer Methoden zu unterweisen, soweit dies das Lehrangebot nach ~~§ 46~~ 17 erfordert. Befristet beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind auch Aufgaben zu über-

tragen, die die Vorbereitung einer Promotion oder die Erbringung zusätzlicher wissenschaftlicher Leistungen nach § ~~58 Abs.~~ 59 Absatz 1 Nr. Nummer 4 Buchst. Buchstabe a und b fördern. <sup>3</sup>Mindestens-Mindestens ein Drittel der Arbeitszeit ist ihnen zu eigener wissenschaftlicher Arbeit zu belassen, wenn sie im Rahmen ihrer Dienstaufgaben zu belassen, eine wissenschaftliche Qualifikation nach Satz 2 anstreben. Die Sätze 2 und 3 gelten für befristet beschäftigte künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend.

(3) Einstellungsvoraussetzung für wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen in der Regel ein abgeschlossenes Hochschulstudium.

(4) Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können in einem befristeten oder unbefristeten Arbeitnehmerverhältnis eingestellt werden. Streben sie im Rahmen ihrer Dienstaufgaben eine besondere wissenschaftliche Qualifikation an, soll das befristete Arbeitsverhältnis in der Regel für mindestens drei Jahre geschlossen werden. Sofern Arbeitnehmerverhältnisse, die überwiegend aus Mitteln Dritter finanziert sind, befristet werden, sollen sie in der Regel mindestens für die Dauer der bewilligten Projektlaufzeit abgeschlossen werden.

(5) Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können zur Weiterqualifizierung als Akademische Assistentinnen oder Assistenten nach § ~~72~~ 76 beschäftigt werden.

## § 74

### Lektorinnen und Lektoren

(1) Lektorinnen und Lektoren nehmen überwiegend wissenschaftliche Aufgaben in der Lehre oder Forschung selbständig wahr. Die Dekanin oder der Dekan kann ihnen weitere Aufgaben zur selbständigen Wahrnehmung übertragen. Einstellungsvoraussetzungen sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium und in der Regel eine Promotion. Lektorinnen und Lektoren sollen im Arbeitnehmerverhältnis unbefristet beschäftigt werden.

(2) Bei Vorliegen herausragender Leistungen kann eine Beschäftigung als Seniorlektorin oder Seniorlektor erfolgen. Dies kann frühestens drei Jahre nach der Einstellung gemäß Absatz 1 erfolgen.

(3) Die Hochschulen regeln das Nähere zu den Aufgaben nach Absatz 1 und zum Verfahren nach Absatz 2 durch Ordnung.

## § 75

### Wissenschaftsmanagerinnen und Wissenschaftsmanager

Wissenschaftsmanagerinnen und Wissenschaftsmanager nehmen Managementaufgaben in Verwaltung und Transfer in der Forschung wahr. Die Dekanin oder der Dekan kann ihnen weitere Aufgaben zur selbständigen Wahrnehmung übertragen. Einstellungsvoraussetzungen sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium und in der Regel eine Promotion. Wissenschaftsmanagerinnen und Wissenschaftsmanager werden im Arbeitnehmerverhältnis beschäftigt.

## § 76

### Akademische Assistentinnen und Assistenten

(1) Akademische Assistentinnen und Assistenten erbringen wissenschaftliche oder künstlerische Dienstleistungen in Forschung und Lehre, die auch dem Erwerb einer zusätzlichen wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifikation nach § ~~58 Abs.~~ 59 Absatz 1 Nr. Nummer 4 Buchst. Buchstabe a oder b dienen. Mindestens ein Drittel der Arbeitszeit ist ihnen zur wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifikation zu belassen. Zu ihren Dienstleistungen gehört, Studentinnen und Studenten Fachwissen

~~und~~ sowie praktische Fertigkeiten zu vermitteln und sie in der Anwendung wissenschaftlicher oder künstlerischer Methoden zu unterweisen. In den medizinischen Fächern gehört auch die Tätigkeit in der Krankenversorgung zu den wissenschaftlichen Tätigkeiten. Die Akademischen Assistentinnen und Assistenten sind mit den weiteren Dienstaufgaben ~~eines Hochschullehrers~~ der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer vertraut zu machen.

(2) Akademische Assistentinnen und Assistenten sind einer Professorin oder einem Professor oder einer Fakultät zugeordnet und werden von dieser oder diesem bei ihrer wissenschaftlichen oder künstlerischen Arbeit betreut. Nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen soll ihnen die selbständige Wahrnehmung von Aufgaben in Forschung und Lehre übertragen werden.

(3) Voraussetzung für die Einstellung als Akademische Assistentin oder Akademischer Assistent ist neben den allgemeinen dienstrechtlichen Voraussetzungen und pädagogischer Eignung in der Regel die herausragende Qualität einer Promotion. Abweichend vom Erfordernis einer Promotion ist in künstlerischen Fachgebieten ein überdurchschnittlicher Studienabschluss erforderlich. Soweit in den medizinischen Fächern heilkundliche Tätigkeiten ausgeübt werden, ist auch die Approbation oder eine Erlaubnis zu vorübergehender Ausübung des Berufes erforderlich.

### ~~§ 73~~ § 77

#### Dienstrechtliche Stellung der Akademischen Assistentinnen und Assistenten

(1) Akademische Assistentinnen und Assistenten werden für die Dauer von bis zu 4vier Jahren zu Beamtinnen oder Beamten auf Zeit ernannt oder in einem Arbeitnehmerverhältnis beschäftigt. Das Beschäftigungsverhältnis soll mit Zustimmung der Akademischen Assistentin oder des Akademischen Assistenten spätestens 4vier Monate vor Ablauf auf insgesamt ~~6sechs~~ Jahre verlängert werden, wenn sie oder er die zusätzliche wissenschaftliche oder künstlerische Qualifikation nach ~~§ 58 Abs. 1 Nr.-Nummer 4 Buchst.-Buchstabe~~ a oder b erworben hat oder zu erwarten ist, dass sie oder er sie innerhalb dieser Zeitspanne erwerben wird.

(2) Die Entscheidungen nach Absatz 1 trifft die Rektorin oder der Rektor auf Vorschlag des Fakultätsrates. Soweit Aufgaben in der Krankenversorgung wahrgenommen werden, ist das Einvernehmen des medizinischen Vorstandes des Universitätsklinikums erforderlich.

(3) Eine weitere Verlängerung nach Absatz 1 Satz 2 ist nicht zulässig; ~~§ 77 Abs. 1~~ 81 Absatz 4 bis 7 bleibt unberührt. Eine erneute Einstellung als Akademische Assistentin oder Akademischer Assistent ist ausgeschlossen. ~~Die nach den Sätzen 1 und 2 insgesamt zulässige~~

(4) Die Befristungsdauer nach Absatz 1 Satz 1 oder 2 verlängert sich um zwölf Monate, wenn ein Beamtenverhältnis zwischen dem 1. März 2020 und dem 30. September 2020 bestand; ~~um sechs Monate, wenn. Für~~ ein Beamtenverhältnis, das zwischen dem 1. Oktober 2020 und dem 31. März 2021 begründet wurde, verlängert sie sich um sechs Monate.

### ~~§ 74~~ § 78

#### Lehrkräfte für besondere Aufgaben

Die Vermittlung praktischer Fertigkeiten und Kenntnisse, die nicht die Qualifikation einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers erfordert, kann Lehrkräften für besondere Aufgaben übertragen werden. Diese sollen über einen Hochschulabschluss und pädagogische Eignung verfügen. Sie werden im Arbeitnehmerverhältnis, ~~das befristet werden kann,~~ beschäftigt.

### Regelung der Dienstaufgaben

(1) Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ regelt Art und Umfang der dienstlichen Aufgaben des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals durch Rechtsverordnung, insbesondere

1. den Umfang der dienstlichen Lehrverpflichtung; hierbei ist der jeweilige Zeitaufwand für die Lehrveranstaltungen zu beachten,
2. die Präsenzzeiten sowie
3. die Voraussetzungen für die ~~vom~~ von der Dekanin oder dem Dekan zu erteilende Einwilligung in die Befreiung von Präsenzpfllichten, wenn Verpflichtungen zur Lehre, Abnahme von Prüfungen oder Betreuung von Studentinnen und Studenten bestehen.

(2) Sofern die in der Rechtsverordnung nach Absatz 1 festgelegte Lehrverpflichtung erfüllt ist, können Lehraufgaben in der Weiterbildung in Nebentätigkeit wahrgenommen werden. Auf Antrag kann die Dekanin oder der Dekan genehmigen, dass die Lehrverpflichtung teilweise in der Weiterbildung erbracht wird.

### ~~§ 76~~ § 80

#### Nebentätigkeit

Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ regelt für das beamtete wissenschaftliche und künstlerische Personal durch Rechtsverordnung

1. welche Nebentätigkeit anzeigepflichtig ist,
2. welche Nebentätigkeit zu untersagen ist,
3. das Anzeigeverfahren der Nebentätigkeit,
4. die Voraussetzungen und den Umfang der Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal und Material der Dienstbehörde sowie Kriterien für die Festsetzung des dafür zu entrichtenden Nutzungsentgeltes,
5. den Freibetrag für die Abführung der Vergütung für eine Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst sowie Ausnahmen von der Ablieferungspflicht,
6. ~~für~~ für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Medizin die Voraussetzungen für die Erteilung des Rechtes zur Privatliquidation.

### ~~§ 77~~ § 81

#### Dienstrechtliche Sonderregelung für das wissenschaftliche und künstlerische Personal

(1) Die Vorschriften des Sächsischen Beamtengesetzes über die Laufbahnen sind auf beamtete Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ~~und~~ sowie Akademische Assistentinnen und Assistenten im Beamtenverhältnis auf Zeit, die Vorschriften des Sächsischen Beamtengesetzes über die Arbeitszeit mit Ausnahme der §§ 97 bis 100 des Sächsischen Beamtengesetzes auf Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nicht anzuwenden.

(2) ~~Ein beamteter~~ Verbeamtete Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ~~kann können~~ nur mit ~~seiner ihrer~~ Zustimmung abgeordnet oder versetzt werden. Abordnung und Versetzung in ein gleichwertiges Amt an einer anderen Hochschule sind auch ohne Zustimmung zulässig, wenn die Hochschule oder Grundeinheit nach § 2 ~~Abs. Absatz~~ 2, an der ~~ersie~~ tätig ~~istsind~~, aufgelöst oder mit einer anderen Hochschule oder Grundeinheit zusammengeführt wird, oder das Studienangebot, in dem ~~ersie~~ tätig ~~istsind~~, ganz oder teilweise eingestellt oder an eine andere Hochschule verlagert wird. ~~In~~ diesen Fällen sind die beteiligten Hochschulen oder Grundeinheiten anzuhören. Soweit die Sicherung des Lehrangebotes dies erfordert, sind für einen Zeitraum von bis zu ~~5~~fünf Jahren Dienstaufgaben an einer anderen Hochschule oder an einer Staatlichen Studienakademie zu erbringen.

(3) Aus dem Status einer Hochschullehrerin, eines Hochschullehrers ~~im Beamtenverhältnis auf Zeit, einer Akademischen Assistentin~~ oder eines Akademischen Assistenten im Beamtenverhältnis auf Zeit ist der Eintritt in den Ruhestand mit Ablauf der Dienstzeit ausgeschlossen.

(4) Sofern dienstliche Belange nicht entgegenstehen, ist das Dienstverhältnis eines Hochschullehrers im Beamtenverhältnis auf Zeit oder eines von Hochschullehrerinnen, Hochschullehrern, Akademischen Assistentinnen und Akademischen Assistenten im Beamtenverhältnis auf Zeit auf ~~seiner ihren~~ Antrag aus folgenden Gründen zu verlängern:

1. Beurlaubung nach den §§ 98 und 99 ~~des Sächsischen Beamtengesetzes~~,
2. Beurlaubung nach einem Landesgesetz zur Ausübung eines mit dem Dienstverhältnis als Beamtin oder Beamter zu vereinbarenden Mandats,
3. Beurlaubung für eine wissenschaftliche oder künstlerische Tätigkeit oder eine außerhalb der Hochschule durchgeführte wissenschaftliche, künstlerische oder berufliche Aus- oder Weiterbildung,
  1. ~~Grundwehr- und Zivildienst oder~~
4. Ableistung eines freiwilligen Wehrdienstes, Bundesfreiwilligendienstes oder vergleichbaren Dienstes oder
- 4.5. Beurlaubung nach der Sächsischen Urlaubs-, Mutterschutz- und Elternzeitverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 200523. Juli 2018 (SächsGVBl. S. ~~322~~, 496), die zuletzt geändert durch Artikel 5 2 der Verordnung vom 23. Juni 200924. April 2021 (SächsGVBl. S. 402, 408), 504 geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und Elternzeiten oder Zeiten des Erziehungsurlaubes oder eines Beschäftigungsverbotens aus Gründen des Mutterschutzes, soweit eine Beschäftigung, unbeschadet einer zulässigen Teilzeitbeschäftigung, nicht erfolgt ist.

(5) Absatz 4 gilt entsprechend im ~~Falle~~Fall der

1. Teilzeitbeschäftigung,
2. Ermäßigung der Arbeitszeit nach einem Landesgesetz zur Ausübung eines mit dem Dienstverhältnis als Beamtin oder Beamter zu vereinbarenden Mandates ~~oder~~
3. Freistellung zur Wahrnehmung von Aufgaben in einer Personal- oder Schwerbehindertenvertretung oder
4. von Aufgaben nach § 5 ~~Abs. Absatz~~ 2 ~~Nr. 9~~Nummer 10,

wenn die Ermäßigung mindestens ein Fünftel der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt.

(6) Die Verlängerung der Dienstzeit nach den Absätzen 4 und 5 darf die Dauer der Beurlaubung oder den Umfang der Ermäßigung der Arbeitszeit in den Fällen des ~~Absatz Absatzes~~ 4 ~~Nr. Nummer~~ 1 bis 3 und in den Fällen des ~~Absatz 5 Satz 1 Absatzes~~ 5 die Dauer von jeweils zwei Jahren nicht überschreiten. Mehrere Verlängerungen nach Absatz 4 ~~Nr. Nummer~~ 1 bis 4 und Absatz 5 ~~Satz 1~~ dürfen die Gesamtdauer von drei Jahren, Verlängerungen nach Absatz 4 ~~Nr. Nummer~~ 5, auch wenn sie mit anderen Verlängerungen zusammentreffen, insgesamt vier Jahre nicht überschreiten.

(7) Für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer im befristeten Arbeitnehmerverhältnis gelten die Absätze 1, 2, 4 bis 6 entsprechend.



~~(7)~~(8) Für die Versetzung und Abordnung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern ist abweichend von § ~~78 Abs.~~ 82 Absatz 2 das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zuständig.

~~(8)~~(9) Für die befristet eingestellten akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gilt das Wissenschaftszeitvertragsgesetz in der jeweils geltenden Fassung.

~~(9)~~(10) Das wissenschaftliche und künstlerische Personal hat den Erholungsurlaub grundsätzlich in der Regel in der vorlesungsfreien Zeit zu nehmen; Lehr- und Prüfungsverpflichtungen dürfen dem Erholungsurlaub nicht entgegenstehen.

## § 82

### Gemeinsame Bestimmungen für das Hochschulpersonal

(1) Die Beschäftigten der Hochschulen stehen im Dienst des Freistaates Sachsen. Beschäftigte im Sinne ~~des dieses~~ Gesetzes sind Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ~~und so~~ wie Auszubildende.

(2) ~~<sup>1</sup>Oberste Dienstbehörde ist~~ Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. ~~<sup>2</sup>Dienstvorgesetzter der Mitglieder ist oberste Dienstbehörde und damit den Mitgliedern~~ des Rektorates ist das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst dienstvorgesetzt. Es kann einzelne Befugnisse durch Verwaltungsvorschrift auf die Hochschule übertragen. ~~<sup>4</sup>Dienstvorgesetzter des~~ Die Rektorin oder der Rektor ist dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personals ist der Rektor. ~~<sup>5</sup>Dienstvorgesetzter des sonstigen Personals ist~~ Personal, die Kanzlerin oder der Kanzler dem weiteren Personal dienstvorgesetzt.

## ~~§ 79~~ § 83

### Wissenschaftliche Redlichkeit

~~<sup>1</sup>Wissenschaftlich Tätige sind zur wissenschaftlichen Redlichkeit verpflichtet.~~ ~~<sup>2</sup>Die~~ Die Hochschulen fördern die wissenschaftliche Redlichkeit, achten auf die Einhaltung der allgemein anerkannten Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis sind einzuhalten. ~~<sup>3</sup>Das~~ und wirken wissenschaftlichem Fehlverhalten entgegen. Wissenschaftlich Tätige sind zur wissenschaftlichen Redlichkeit verpflichtet. Das Nähere kann regelt die Hochschule durch Ordnung regeln.

## Teil 7

### Aufbau und Organisation der Hochschule

#### Abschnitt 1

#### Zentrale Organe

## § 84

## Zentrale Organe der Hochschule

Zentrale Organe der Hochschule sind der Senat, der Erweiterte Senat, das Rektorat und der Hochschulrat. Sie geben sich jeweils eine Geschäftsordnung.

### § 85

#### Senat

(1) Der Senat ist zuständig für

1. die ~~Beschlussfassung~~Beschlussfassungen über die Ordnungen der Hochschule nach ~~§ 13 Abs. 14 Absatz 3, und 4 Satz 2 sowie nach § 83 Satz 3,~~
2. die Benennung der drei Senatsmitglieder für die Findungskommission nach § 87 Absatz 6 Satz 2 Nummer 2,
- ~~2.3.~~ die Beantragung der Abwahl der Rektorin oder des Rektors beim Erweiterten Senat,
- ~~3.4.~~ die Wahl und Abwahl der Prorektorinnen und Prorektoren,
- ~~4.5.~~ die Stellungnahmen zu Vorschlägen der Rektorin oder des Rektors für die Bestellung der Kanzlerin oder des Kanzlers,
- ~~5.6.~~ die Vorschläge für die Berufung von Mitgliedern des Hochschulrates,
- ~~6.7.~~ die Stellungnahme zum Wirtschaftsplanentwurf,
- ~~7.8.~~ die Stellungnahmen zu allen wissenschaftlichen und künstlerischen Angelegenheiten, die nicht nur eine Fakultät betreffen,
- ~~8.9.~~ Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung in Angelegenheiten der Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses,
- ~~9.10.~~ Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung in Angelegenheiten der Lehre, Forschung oder Kunst, soweit diese nicht nur eine Fakultät betreffen,
- ~~10.11.~~ die Festlegung der von der Hochschule zu vergebenden Hochschulgrade nach ~~§ 39 40,~~
- ~~11.12.~~ die Aufstellung von Grundsätzen zur Qualitätssicherung, insbesondere für die Evaluation der Lehre,
- ~~12.13.~~ die Wahl und Bestellung von Beauftragten der Hochschule; ~~§ 83 Abs. 88 Absatz 3 Satz 2 und 3 sowie § 88 Abs. 93 Absatz 4 Satz 5~~ bleiben unberührt,
- ~~13.14.~~ die Aufstellung des Leitbildes für die Lehre und die Formulierung von Grundsätzen der Organisation des Lehr- und Studienbetriebes,
  - ~~1.~~ die Stellungnahme zur Festlegung des Fächer- und Studienangebotes durch das Rektorat,
- ~~14.15.~~ die Stellungnahme zur Stellenausstattung der Fakultäten,
- ~~15.16.~~ die Beschlussfassung über die Entwicklungsplanung der Hochschule und in diesem Rahmen über das Angebot an Studienfächern und Studiengängen,
- ~~17.~~ die Stellungnahme zum Tätigkeitsbericht der oder des Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule,
- ~~18.~~ die Stellungnahme zum Gleichstellungskonzept der Hochschule,
- ~~19.~~ die Stellungnahme zum Personalentwicklungskonzept der Hochschule,

20. die Stellungnahme zur Honorarordnung,

16-21. die Stellungnahme zum Bericht des Rektorates und zur beabsichtigten Information der Öffentlichkeit durch das Rektorat,

17-22. die Stellungnahme zum Jahresbericht des Studentenwerkes.

Näheres zu den Nummern ~~8~~ 9 und ~~9~~ 10 kann die Grundordnung regeln.

(2) Der Senat hat bis zu 21 stimmberechtigte Mitglieder (~~Senatoren~~ Senatsmitglieder). Sie sind gewählte Vertreterinnen und Vertreter jeder Mitgliedergruppe nach § ~~50 Abs.~~ 51 Absatz 1. Die Zahl und die Verteilung der Sitze auf die Mitgliedergruppen bestimmt die Grundordnung. Für die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sind so viele Sitze vorzusehen, dass sie über die Mehrheit von einem Sitz verfügen. Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren sollen angemessen vertreten sein. Die Prorektorinnen und Prorektoren, die Kanzlerin oder der Kanzler, die Dekaninnen und Dekane ~~und~~ sowie die oder der Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule gehören dem Senat nur mit beratender Stimme an. Auch die Rektorin oder der Rektor gehört dem Senat nur mit beratender Stimme an, ~~er~~ entscheidet jedoch bei Stimmgleichheit. Ein stimmberechtigtes Mitglied des Senates kann nicht auch zur Rektorin, zum De- ~~kan,~~ Rektor oder, zur Prorektorin, zum Prorektor, zur Dekanin oder zum Dekan gewählt oder zur Kanzlerin oder zum Kanzler bestellt werden.

(3) Die Rektorin oder der Rektor bereitet die Sitzungen des Senates und seiner Kommissionen vor und führt den Vorsitz im Senat. Im Fall von Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 bereitet die nach der Wahlordnung der Hochschule bestimmte Wahlleiterin oder der nach der Wahlordnung der Hochschule bestimmte Wahlleiter oder im Fall von Verhinderung oder Befangenheit deren oder dessen Vertreterin oder Vertreter die Sitzung des Senates vor und führt den Vorsitz. Der Senat kann zur Vorbereitung seiner Entscheidungen Kommissionen und Beauftragte einsetzen.

(4) Beschlüsse in Angelegenheiten der Studienorganisation bedürfen der Zustimmung der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Studentenvertreter, studentischen Vertreterinnen und Vertreter, andernfalls der Zustimmung von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder.

(5) Das Rektorat und der Hochschulrat haben dem Senat auf Anforderung in schriftlicher Form über alle Angelegenheiten der Hochschule zu berichten.

## § 81a § 86

### **Erweiterter Senat**

(1) Der Erweiterte Senat setzt sich aus den stimmberechtigten Mitgliedern des Senates nach § ~~84 Abs.~~ 85 Absatz 2 Satz 1 und 3 zusammen; hinzu kommt mindestens eine gleiche Anzahl von gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Gruppen nach § ~~50 Abs.~~ 51 Absatz 1 Satz 1. Die Anzahl und Verteilung der Sitze nach Satz 1 Halbsatz 2 auf die Mitgliedergruppen bestimmt die Grundordnung. Für die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sind so viele Sitze vorzusehen, dass sie über die Mehrheit von einem Sitz verfügen. ~~Juniorprofessoren sollen angemessen vertreten sein.~~ <sup>4</sup>Der Die Rektorin oder der Rektor, die Prorektorinnen und Prorektoren, die Kanzlerin oder der Kanzler, die Dekaninnen und Dekane ~~und~~ sowie die oder der Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule gehören dem Erweiterten Senat nur mit beratender Stimme an.

(2) Der Erweiterte Senat ist zuständig für die Wahl und die Abwahl der Rektorin oder des Rektors sowie für die Beschlussfassung über die Grundordnung und ihre Änderung. Er hat über Vorschläge des Rektorates zur Änderung der Grundordnung zu entscheiden.

(3) Die Rektorin oder der Rektor bereitet die Sitzungen des Erweiterten Senates vor und führt den Vorsitz. Die Grundordnung kann abweichend davon festlegen, dass der Erweiterte Senat einen Sitzungsvorstand bildet, für den jede im Erweiterten Senat vertretene Mitgliedergruppe ein Mitglied benennt. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung. Im Fall der Wahl oder der Abwahl der Rektorin oder des Rektors

bereitet die nach der Wahlordnung der Hochschule bestimmte Wahlleiterin oder der nach der Wahlordnung der Hochschule bestimmte Wahlleiter oder im Fall von Verhinderung oder Befangenheit deren oder dessen Vertreterin oder Vertreter die Sitzung des Erweiterten Senates vor und führt den Vorsitz.

## § 87

### Rektorin oder Rektor

(1) Die Rektorin oder der Rektor leitet die Hochschule.<sup>2</sup>Er ist Vorsitzender

1. bestimmt die Richtlinien des Rektorates und bestimmt dessen Richtlinien.

2. <sup>3</sup>Er vertritt die Hochschule nach außen.<sup>4</sup>Der Rektor,

3. vollzieht die Beschlüsse der zentralen Organe nach § 84.

4. § 80.<sup>5</sup>§ 85 Abs. bestimmt zu ihrer oder seiner Vertretung eine Prorektorin oder einen Prorektor.

§ 90 Absatz 1 Satz 2 und Abs. Absatz 2 bleibt davon unberührt.<sup>6</sup>Er bestimmt einen Prorektor zu seinem Vertreter.

(2) Die Rektorin oder der Rektor wahrt die Ordnung in der Hochschule und übt das Hausrecht aus.<sup>2</sup>Die Zuständigkeit für Sie oder er kann das Hausrecht und für das Recht auf Eilentscheidungen kann er delegieren.

(3) Zur Rektorin oder zum Rektor kann bestellt werden, wer einer Hochschule als Professorin oder Professor angehört oder eine abgeschlossene Hochschulausbildung besitzt und aufgrund einer mehrjährigen leitenden beruflichen Tätigkeit, insbesondere in Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft, Verwaltung oder Rechtspflege, erwarten lässt, dass er den Aufgaben des Amtes gewachsen ist zu sein.

(4) Die Rektorin oder der Rektor ist für die Dauer ihrer oder seiner Amtszeit auf Zeit zu verbeamten oder einzustellen. Die hauptberufliche Rektorin oder der hauptberufliche Rektor ist für die Dauer der Amtszeit aus einem bisherigen Beschäftigungsverhältnis mit dem Freistaat Sachsen ohne Bezüge beurlaubt. Ein bisheriges Beamtenverhältnis bleibt bestehen.<sup>4</sup>Ist er BeamterFür Beamtinnen und Beamte auf Zeit, findet § 5 Abs. Absatz 2 und 3 des Sächsischen Beamtengesetzes keine Anwendung. Der Eintritt in den Ruhestand aus dem Rektoramt mit Ablauf der Dienstzeit ist ausgeschlossen. Sofern die Größe der Hochschule eine hauptberufliche Leitung nicht erfordert, soll das Rektoramt nebenberuflich ausgeübt werden. Die Grundordnung bestimmt, ob die Rektorin oder der Rektor hauptberuflich oder nebenberuflich tätig ist.

(5) War die Rektorin oder der Rektor einer Hochschule vor ihrer oder seiner Bestellung Professorin oder Professor in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder in einem unbefristeten Arbeitnehmerverhältnis an einer Hochschule mit Sitz außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes, so kann sie oder er auf seinem eigenen Antrag, wenn die Berufungsvoraussetzungen nach § 58 59 erfüllt sind, vor der Übernahme des Rektorenamtes ohne Berufungsverfahren in ein gleichwertiges Professorenamt an die Hochschule versetzt werden, an der sie oder er zur Rektorin oder zum Rektor bestellt wurde wird, oder in ein unbefristetes Arbeitnehmerverhältnis an dieser Hochschule übernommen werden. In diesem Fall gilt Absatz 4 Satz 2 und 3 entsprechend.

(6) <sup>1</sup>Die StelleDer Hochschulrat setzt rechtzeitig vor Ablauf der Amtszeit der Rektorin oder des Rektors ist öffentlich auszuschreiben.<sup>2</sup>Eine Auswahlkommission eine Findungskommission ein, die die Wahl der neuen Rektorin oder des neuen Rektors vorbereitet. Sie besteht aus<sup>4</sup>

1. vier Mitgliedern des Hochschulrates, davon 2 mindestens drei externe Mitglieder des Hochschulrates einschließlich in der Regel der oder des Vorsitzenden, und 2

2. drei Mitgliedern des Senats.

Der Senat benennt seine Mitglieder des Senates, sowie ein innerhalb einer Frist von einem Monat nach schriftlicher Aufforderung des Hochschulrates. Jedes Organ soll mindestens ein weibliches Mitglied benennen. Das Staatsministerium kann innerhalb dieser Frist eine Vertreterin oder einen Vertreter des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst mit beratender Stimme fertigt eine Vorschlagsliste für den Hochschulrat. <sup>3</sup>Der Hochschulrat benennen. Den Vorsitz führt ein Mitglied des Hochschulrates. Die Geschäftsstelle des Hochschulrates betreut das Verfahren.

(7) Die Findungskommission erstellt im Benehmen mit dem die Stellenausschreibung und schreibt die Stelle öffentlich aus. Sie reicht beim Erweiterten Senat einen Wahlvorschlag ein, der bis zu ~~3~~ drei Kandidatinnen oder Kandidaten enthält. <sup>4</sup>Ein Der Wahlvorschlag soll Frauen und Männer umfassen. Mindestens eine Kandidatin oder ein Kandidat soll nicht Mitglied der Hochschule sein. <sup>5</sup>Der Wahlvorschlag wird von dem Vorsitzenden des Hochschulrates dem Erweiterten Senat unterbreitet. <sup>6</sup>Vom

(8) Reicht die Findungskommission in angemessener Zeit keinen Wahlvorschlag ein, kann das Staatsministerium hierfür eine Frist setzen. Reicht die Findungskommission auch innerhalb der gesetzten Frist keinen Wahlvorschlag ein, setzt das Staatsministerium eine außerordentliche Findungskommission mit bis zu fünf Mitgliedern ein, die den Wahlvorschlag beim Erweiterten Senat einreicht.

(9) Der Erweiterte Senat wählt die Rektorin oder den Rektor innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt des Wahlvorschlags. Anderenfalls kann das Staatsministerium den Erweiterten Senat zur Wahl der Rektorin oder des Rektors einberufen. Vom Erweiterten Senat ist gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder erhält. Kommt eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande und enthält der Wahlvorschlag mehr als eine Kandidatin oder einen Kandidaten, findet ~~zwischen den Kandidaten, die im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben, ein ein~~ dritter Wahlgang statt. In diesem ist gewählt, wer die Mehrheit der Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit kann nach Aussprache ein vierter Wahlgang nach Maßgabe von Satz 5 stattfinden. Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ bestellt die Rektorin oder den Rektor. <sup>10</sup>Kommt

(6)(10) Enthält der Wahlvorschlag nur eine Kandidatin oder einen Kandidaten und kommt eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande ~~und enthält der Wahlvorschlag nur einen Kandidaten, stellt die Auswahlkommission, oder kommt bei mehr als einer Kandidatin oder einem Kandidaten eine Wahl auch im dritten oder vierten Wahlgang nicht zustande, kann die Findungskommission innerhalb eines Monats beim Erweiterten Senat einen neuen Wahlvorschlag einreichen. Erklärt sie, keinen neuen Wahlvorschlag einzureichen, oder ist die Monatsfrist verstrichen, entscheidet der Hochschulrat unverzüglich im Benehmen mit dem Senat, ob die Findungskommission die Stelle erneut öffentlich ausschreiben soll oder eine neue Vorschlagsliste auf Findungskommission eingesetzt wird.~~

(7)(11) Die Wiederwahl für eine zweite Amtszeit ist zulässig.

(8)(12) Der Erweiterte Senat kann die Rektorin oder den Rektor mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder abwählen. Die Abwahl bedarf der Bestätigung durch die Mehrheit der Mitglieder des Hochschulrates, sofern nicht dieser nach § ~~86 Abs. 91 Absatz~~ 1 Satz 3 ~~Nr. Nummer~~ 2 die Abwahl beim Erweiterten Senat beantragt hat. Mit ihrer oder seiner Abwahl ist die Rektorin oder der Rektor aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit entlassen.

(9)(13) Der Rektor kann Nach Ablauf ~~seiner~~der Amtszeit kann die Rektorin oder der Rektor auf eigenen Antrag für zwei Semester von ~~seiner~~den Verpflichtungen in Lehre und Verwaltung freigestellt werden.

## § 88

### Rektorat

(1) Das Rektorat leitet die Hochschule. Es besteht aus der Rektorin oder dem Rektor als Vorsitzender oder Vorsitzendem, bis zu ~~3~~ drei Prorektorinnen oder Prorektoren und der Kanzlerin oder dem Kanzler. Die Grundordnung bestimmt die Anzahl der Prorektorinnen und Prorektoren und regelt, ob diese haupt- oder nebenberuflich tätig sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet die oder der Vorsitzende.

(2) Das Rektorat ist für alle Angelegenheiten der Hochschule zuständig, soweit dieses Gesetz keine andere Zuständigkeit bestimmt. Es bereitet Entscheidungen des Senates und des Hochschulrates vor.

(3) Das Rektorat ist insbesondere zuständig für:

1. die Erstellung und Umsetzung ~~des Entwicklungsplanes~~ der Entwicklungsplanung der Hochschule unter Berücksichtigung der ~~Entwicklungspläne~~ Entwicklungsplanungen der Fakultäten,
2. den Abschluss der Zielvereinbarungen mit dem Staatsministerium ~~für Wissenschaft~~ und ~~Kunst~~ sowie mit den Fakultäten,
3. die Einrichtung, Aufhebung ~~oder~~ und wesentliche Änderung von Studiengängen im Benehmen mit dem Senat,
4. die Errichtung, Aufhebung ~~oder~~ und wesentliche Änderung einer Zentralen Einrichtung im ~~Benehmen~~ Einvernehmen mit dem Senat,
5. die Errichtung, ~~Auflösung~~ Aufhebung und Zusammenlegung von Fakultäten und Grundeinheiten nach § 2 ~~Abs.~~ Absatz 2 im ~~Benehmen~~ Einvernehmen mit dem Senat; diese Entscheidung ist dem Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ anzuzeigen,
6. die Planung des Bedarfes an baulicher Entwicklung,
7. die Entscheidung über die Ausstattungspläne,
8. die ~~Entscheidung über den dem Hochschulrat vorzulegenden Entwurf~~ Feststellung des Wirtschaftsplanes,
9. die Festsetzung von Leistungsbezügen der Professorinnen und Professoren nach der Sächsischen Hochschulleistungsbezügeverordnung vom 10. Januar 2006 (SächsGVBl. S. 21), die zuletzt durch Artikel 25 der Verordnung vom 16. September 2014 (SächsGVBl. S. 239), 530) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und von Forschungs- und Lehrzulagen der Professorinnen und Professoren,
10. die Aufteilung der vom Haushaltsgesetzgeber zugewiesenen Stellen und Mittel auf die Einrichtungen der Hochschule; die Rechte und Pflichten der Kanzlerin oder des Kanzlers bleiben unberührt,
11. ~~10a.~~ die Erstellung des Jahresabschlusses,
12. den Vorschlag zur Bestellung der Abschlussprüferin oder des Abschlussprüfers der Medizinischen Fakultät,
13. die regelmäßige Information der Öffentlichkeit über die Erfüllung der Aufgaben der Hochschule nach Anhörung des Hochschulrates gemäß § 91 Absatz 1 Satz 3 Nummer 10,
- ~~12-14.~~ den Abschluss von Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen,
- ~~13-15.~~ die Durchführung der Maßnahmen zur Sicherung der Qualität in Forschung und Lehre,
16. ~~Das~~ die Erstellung, Fortschreibung und Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes der Hochschule,
17. die Erstellung, Fortschreibung und Umsetzung des Gleichstellungskonzeptes der Hochschule.

Das Rektorat kann zur Vorbereitung seiner Entscheidungen Kommissionen und Beauftragte einsetzen. Es setzt eine Berufungsbeauftragte, einen Berufungsbeauftragten oder mehrere Berufungsbeauftragte ein, die Berufungsbeauftragte wirken in den Berufungsverfahren ohne Stimmrecht mitwirken.

(4) Das Rektorat hat unbeschadet der Zuständigkeit nach § ~~85 Abs.~~ 90 Absatz 4 rechtswidrige Beschlüsse und Maßnahmen zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Das Rektorat kann anordnen, dass erforderliche Beschlüsse gefasst und Maßnahmen getroffen werden. Beseitigt das Organ oder Mitglied der Hochschule den rechtswidrigen Zustand nicht, trifft das Rektorat die erforderlichen Maßnahmen.

(5) Das Rektorat unterrichtet den Senat und den Hochschulrat über alle Angelegenheiten der Hochschule, insbesondere über die Zielvereinbarung der Hochschule vor deren Abschluss und über die Ausführung ihrer Beschlüsse.

(6) Die Mitglieder des Rektorates können an den Sitzungen aller Organe mit Rederecht teilnehmen. Auf Anforderung des Rektorates beraten die Organe über Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit in angemessener Frist. Die Organe berichten dem Rektorat auf Anforderung unverzüglich über jede Angelegenheit ihrer Zuständigkeit. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für den Hochschulrat.

## ~~§ 84~~ § 89

### Prorektorinnen und Prorektoren

(1) Der Senat wählt die Prorektorinnen und Prorektoren auf Vorschlag der Rektorin oder des Rektors aus dem Kreis der Mitglieder der Hochschule. Der Vorschlag soll Frauen und Männer umfassen. Ihre Amtszeit endet spätestens mit dem Ende der Amtszeit der Rektorin oder des Rektors.

(2) Prorektorinnen und Prorektoren können vom Senat mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder abgewählt werden.

(3) ~~§ 82 Abs.~~ 87 Absatz 4, 711 und 9 13 gilt entsprechend.

(4) Nebenberuflich tätige Prorektorinnen und Prorektoren sind von ihren Lehrverpflichtungen angemessen zu entlasten.

(5) Eine Prorektorin oder ein Prorektor hat sich dem Thema der Nachhaltigkeit zu widmen.

## § 90

### Kanzlerin oder Kanzler

(1) Die Kanzlerin oder der Kanzler leitet die Hochschulverwaltung nach den Richtlinien des Rektorates. Sie oder er vollzieht die Beschlüsse des Rektorates und die Beschlüsse des Senates in ihrem oder seinem Zuständigkeitsbereich. ~~3Er~~ Eine Kanzlerin oder ein Kanzler kann die Verwaltung mehrerer Hochschulen leiten.

(2) Die Kanzlerin oder der Kanzler bewirtschaftet die vom Haushaltsgesetzgeber zugewiesenen Mittel. Unbeschadet ihrer oder seiner Verantwortung kann sie oder er die Bewirtschaftung auf die Grundeinheiten der Hochschule nach § 2 ~~Abs.~~ Absatz 2 übertragen. ~~3Er kann~~ In Angelegenheiten der Wirtschaftsführung kann sie oder er den Entscheidungen des Rektorates widersprechen, wenn diese nicht den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechen. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Kommt keine Einigung zustande, berichtet das Rektorat dem Hochschulrat, der eine Entscheidung herbeiführt trifft.

(3) Im ~~Falle~~ Fall der Bewirtschaftung nach ~~§ 11 Abs.~~ 12 Absatz 5 Satz 1 ist die Kanzlerin oder der Kanzler Beauftragter ~~die oder der Beauftragte~~ für den Haushalt.

(4) Hält die Kanzlerin oder der Kanzler in Angelegenheiten ihrer oder seiner Zuständigkeit den Beschluss eines Organes der Hochschule ~~unterhalb der zentralen Ebene nach Teil 7 Abschnitt 1, das kein zentrales Organ nach § 84 ist,~~ für rechtswidrig, beanstandet sie oder er ihn binnen zwei Wochen nach Kenntniserlangung. ~~2Für die~~ Eine Kanzlerin oder ein Kanzler der Kunsthochschulen entfällt die Begrenzung des Beanstandungsrechts nach Satz 1 auf einer Kunsthochschule kann auch Beschlüsse ~~eines Organs unterhalb der von~~ zentralen Ebene nach Teil 7 Abschnitt 1. Organen beanstanden. Die Beanstandung ist schriftlich zu begründen. Sie hat aufschiebende Wirkung. Die anderen

Mitglieder des Rektorates sind unverzüglich zu unterrichten. Verbleibt das Organ nach erneuter Befassung bei seinem Beschluss, hat die Kanzlerin oder der Kanzler die Beanstandung unverzüglich dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst vorzulegen.

(5) <sup>1</sup>~~Die~~Das Rektorat schreibt die Stelle ~~ist~~ öffentlich ~~auszuschreiben. aus.~~ Die Kanzlerin oder der Kanzler soll eine in der Verwaltung und in Wissenschaft oder Wirtschaft erfahrene Persönlichkeit sein, die mit dem Hochschulwesen vertraut ist.

(6) <sup>1</sup>~~Der Kanzler wird vom~~Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ ernennt die Kanzlerin oder den Kanzler auf Vorschlag der Rektorin oder des Rektors nach Anhörung des Senates und im Einvernehmen mit dem Hochschulrat zur Beamtin oder zum Beamten auf Zeit ernannt oder beschäftigt sie oder ihn in einem befristeten Arbeitnehmerverhältnis ~~beschäftigt.~~ <sup>2</sup>~~Weitere Amtszeiten sind zulässig.~~

(7) War die Kanzlerin oder der Kanzler vor ~~seiner~~der Bestellung im öffentlichen Dienst beschäftigt, ist sie oder er nach Ablauf ihrer oder seiner Amtszeit auf eigenen Antrag in den allgemeinen Landesdienst zu übernehmen. Das neue Amt oder die neue Dienststellung muss mindestens dem Amt oder der Dienststellung vergleichbar sein, die sie oder er vor ~~seiner~~der Ernennung oder Bestellung zur Kanzlerin oder zum Kanzler innehatte.

(8) Die Bestellung zur Kanzlerin oder zum Kanzler kann aus wichtigem Grund nach Anhörung von Senat und Hochschulrat vom Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ vorzeitig zurückgenommen und ~~seiner~~die Ernennung widerrufen oder ~~sein~~das Dienstverhältnis gekündigt werden. In diesem ~~Falle~~Fall ist sie oder er für den verbleibenden Teil der Amtszeit in ein Amt mit mindestens demselben Endgrundgehalt zu versetzen oder ~~als Arbeitnehmerin~~ Arbeitnehmerverhältnis in eine vergleichbare Dienststellung in den allgemeinen Landesdienst zu übernehmen. Maßnahmen nach dem ~~Sächsischen Disziplinalgesetz~~ vom 10. April 2007 (SächsGVBl. S. 54), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 26. April 2018 (SächsGVBl. S. 198) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und das Recht zur Kündigung des Dienstverhältnisses aus wichtigem Grund bleiben unberührt.

~~Artikel 2 Abs. 3 des Gesetzes vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142, 143) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, oder das Recht zur Kündigung des Dienstverhältnisses aus wichtigem Grund bleiben unberührt.~~

## § 91

### Hochschulrat

(1) Der Hochschulrat gibt Empfehlungen zur Profilbildung und Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschule. Er berücksichtigt bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Hochschulentwicklungsplanung des Freistaates Sachsen nach § ~~10 Abs.~~ 11 Absatz 1 und die Zielvereinbarungen nach § ~~10 Abs.~~ 11 Absatz 2. Er ist zuständig für die

- ~~1. Erstellung eines Vorschlages für die Wahl des Rektors,~~
1. Benennung der vier Mitglieder des Hochschulrates für die Findungskommission nach § 87 Absatz 6 Satz 2 Nummer 1,
2. Beantragung der Abwahl der Rektorin oder des Rektors beim Erweiterten Senat,
3. Bestätigung der Abwahl der Rektorin oder des Rektors durch den Erweiterten Senat,
4. Erteilung des Einvernehmens zum Vorschlag der Rektorin oder des Rektors für die Bestellung der Kanzlerin oder des Kanzlers,
5. Genehmigung der Entwicklungsplanung der Hochschule,
6. Genehmigung des ~~Wirtschaftsplanentwurfes~~ Wirtschaftsplanes der Hochschule und der Medizinischen Fakultät,



7. Formulierung von Grundsätzen für die Verwendung der Stellen und Mittel nach § ~~11 Abs.~~ 12 Absatz 6 Satz 2 und die Verwendung von Rücklagen nach § ~~11 Abs.~~ 12 Absatz 6 Satz 3,
8. Genehmigung des Jahresabschlusses der Hochschule und der Medizinischen Fakultät,
9. Entlastung des Rektorates und des Dekanates der Medizinischen Fakultät,
10. Stellungnahme zur beabsichtigten Information der Öffentlichkeit durch das Rektorat nach § 88 Absatz 3 Satz 1 Nummer 12,
11. Stellungnahme zum Jahresbericht/Bericht des Rektorates nach § ~~10 Abs.~~ 11 Absatz 6 Satz 4 Satz 4,
- ~~10-12. Bestellung der Abschlussprüferin oder des Abschlussprüfers der Medizinischen Fakultät auf Vorschlag des Rektorates im Einvernehmen mit dem Staatsministerium und dem Staatsministerium der Finanzen,~~
- ~~11-13. Stellungnahme vor dem Abschluss von Zielvereinbarungen.~~

Er kann Stellung nehmen

1. zur Beschlussfassung über die Grundordnung und ihre Änderung sowie

~~4-2. zur Einrichtung, Aufhebung und wesentlichen Änderung und Aufhebung von Studiengängen Stellung nehmen.~~<sup>5</sup>In

Er hört in Angelegenheiten des Satzes 3 Nr.-Nummer 5, 6, 8, 9, 12 und ~~11~~ ist 13 das Universitätsklinikum anzuhörenden, soweit ~~seine~~ dessen Angelegenheiten berührt sind.

(2) Der Hochschulrat besteht aus ~~5, 7, 9~~ fünf, sieben, neun oder ~~11~~ elf Mitgliedern. Die Anzahl regelt die Grundordnung. ~~<sup>3</sup>Bis zu einem Viertel dieser Anzahl, mindestens jedoch 2~~ Mindestens zwei Mitglieder des Hochschulrates, ~~können müssen~~ Mitglieder oder Angehörige der Hochschule sein. Hat der Hochschulrat elf Mitglieder sind, kann ein weiteres Mitglied oder eine weitere Angehörige oder ein weiterer Angehöriger der Hochschule Mitglied im Hochschulrat sein. Die Mitglieder sind müssen Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft oder beruflicher Praxis sein, die mit dem Hochschulwesen vertraut sind. Die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschule gehörend dürfen weder dem Senat noch dem Rektorat ~~an~~ angehören. Es sollen Frauen und Männer vertreten sein. Die Mitglieder des Hochschulrates sind in ihrer Tätigkeit im Hochschulrat unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

(3) Der Senat benennt weniger als die Hälfte der in der Grundordnung festgesetzten Anzahl der Mitglieder, insbesondere alle Mitglieder oder Angehörigen der Hochschule nach Absatz 2 Satz 3. ~~<sup>2</sup>Die übrigen Mitglieder werden vom~~ und 4. Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst benannt. benennt die weiteren Mitglieder.~~ Die studentischen ~~Senatoren~~ Senatsmitglieder können dem Senat einen Vorschlag für die Benennung unterbreiten.

(4) ~~<sup>1</sup>Im Fall der Bewirtschaftung~~ Wird die Hochschule nach § ~~11 Abs.~~ 12 Absatz 5 Satz ~~4~~ 1 bewirtschaftet, besteht der Hochschulrat abweichend von Absatz 2 Satz 1 aus ~~5, 7~~ fünf, sieben oder ~~9~~ neun Mitgliedern. In diesem Fall benennt abweichend das Staatsministerium zwei von Absatz 3 Satz 1 und 2 ein Mitglied fünf, drei von sieben oder vier von neun Mitgliedern des Hochschulrates ~~mehr als die Hälfte der in der Grundordnung festgesetzten Anzahl der~~. Der Senat benennt die weiteren Mitglieder, insbesondere alle Mitglieder oder Angehörige der Hochschule nach Absatz ~~2~~ 2 Satz 3. Absatz 3 Satz 3. ~~<sup>3</sup>Die übrigen Mitglieder werden vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst benannt~~ 3 gilt entsprechend.

(5) Führt die Hochschule während der Amtszeit des Hochschulrates eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des § ~~11 Abs.~~ 12 Absatz 1 Satz 1 ~~und Abs.~~ sowie Absatz 2 Satz 6 und 7 ein, ~~so~~ bleiben die Mitglieder des Hochschulrates bis zum Ende ihrer Amtszeit im Amt. Sieht die Grundordnung der Hochschule für diesen Fall eine höhere Zahl von Mitgliedern des Hochschulrates vor, ~~so~~ benennt das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst diese zusätzlichen Mitglieder.

(6) Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ beruft die Mitglieder; es kann ein Mitglied aus wichtigem Grund abberufen. ~~Die erneute Berufung ist möglich.~~

(7) Der Hochschulrat wählt ein externes Mitglied ~~zum~~ ~~zu der oder dem~~ Vorsitzenden. Die Hochschule richtet eine Geschäftsstelle für den Hochschulrat ein. Der Hochschulrat tagt mindestens zweimal im Semester und bei Bedarf. ~~Das~~ ~~Das~~ Rektorat hat ein Initiativrecht zur Einberufung von Sitzungen. Mindestens einmal im Jahr tagt der Hochschulrat gemeinsam mit den gewählten ~~Senatoren~~ ~~Senatsmit-~~ ~~gliedern~~ nach ~~§ 81 Abs. 2~~ ~~85 Absatz 2~~. Das Rektorat stellt seine Vorlagen im Hochschulrat vor; die Mitglieder des Rektorates sind verpflichtet, auf Anforderung an ~~seinenden~~ Sitzungen ~~des Hochschulrates~~ teilzunehmen. Alle Hochschulorgane sind verpflichtet, ihm auf Anforderung Auskünfte zu erteilen und Unterlagen vorzulegen. ~~sich~~ Beanstandungen, wirkt er auf eine hochschulinterne Klärung hin. Bei schwerwiegenden Beanstandungen unterrichtet er das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~.

(8) Das Rektorat berichtet dem Hochschulrat mindestens einmal im Semester und auf Anforderung schriftlich über die Entwicklung der Haushalts- und Wirtschaftslage und über finanzielle Auswirkungen von Berufungsvereinbarungen.

(9) ~~Vertreterinnen und~~ Vertreter des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ können an den Sitzungen des Hochschulrates mit Rederecht teilnehmen.

(10) Mitglieder des Hochschulrates, die vorsätzlich oder grob fahrlässig die ihnen obliegenden Pflichten verletzen, haben der Hochschule den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Haben mehrere Mitglieder des Hochschulrates gemeinsam den Schaden verursacht, haften sie als Gesamtschuldner.

(11) Die externen Mitglieder des Hochschulrates erhalten eine angemessene Reisekostenentschädigung, die die Hochschule mit ~~der~~ Einwilligung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ und des Staatsministeriums der Finanzen in einer Ordnung regelt. Solange keine Regelung ~~nach Satz 4~~ besteht, ~~werden die Reisekosten erstattet in Anwendung des Sächsischen Reisekostengesetzes vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 866, 876), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970) geändert worden ist,~~ in der jeweils geltenden Fassung, ~~erstattet~~.

## Abschnitt 2

### Organisationseinheiten unterhalb der zentralen Ebene

#### ~~§ 87~~ § 92

#### Fakultät

(1) Verwandte Fachgebiete sollen in Fakultäten zusammengefasst werden. Die Fakultät erfüllt unbeschadet der Gesamtverantwortung und der Zuständigkeiten der zentralen Organe nach ~~§ 80~~ ~~84~~ in ihrem Bereich die Aufgaben der Hochschule in Lehre, Forschung, Kunst und Weiterbildung.

(2) Mitglieder der Fakultät sind

1. das Personal nach ~~§ 57~~ ~~58~~, das in der Fakultät oder in einer der Fakultät zugeordneten Hochschuleinrichtung überwiegend tätig ist,
2. die ~~Studentinnen und~~ Studenten, die in einem Studiengang immatrikuliert sind, dessen Durchführung der Fakultät obliegt, ~~;~~
3. ~~die an die Fakultät der Universität nach Absatz 3 Satz 1 kooptierten Professorinnen und Professoren.~~

(3) Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften sollen auf ihren Antrag an eine Fakultät einer Universität kooptiert werden, wenn sie hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Forschungsleistungen Professorinnen und Professoren an Universitäten gleichgestellt sind. Näheres zur Kooption regelt die Grundordnung.

(3)(4) In Zweifelsfällen entscheidet das Rektorat über die Zugehörigkeit zu einer Fakultät. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer können in weiteren Fakultäten durch Zuwahl durch den Fakultätsrat Mitglied werden. Ein nach Satz 2 zugewähltes, wenn deren Fakultätsrat sie kooptiert. Das kooptierte Mitglied kann nicht zur Dekanin oder zum Dekan gewählt werden.

(4)(5) Organe der Fakultät sind der Fakultätsrat, die Dekanin oder der Dekan und ein das Dekanat nach § 90 Abs 95 Absatz 1.

## § 93

### Fakultätsrat

(1) Der Fakultätsrat ist zuständig für alle Angelegenheiten der Fakultät von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere für

1. den Erlass der Studien- und Prüfungsordnungen unter Beachtung der Rahmenordnungen,
2. den Erlass der Promotions- und der Habilitationsordnung unter Beachtung der Rahmenordnungen,
3. Vorschläge für die Einrichtung, Aufhebung und Änderung von Studiengängen,
4. die Koordinierung der Forschungsvorhaben,
5. Vorschläge für Zielvereinbarungen der Fakultät mit dem Rektorat,
6. Stellungnahmen der Fakultät zu Zielvereinbarungen der Hochschule mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst,
7. die Sicherung ihres Lehrangebotes und die Planung des Studienangebotes nach dem Entwicklungsplan der Entwicklungsplanung der Fakultät,
8. Evaluationsverfahren Evaluierungsverfahren nach § 9,
9. Vorschläge für die Aufstellung von Struktur- und Entwicklungsplänen Entwicklungsplanungen der Fakultät,
10. die Mitwirkung am Entwurf des Wirtschaftsplanes der Hochschule,
11. die Stellungnahme zur Verwendung der der Fakultät zugewiesenen Stellen und Mittel,
12. die Durchführung der Studienfachberatung,
13. die Besetzung der Berufungskommissionen und Vorschläge für die Funktionsbeschreibung von Hochschullehrerstellen.

(2) Bei Beschlüssen des Fakultätsrates über die Promotions- und die Habilitationsordnung, über Promotions- und Habilitationsverfahren sowie über Berufungsvorschläge dürfen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Fakultät, die nicht dem Fakultätsrat angehören, stimmberechtigt mitwirken. Die Möglichkeit der Mitwirkung sowie Zeit und Ort der Sitzung sind ihnen unter Angabe der Tagesordnung in der Regel eine Woche vor der Sitzung mitzuteilen. Die an die Fakultäten von Universitäten kooptierten Professorinnen und Professoren haben kein Stimmrecht.

(3) Das Rektorat legt im Benehmen mit dem Senat die Zahl der Mitglieder des Fakultätsrates nach Maßgabe der Größe der jeweiligen Fakultät fest. Das Nähere regelt die Grundordnung.

(4) Dem Fakultätsrat gehören müssen die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedergruppen nach ~~§ 50 Abs. 51 Absatz 1~~ sowie und die oder der Gleichstellungsbeauftragte stimmberechtigt ~~an. angehören.~~ Die Mitgliedergruppen nach ~~§ 50 Abs. 51 Absatz 1~~ sind angemessen vertreten; Für die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sind so viele Sitze vorzusehen, dass sie über die Mehrheit von mindestens einem Sitz verfügen. Die Dekanin oder der Dekan, die Prodekaninnen und Prodekane sowie die Studiendekaninnen und Studiendekane gehören dem Fakultätsrat mit beratender Stimme an, soweit sie nicht Mitglied nach Satz 1 sind. Das Nähere regelt die Grundordnung. Der Fakultätsrat kann zur Vorbereitung seiner Entscheidungen Kommissionen und Beauftragte einsetzen.

(5) Beschlüsse in Angelegenheiten der Studienorganisation bedürfen der Zustimmung der Mehrheit der anwesenden ~~Studentenvertreter~~ studentischen Vertreterinnen und Vertreter, andernfalls der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder.

## ~~§ 89~~ § 94

### Dekanin oder Dekan

(1) Die Dekanin oder der Dekan leitet die Fakultät, führt den Vorsitz im Fakultätsrat, vollzieht dessen Beschlüsse und ist ihm verantwortlich. Sie oder er entscheidet über die Zuweisung der Stellen und Mittel im Benehmen mit dem Fakultätsrat. ~~Er~~ Die Dekanin oder der Dekan ist zuständig für alle Angelegenheiten der Fakultät, soweit gesetzlich oder in der Grundordnung nichts anderes bestimmt ist. Sie oder er ist verantwortlich dafür, dass die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ~~und~~ sowie die sonstigen zur Lehre verpflichteten Personen ihre Lehr- und Prüfungsverpflichtungen und Aufgaben in der Betreuung der Studentinnen und Studenten ordnungsgemäß erfüllen. Ihr oder ihm steht insoweit ein Aufsichts- und Weisungsrecht zu. ~~Er~~ Die Dekanin oder der Dekan schließt Zielvereinbarungen der Fakultät mit dem Rektorat ab. Werden an der Fakultät zur Durchführung von Aufgaben auf dem Gebiet der Lehre und Forschung oder zur Erbringung von Dienstleistungen wissenschaftliche Einrichtungen oder Betriebseinheiten eingerichtet, bestellt die Dekanin oder der Dekan die Leiterin oder den Leiter auf Vorschlag des Fakultätsrates.

(2) Die Dekanin oder der Dekan wird auf Vorschlag des Rektorates vom Fakultätsrat in der Regel aus dem Kreis der dem Fakultätsrat angehörenden Professorinnen und Professoren gewählt. Das Nähere regelt die Grundordnung.

(3) Hält die Dekanin oder der Dekan einen Beschluss des Fakultätsrates für rechtswidrig, hat sie oder er ihn zu beanstanden und auf Abhilfe hinzuwirken. Die Beanstandung ist schriftlich zu begründen. ~~Sie~~ Sie hat aufschiebende Wirkung. Bleibt der Fakultätsrat bei seinem Beschluss, unterrichtet die Dekanin oder der Dekan das Rektorat, das abschließend entscheidet und das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ über den Sachverhalt in Kenntnis setzt.

(4) Die Grundordnung regelt, in welchem Umfang die Dekanin oder der Dekan von ~~seinenden~~ Aufgaben als Hochschullehrerin oder Hochschullehrer freigestellt wird. ~~§ 82 Abs. 9~~ § 87 Absatz 13 gilt entsprechend.

## ~~§ 90~~ § 95

### Dekanat

(1) Die Grundordnung kann bestimmen, dass ein Dekanat mit bis zu zwei Prodekaninnen und Prodekanen gebildet wird, wenn die Größe der Fakultät dies erfordert. In diesem Fall entscheidet bei Stimmgleichheit die Dekanin oder der Dekan.

(2) ~~Prodekane werden vom~~ Der Fakultätsrat wählt die Prodekaninnen und Prodekane auf Vorschlag der Dekanin oder des Dekans aus den der Fakultät angehörenden Professorinnen und Professoren ~~gewählt.~~ Die Dekanin oder der Dekan bestimmt eine Prodekanin oder einen Prodekan ~~zu seinem~~

~~Stellvertreter, als ihre oder seine Stellvertretung. Seine~~ Die Amtszeit der Prodekaninnen und Prodekane endet mit der Amtszeit der Dekanin oder des Dekans.

~~§ 91~~ § 96

### Studiendekanin oder Studiendekan und Studienkommission

(1) Der Fakultätsrat wählt auf Vorschlag der Dekanin oder des Dekans für einen oder mehrere Studiengänge eine der Fakultät angehörende Professorin oder einen der Fakultät angehörenden Professor zur Studiendekanin oder zum Studiendekan. Der Wahlvorschlag wird im Benehmen mit dem zuständigen Fachschafftsrat oder den zuständigen Fachschafftsräten ~~nach § 25 Abs. 1~~ erstellt; besteht kein Fachschafftsrat, wird der Wahlvorschlag im Benehmen mit dem Studentenrat erstellt. Gewählt ist, wer die Mehrheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder des Fakultätsrates erhält. Die Studiendekanin oder der Studiendekan ist die oder der Beauftragte der Dekanin oder des Dekans für alle Studienangelegenheiten. Sie oder er ist kraft Amtes Mitglied der Studienkommission und führt deren Vorsitz. ~~Seine Wiederwahl ist möglich.~~

(2) Der Fakultätsrat bestellt für jeden Studiengang im Benehmen mit dem zuständigen Fachschafftsrat eine Studienkommission, der eigenständig Lehrende, in Kunsthochschulen auch weitere Lehrende sowie Studentinnen und Studenten paritätisch angehören. Das Nähere regelt die Hochschule durch Ordnung. Für fakultätsübergreifende Studiengänge bestimmt das Rektorat, an welcher Fakultät die Studienkommission eingerichtet wird. Ihr gehören Mitglieder der beteiligten Fakultäten an.

(3) Die Studienkommission berät die Dekanin oder den Dekan bei der Organisation des Lehr- und Studienbetriebes. Sie ist vor der Erstellung und Änderung der Studien- und der Prüfungsordnung anzuhören. Sie muss zusammentreten, wenn ein Drittel ihrer Mitglieder dies verlangt. Sie besitzt bezüglich ihrer Aufgaben ein Initiativrecht im Fakultätsrat. Ihre Beschlüsse zur Organisation des Lehr- und Studienbetriebes sind bindend, sofern der Fakultätsrat nicht mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder etwas anderes beschließt.

(4) Die Studienkommission führt die ~~Befragungen der Studenten~~ Studentenbefragungen nach § 9 ~~Abs.~~ Absatz 3 Satz 7 im Zusammenwirken mit der Fachschaft durch.

(5) Besteht in der Fakultät kein Fachschafftsrat, können Studentinnen und Studenten mitwirken, die der Studentenrat benennt.

(6) An Kunsthochschulen kann die Grundordnung vorsehen, dass die Aufgaben der Studienkommission von einer Senatskommission wahrgenommen werden, der Lehrende, darunter die Studiendekaninnen und Studiendekane, sowie Studentinnen und Studenten paritätisch angehören.

## Abschnitt 3

### Zentrale Einrichtungen, An-Institute, Forschungszentren an Fachhochschulen Hochschulen für angewandte Wissenschaften

~~§ 92~~ § 97

#### Zentrale Einrichtungen

(1) Das Rektorat kann im ~~Benehmen~~ Einvernehmen mit dem Senat und im Benehmen mit dem Hochschulrat interdisziplinäre Einrichtungen, wissenschaftliche Einrichtungen oder Betriebseinheiten für Forschungs-, Weiterbildungs-, Dienstleistungs- und Versorgungsaufgaben als Zentrale Einrichtungen errichten ~~und~~ aufheben und wesentlich ändern, sofern dies zweckmäßig ist. Sie unterstehen dem Rektorat.

(2) Zentrale Einrichtungen können zur fakultätsübergreifenden Kooperation in Lehre und Forschung errichtet werden. In diesem Fall sind ihnen im Benehmen mit dem Senat die benötigten Zuständigkeiten nach § ~~88 Abs.~~ 93 Absatz 1 zu übertragen. ~~§ 16 Abs.~~ § 17 Absatz 2 gilt entsprechend. Ihre Arbeitsfähigkeit ist durch die Zuordnung eigener geeigneter Ressourcen abzusichern. Mehrere Hochschulen

können gemeinsam Zentrale Einrichtungen errichten und diese einer Hochschule zuordnen. Zusammenarbeit zwischen mehreren Hochschulen wird durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung geregelt. <sup>7</sup>Eine Universität, die Lehramtsstudiengänge anbietet, bildet zu deren Koordinierung eine Zentrale Einrichtung. Hochschulen im Sinne der Sätze 5 und 6 sind auch solche mit Sitz außerhalb des Geltungsgebietes dieses Gesetzes.

(3) Struktur, Betrieb und Nutzung Zentraler Einrichtungen richten sich nach Ordnungen, die das Rektorat nach Anhörung der Beteiligten und Stellungnahme des Senates erlässt. Hierbei sind die §§ 23 24, 98 und ~~93~~ 99 sowie die den Zentralen Einrichtungen nach § 5 obliegenden Aufgaben in Forschung und Lehre zu beachten.

(4) Soweit Zentrale Einrichtungen Ausbildungsaufgaben wahrnehmen, gilt § ~~94~~ 96 entsprechend.

## § 93 § 98

### Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung

Eine Universität, die Lehramtsstudiengänge anbietet, errichtet ein Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung als Zentrale Einrichtung mit der Stellung einer organisatorischen Grundeinheit. Es steuert und koordiniert die strukturelle, curriculare, fachbezogene, fachdidaktische und bildungswissenschaftliche Entwicklung und Umsetzung der Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Es arbeitet mit den Ausbildungsschulen und dem Landesamt für Schule und Bildung zusammen. Das Nähere zum Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung, insbesondere zur Struktur, regelt die Grundordnung. Die §§ 93 bis 96 gelten entsprechend.

## § 99

### **Hochschulbibliothek**

(1) Die Hochschulbibliothek ist eine Zentrale Einrichtung, die alle bibliothekarischen Einrichtungen der Hochschule umfasst. Zweigbibliotheken sollen nur im Ausnahmefall gebildet werden. Die Hochschulbibliothek beschafft, erschließt und verwaltet die für Lehre, Studium und Forschung ~~und Studium~~ erforderlichen Medien und macht sie im Rahmen der Bibliotheksordnung öffentlich zugänglich. Sie ist zuständig für die Koordinierung des Informationsangebotes an der Hochschule und arbeitet mit der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden in einem kooperativen Leistungsverbund im Wege der gegenseitigen Amtshilfe oder durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung zusammen.

(2) Die Leitung der Hochschulbibliothek soll hauptberuflich wahrgenommen werden. Die Bibliotheksleiterin oder der Bibliotheksleiter ist Vorgesetzte oder Vorgesetzter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulbibliothek. <sup>3</sup>~~Er ist von den Hochschulorganen~~ Die Hochschulorgane und deren Kommissionen beteiligen sie oder ihn in allen Bibliotheksangelegenheiten ~~zu beteiligen.~~ <sup>4</sup>~~Der Leiter der Hochschulbibliothek wird vom~~ Die Rektorin oder der Rektor bestellt sie oder ihn im Einvernehmen mit dem Senat ~~bestellt.~~

## § 100

### **Forschungszentren an Fachhochschulen Hochschulen für angewandte Wissenschaften**

<sup>1</sup>Zur Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften können zur Wahrnehmung von Aufgaben in den angewandten Wissenschaften sowie und für den Wissens- und Technologietransfer nach § 5 Absatz 2 Nr. 9 können die Fachhochschulen Nummer 10 Forschungszentren als rechtlich selbständige Einrichtungen errichten. <sup>2</sup>Forschungszentren Diese sollen überwiegend aus Drittmitteln finanziert

werden. ~~3~~<sup>1</sup>In den Leitungsgremien ~~verfügen~~<sup>müssen</sup> die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschule ~~über die Mehrheit~~<sup>mindestens einen Sitz mehr als die weiteren Mitglieder haben</sup>.

## ~~§ 95~~ § 101

### **An-Institute**

(1) ~~Eine Hochschule kann~~ eine rechtlich selbständige Einrichtung ~~kann von der Hochschule~~ als An-Institut ~~anerkannt werden~~<sup>anerkennen</sup>, wenn ~~sie diese~~ gemeinsam mit der Hochschule Aufgaben ~~nach § 5 wahrnimmt und diese von der, die die~~ Hochschule oder ~~einem~~<sup>einem</sup> Forschungszentrum allein nicht angemessen ~~erfüllt werden können~~<sup>erfüllen kann</sup>.

(2) Die ~~Hochschule befristet die~~ Anerkennung. ~~Sie kann sie verlängern, wenn die Voraussetzungen~~ nach Absatz 1 ~~ist zeitlich zu befristen~~.<sup>2</sup>~~Sie kann nach Überprüfung verlängert werden~~<sup>weiterhin bestehen</sup>.

(3) ~~Verträge der Hochschule~~ Die Hochschule ~~überzeugt dem Staatsministerium~~ eine nicht nur kurzfristige Zusammenarbeit mit ~~An-Instituten im Sinne des Absatzes 1 sind dem Staatsministerium für~~ ~~Wissenschaft und Kunst anzuzeigen~~<sup>an</sup>.

## Teil 8

### Sonderregelungen für einzelne Fakultäten und Hochschulen

## § 102

### **Medizinische Fakultäten**

Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, gelten für die Medizinische Fakultät die Vorschriften über die Fakultät (§§ ~~87 bis 91~~).<sup>2</sup>~~Die Medizinische Fakultät erfüllt die der Hochschule auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens und der Krankenversorgung übertragenen Aufgaben.~~ ~~92 bis 96~~.

## ~~§ 55~~ § 75

## § 103

### **Zusammenarbeit der Medizinischen Fakultät mit dem Universitätsklinikum**

Die Medizinische Fakultät der Technischen Universität Dresden erfüllt ihre Aufgaben in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Carl Gustav Carus an der Technischen Universität Dresden, die Medizinische Fakultät der Universität Leipzig mit dem Universitätsklinikum Leipzig an der Universität Leipzig gemäß § 7 des Universitätsklinikum-Gesetzes. § 5 Absatz 2 des Universitätsklinikum-Gesetzes bleibt unberührt. Die Universität trifft Entscheidungen, die sich auf die Aufgaben des Universitätsklinikums auswirken, im Benehmen mit diesem. Das Nähere regelt die Grundordnung

## § 104

### **Dekanat der Medizinischen Fakultät**

(1) Die Medizinische Fakultät hat ein Dekanat. Ihm gehören an

1. [die Dekanin oder](#) der Dekan,
2. die [Prodekaninnen und](#) Prodekane,
3. [die Studiendekanin oder](#) der [Studiendekan](#) für ~~das Studium der~~ Humanmedizin ~~zuständige Studiendekan~~,
4. [die Studiendekanin oder](#) der [Studiendekan](#) für ~~das Studium der~~ Zahnmedizin ~~zuständige Studiendekan~~,
5. [die Studiendekanin oder der Studiendekan für Pharmazie.](#)

Auf Vorschlag [der Dekanin oder](#) des Dekans kann [eine Professorin oder](#) ein Professor als weiteres Mitglied vom Fakultätsrat bestellt werden. Mindestens ein Mitglied des Dekanates muss einem nichtklinischen Fach angehören.

(2) [Die Sprecherin oder](#) der Sprecher des Vorstandes des Universitätsklinikums kann an den Sitzungen des Dekanates mit beratender Stimme teilnehmen.

(3) Das Dekanat ist für alle Angelegenheiten der Medizinischen Fakultät zuständig, soweit ~~in diesem~~ [Gesetz](#) nichts anderes bestimmt ~~ist~~. Es kann für seine Mitglieder Geschäftsbereiche festlegen, in denen sie die laufenden Geschäfte in eigener Zuständigkeit erledigen. Das Dekanat ist insbesondere für folgende Aufgaben zuständig:

1. die Aufstellung und Beschlussfassung ~~des Entwurfs über den Entwurf~~ des Haushaltsvoranschlages,
2. die Aufstellung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan,
3. die Aufstellung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss und den Lagebericht, der über die den einzelnen Einrichtungen zugewiesenen Stellen und Mittel, ihre Verwendung und die Leistungen in Forschung und Lehre Auskunft geben muss,
4. den Vorschlag über die Grundsätze der Verwendung der vom Haushaltsgesetzgeber zugewiesenen Mittel ~~für die Grundausrüstung sowie für den Lehr- und Forschungsfonds~~,
5. die Entscheidungen über die Verwendung und Zuweisung der Stellen und Mittel,
6. die innere Struktur und die Verwaltung der Fakultät,
7. den Vorschlag für die Aufstellung ~~des~~ [Struktur- und Entwicklungsplanes](#) [Entwicklungsplanung](#) der Fakultät nach ~~§ 88 Abs. 1 Nr. 9~~ [§ 93 Absatz 1 Nr. 9](#),
8. die Mitwirkung beim Abschluss von Vereinbarungen mit dem Universitätsklinikum nach ~~§ 5 Abs. 2~~ [§ 85 Abs. 2 bis 4](#) ~~und die Regelungen~~ des Universitätsklinik-Gesetzes ~~bleiben unberührt~~.

[§ 90 Absatz 2 bis 4 bleibt unberührt.](#)

## § 105

### Fakultätsrat der Medizinischen Fakultät

(1) Dem Fakultätsrat [der Medizinischen Fakultät](#) gehören insbesondere [Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer](#) der operativen, konservativen, klinisch-theoretischen und nichtklinischen Fächer sowie der Zahnmedizin, an. Mindestens die Hälfte der [Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer](#) müssen [Klinikdirektorinnen und Klinikdirektoren](#) oder [Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter](#) sein. Die Mitglieder des Dekanates, die nicht dem Fakultätsrat angehören, nehmen an seinen Sitzungen mit beratender Stimme teil.

(2) Der Fakultätsrat [der Medizinischen Fakultät](#) beschließt insbesondere über



1. die Grundsätze für die Verwendung der vom Haushaltsgesetzgeber zugewiesenen Mittel für die Grundausstattung sowie für die Lehre und Forschung,
2. die Errichtung und Schließung von Einrichtungen der Medizinischen Fakultät.

#### ~~§ 100~~ § 106

### Medizinische Einrichtungen außerhalb der Universität

(1) Die Universität kann mit dem Träger einer anderen medizinischen Einrichtung eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über deren Nutzung für Zwecke der Forschung, Lehre und der Krankenversorgung schließen. Diese bedarf der Genehmigung durch das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~, das im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Soziales ~~und Gesellschaftlichen Zusammenhalt~~ entscheidet. Die Universität kann einer Einrichtung nach Satz 1 gestatten, sich als Universitätseinrichtung zu bezeichnen.

(2) Nimmt eine Einrichtung nach Absatz 1 Satz 1 Aufgaben der praktischen Ausbildung nach der Approbationsordnung für Ärzte vom 27. Juni 2002 (BGBl. I S. 2405), ~~die zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes 2 der Verordnung vom 2. Dezember 2007~~ 22. September 2021 (BGBl. I S. ~~2686, 2695~~, 4335) ~~geändert worden ist~~, in der jeweils geltenden Fassung, wahr, kann ihr die Universität die Bezeichnung „Akademisches Lehrkrankenhaus“ oder „Akademische Lehrpraxis“ verleihen. Diese Entscheidung ist dem Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ und öffentlichen Stellen, deren Belange berührt sind, anzuzeigen.

#### ~~§ 104~~ § 107

### Veterinärmedizinische Fakultät der Universität Leipzig

(1) Die der Universität auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens übertragenen tiermedizinischen Aufgaben erfüllt die Veterinärmedizinische Fakultät der Universität Leipzig. Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, gelten für die Veterinärmedizinische Fakultät die Vorschriften über die Fakultät (§§ ~~87 92~~ bis ~~94 96~~).

(2) Die ~~Direktorinnen und~~ Direktoren der veterinärmedizinischen Kliniken und klinischen Institute bilden zur Koordinierung der klinik- oder institutsübergreifenden Angelegenheiten eine Kommission. Diese wählt aus ihrer Mitte ~~eine Vorsitzende oder~~ einen Vorsitzenden. ~~Seine Wiederwahl ist zulässig.~~ Die oder der Vorsitzende ~~ist darf~~ nicht ~~die Dekanin oder der~~ Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät ~~sein~~.

(3) Dem Fakultätsrat der Veterinärmedizinischen Fakultät gehört neben den Mitgliedern nach § ~~88~~ Abs. 4 93 Absatz 4 die oder der Vorsitzende der nach Absatz 2 gebildeten Kommission mit beratender Stimme an, sofern ~~sie oder~~ er nicht gewähltes Mitglied des Fakultätsrates ist.

(4) Das Nähere regelt die Universität Leipzig durch Ordnung.

#### ~~§ 102~~ § 108

### Palucca Hochschule für Tanz Dresden

(1) In geeigneten Studiengängen kann die Palucca Hochschule für Tanz Dresden den Studienbetrieb parallel zur Schulausbildung einrichten. In diesen Fällen ist § ~~33 34~~ nicht anzuwenden; abweichend von den §§ 35 und 37 genehmigt das Staatsministerium die Prüfungsordnung und ist ihm die Studienordnung anzuzeigen.

~~§§ 34 und 36 werden die Prüfungsordnung vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst genehmigt~~

~~und die Studienordnung dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst angezeigt.~~

(2) ~~<sup>1</sup>Es wird kein Ein Hochschulrat und ein Erweiterter Senat werden nicht gebildet. <sup>2</sup>Die Der Senat nimmt die Aufgaben des Hochschulrates nach § 86 Abs. 91 Absatz 1 Satz 3 Nr. Nummer 8, 10 und 11 und 13 sowie des Erweiterten Senates nimmt der Senat wahr.~~

(3) An der Hochschule wird im Benehmen mit dem Senat ein Beirat eingesetzt. ~~<sup>2</sup>Er besteht; in ihm sollen Frauen und Männer vertreten sein. Er hat~~ aus bis zu ~~6~~<sup>sechs</sup> unabhängigen Persönlichkeiten, die über langjährige Erfahrungen in Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur oder Verwaltung verfügen und mit dem Hochschulwesen vertraut sind, ~~zu bestehen.~~ Sie dürfen nicht Mitglieder der Hochschule oder Angehörige der Staatsministerien sein. ~~<sup>4</sup>Die Das Staatsministerium beruft die Mitglieder des Beirates werden auf Vorschlag des Rektorates im Benehmen mit dem Senat für fünf Jahre. Der Beirat nimmt zu allen für die Hochschulentwicklung bedeutsamen Planungen, zu grundsätzlichen organisatorischen Entscheidungen und zu wesentlichen Investitionen Stellung. § 91 Absatz 11 gilt entsprechend.~~

(4) ~~Das Staatsministerium für Wissenschaft beruft zur Wahl der Rektorin oder des Rektors eine Findungskommission ein, der zwei Mitglieder des Beirates angehören; in ihr sollen Frauen und Kunst für 5 Jahre berufen. <sup>5</sup>Die Wiederberufung ist zulässig. <sup>6</sup>Der Beirat nimmt zu allen für die Hochschulentwicklung bedeutsamen Planungen, zu grundsätzlichen organisatorischen Entscheidungen und zu wesentlichen Investitionen Stellung. <sup>7</sup>§ 86 Abs. 11 gilt entsprechend. <sup>4</sup>Der Rektor wird vom Männer vertreten sein. Die Findungskommission wählt eine Person aus. Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst auf Vorschlag einer vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst einberufenen Findungskommission bestellt sie nach Anhörung des Senates bestellt. <sup>2</sup>Abweichend zur Rektorin oder zum Rektor. Abweichend von § 82 Abs. 7 87 Absatz 11 ist eine mehrmalige Wiederwahl möglich. <sup>3</sup>Der Die Rektorin oder der Rektor bestimmt das künstlerische Profil der Hochschule. <sup>4</sup>Er Sie oder er führt während ihrer oder seiner Amtszeit zusätzlich den Titel die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“.~~

(5) ~~<sup>1</sup>Die Die Prorektorinnen und Prorektoren können abweichend von § 89 Absatz 3 in Verbindung mit § 87 Absatz 11 mehrmals wiedergewählt werden.~~

~~(4)(6) Die Hochschule wird nicht in Fakultäten gegliedert. Die Grundordnung regelt, wer die nach diesem Gesetz der Fakultät, dem Fakultätsrat, der Dekanin, dem Dekan, der Studiendekanin, dem Studiendekan oder der Studienkommission zugewiesenen Aufgaben wahrnimmt. § 12 Absatz 7 Satz 4, § 88 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3, § 93 Absatz 1 Nummer 5 und § 94 Absatz 1 Satz 6 finden keine Anwendung.~~

~~(5)(7) Die Leiterin oder der Leiter der Mittelschule Oberschule gehört dem Senat mit beratender Stimme an.~~

## § 103 § 109

### Erweiterung der Autonomie, Stärkung der Flexibilisierung

(1) Die Grundordnung kann zur Erprobung neuer Organisationsformen in Studium und Lehre sowie von den §§ ~~59 60~~ bis ~~64 62~~ und ~~87 92~~ bis ~~94 96~~ abweichende Regelungen treffen, sofern die Mitwirkungsgrundsätze der Gruppenhochschule nach Artikel 5 ~~Abs. Absatz~~ 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet sind. Sie kann zudem abweichend von § 85 Absatz 2 Satz 6 und § 86 Absatz 1 Satz 4 weitere beratende Mitglieder sowie abweichend von § 88 Absatz 1 Satz 2 eine höhere Anzahl von Prorektorinnen und Prorektoren festlegen. Die Grundordnung einer Kunsthochschule kann auch die Zuständigkeiten des Fakultätsrates ganz oder teilweise dem Senat zuweisen. Die Grundordnung regelt die Befristung der Erprobung und deren Evaluierung. Nach der Erprobung kann die Grundordnung jeweils befristete Fortführungen anordnen. Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst kann in den Fällen der Sätze 1 und 2 die Genehmigung bis 5 Änderungen nach § 14 Absatz 2 Satz 2 auch aus fachlichen Gründen verlangen versagen. <sup>4</sup>Die Erprobung ist zu befristen und soll

(2) Das Rektorat kann im Einvernehmen mit dem Hochschulrat die Übernahme der Bewirtschaftung der selbst genutzten Liegenschaften beschließen. Die Umsetzung dieser Entscheidung erfolgt nach Abschluss einer Zielvereinbarung gemäß ~~§ 40 Abs. 11 Absatz 2~~ Satz 1 und 2 ~~Nr. Nummer~~ 1 bis 7 und frühestens nach Ablauf des Haushaltsjahres, in welchem das Staatsministerium für ~~Wissenschaft und Kunst~~ bestandskräftig festgestellt hat, dass die Hochschule die Anforderungen nach ~~§ 11 Abs. 12 Absatz 1~~ Satz 1 ~~und Abs. sowie Absatz 2~~ Satz 6 und 7 erfüllt. Die Umsetzung der Entscheidung nach Satz 1 ist in der Zielvereinbarung nach Satz 2 zu regeln.

(3) Das Rektorat kann im Einvernehmen mit dem Hochschulrat beschließen, dass die Hochschule für ihr nicht beamtetes Personal nicht mehr an den Stellenplan gebunden ist. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend. Der Hochschule werden die Mittel für ihr Personal als Globalbudget nach Maßgabe des Staatshaushaltsplans zur Verfügung gestellt.

## § 104

### Technische Universität Dresden

~~(1) <sup>1</sup>Der Senat kann frühestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beschließen, dass die Universität abweichend von § 78 Arbeitgeber für ihre, als Arbeitnehmer eingestellten akademischen und sonstigen Mitarbeiter nach § 50 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 4, die unter den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) fallen, sowie für ihre Auszubildenden und ihre wissenschaftlichen, künstlerischen und studentischen Hilfskräfte wird. <sup>2</sup>Der Beschluss bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Senates und der Zustimmung des Hochschulrates.~~

~~(2) Zum Ersten des übernächsten Monats nach Vorliegen des Beschlusses des Senates und der Zustimmung des Hochschulrates nach Absatz 1 Satz 2 tritt die Universität in die Rechte und Pflichten der zu diesem Zeitpunkt bestehenden Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse zwischen dem Freistaat Sachsen und den Beschäftigten nach Absatz 1 Satz 1 ein und nimmt deren Personalverwaltung abweichend von § 6 Abs. 2 als Selbstverwaltungsaufgabewahr.~~

~~(3) <sup>1</sup>Für die akademischen und sonstigen Mitarbeiter nach Absatz 1 Satz 1, mit Ausnahme der wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfskräfte, sowie für die Auszubildenden gelten die einschlägigen Tarifverträge für die Beschäftigten des Freistaates Sachsen in der jeweils geltenden Fassung, entsprechend. <sup>2</sup>Absatz 6 bleibt unberührt. <sup>3</sup>Abweichend von Satz 1 kann die Universität außertarifliche Zulagen gewähren.~~

~~(4) <sup>1</sup>Die beim Freistaat Sachsen oder einer Hochschule nach § 1 Abs. 1 in einem Beschäftigten- oder Ausbildungsverhältnis zurückgelegten Zeiten werden bei einer Einstellung an der Universität so angerechnet, als ob sie bei der Universität zurückgelegt worden wären. <sup>2</sup>Die an der Universität in einem~~

Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis zurückgelegten Zeiten werden bei einer Einstellung in den Landesdienst so angerechnet, als ob sie beim Freistaat Sachsen zurückgelegt worden wären.

(5) <sup>1</sup> Betriebsbedingte Kündigungen von Beschäftigten wegen der Übernahme der Arbeitgebereigenschaft sind ausgeschlossen. <sup>2</sup> Das Recht zur Kündigung aus anderen Gründen bleibt unberührt.

(6) <sup>1</sup> Frühestens nach Ablauf eines Jahres seit Eintritt in die Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse nach Absatz 2 Satz 1 kann der Senat mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder den Rektor ermächtigen, für die Universität einen Tarifvertrag abzuschließen. <sup>2</sup> Dabei ist die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit der Universität zu beachten. <sup>3</sup> Der Beschluss bedarf der Zustimmung des Hochschulrates.

(7) <sup>1</sup> Die Universität schafft unverzüglich nach dem Beschluss nach Absatz 1 Satz 1 die Voraussetzungen für den Abschluss einer Beteiligungsvereinbarung mit der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). <sup>2</sup> Kommt die Beteiligungsvereinbarung nicht zustande, stellt die Universität die rechtlichen Ansprüche der Beschäftigten nach Absatz 1 Satz 1 auf eine Zusatzversorgung sicher.

(8) <sup>1</sup> Das Staatsministerium der Finanzen regelt im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst durch Rechtsverordnung insbesondere das Verfahren und die technische Abwicklung der Entgeltzahlung sowie sonstiger Personalaufwendungen für die Beschäftigten nach

Absatz 1 Satz 1 und Angelegenheiten des Kassenwesens. <sup>2</sup> Bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung gelten die diesbezüglich bestehenden Regelungen so weiter, als ob die Beschäftigten nach Absatz 1 Satz 1 weiterhin Beschäftigte des Freistaates Sachsen wären. <sup>3</sup> Die Inanspruchnahme des Landesamtes für Steuern und Finanzen und anderer zuständiger Stellen des Freistaates durch die Universität erfolgt entsprechend § 61.

(9) <sup>1</sup> Bis zum Ablauf von 3 Jahren seit Eintritt in die Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse nach Absatz 2 Satz 1 legt das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst der Staatsregierung einen Evaluationsbericht über die Ergebnisse der Wahrnehmung der Arbeitgebereigenschaft durch die Universität im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 5 Abs. 2 und 3 vor.

<sup>2</sup> Spätestens 2 Jahre nach Vorlage des Evaluationsberichtes bringt die Staatsregierung einen Gesetzentwurf zur Fortführung oder Beendigung der Arbeitgebereigenschaft der Universität in den Landtag ein. <sup>3</sup> Sofern die Arbeitgebereigenschaft der Universität fortgeführt wird und die Universität keinen eigenen Tarifvertrag abgeschlossen hat, endet die Bindung an die Tarifverträge für die Beschäftigten des Freistaates Sachsen nach Absatz 3 Satz 1.

<sup>4</sup> Sofern die Arbeitgebereigenschaft der Universität nicht fortgeführt wird, gelten wieder die Tarifverträge für die Beschäftigten des Freistaates.

## § 105 § 110

### Staatliche Ausbildung in Theologie

(1) Verträge mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften bleiben unberührt.

(2) Für die wissenschaftlich-theologischen Ausbildungsgänge bleibt die Theologische Fakultät der Universität Leipzig erhalten. Vor der Neugründung oder Verlegung einer evangelischen Theologischen Fakultät holt das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ eine gutachtliche Stellungnahme der Evangelischen Landeskirchen im Freistaat Sachsen ein. An der Technischen Universität Dresden bleibt das Fach katholische Religion in Lehramtsstudiengängen und das Fach katholische Theologie erhalten.

(3) Die Einführung, wesentliche Änderung und Aufhebung von Studiengängen in evangelischer oder katholischer Theologie ~~sowie~~ in evangelischer oder katholischer Religionspädagogik sowie von Studiengängen, die zur Berechtigung zum Erteilen des evangelischen oder katholischen Religionsunterrichts führen, bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~. Die Ausbildung in den Fächern evangelische und katholische Religion im Lehramt sowie in evangelischer und katholischer Theologie entspricht der Lehre und den Grundsätzen der jeweiligen Kirche.

(4) Prüfungsordnungen nach § ~~34 Abs. 1 Satz 1~~ 35, Studienordnungen nach § ~~36 Abs. 1~~ 37, Promotionsordnungen nach § ~~40 Abs. 41 Absatz~~ 5 sowie Habilitationsordnungen nach § ~~41 Abs. 42 Absatz~~ 5 bedürfen der ~~Zustimmung~~ Einwilligung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~, soweit sie evangelische oder katholische Theologie oder evangelische oder katholische Religionspädagogik betreffen.

(5) Vor der Berufung von Professorinnen und Professoren, der Einstellung von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren ~~und~~, der Bestellung von Außerplanmäßigen Professorinnen und Professoren sowie von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren für evangelische oder katholische Theologie sowie für evangelische oder katholische Religionspädagogik ist das Einvernehmen mit dem Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ herzustellen. Dies gilt entsprechend für Entscheidungen nach § ~~59 Abs. 60 Absatz~~ 1 Satz 1 und 4, § 60 Abs. sowie § 61 Absatz 3 Satz 2 und 8, Abs. sowie Absatz 4 Satz 8 und 9.

(6) Stellt die Hochschule entsprechend ~~den Kirchenverträgen dem jeweiligen Kirchenvertrag~~ bestandskräftig ~~festgestellt~~ fest, dass eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer die Voraussetzungen für ihre oder seine Lehrtätigkeit nicht mehr erfüllt, so hat ~~die Hochschule sie~~ nach Aufforderung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ ihre oder seine Lehrtätigkeit in Fachgebieten der evangelischen oder katholischen Theologie und der evangelischen oder katholischen Religionspädagogik zu unterbinden.

(7) In den Fällen der Absätze 2 bis 6 stellt das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ das Einvernehmen mit der jeweiligen Kirche her.

## Teil 9

### Staatlich anerkannte Hochschulen sowie Hochschulniederlassungen und studiengangsbegleitende Kooperationen

#### § 111

#### **Anerkennung von Hochschulen**

#### **§ 106**

#### **Voraussetzungen für die Anerkennung von Hochschulen**

(1) ~~Einrichtungen des Bildungswesens, die keine Hochschulen nach § 1 Abs. 1 sind, können auf schriftlichen Antrag vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst als Hochschulen staatlich anerkannt werden, wenn die Einrichtung einschließlich ihres Studienangebotes auf ihren Antrag von einer vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst bestimmten Stelle akkreditiert worden ist und nachgewiesen wird, dass~~

- ~~1.—Aufgaben nach § 5 wahrgenommen werden,~~
- ~~2.—das Studium die Studenten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereitet und ihnen die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden dem jeweiligen Studiengang entsprechend so vermittelt, dass sie zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt werden,~~
- ~~3.—eine Mehrzahl von nebeneinander bestehenden und aufeinander folgenden Studiengängen an der Einrichtung allein oder im Verbund mit anderen Einrichtungen des Bildungswesens vorhanden oder im Rahmen einer Ausbauplanung vorgesehen ist; dies gilt nicht, wenn die wissenschaftliche Entwicklung oder das entsprechende berufliche Tätigkeitsfeld mehrere Studiengänge nicht erfordert,~~
- ~~4.—Studienbewerber nur immatrikuliert werden, wenn sie die Voraussetzungen für die Aufnahme in eine Hochschule nach § 1 Abs. 1 erfüllen, die an der Einrichtung Beschäftigten und Studenten an der Gestaltung des Studiums in sinngemäßer Anwendung der für staatliche Hochschulen geltenden Grundsätze mitwirken und~~
- ~~5.—die finanziellen Verhältnisse des Trägers den Bestand der Einrichtung auf Dauer erwarten lassen.~~

~~(2) Für kirchliche Einrichtungen des Bildungswesens können Ausnahmen von der in Absatz 1 Nr. 3 genannten Voraussetzung zugelassen werden, wenn gewährleistet ist, dass das Studium in anderer Weise dem Studium an einer staatlichen Hochschule gleichwertig ist.~~

~~(3) In dem Anerkennungsbescheid sind insbesondere die~~

- ~~1.—Bezeichnung der Hochschule,~~
- ~~2.—angebotenen Studiengänge,~~
- ~~3.—abzunehmenden Prüfungen und~~
- ~~4.—zu verleihenden Grade~~

~~festzulegen.~~

~~(4) Die Anerkennung kann befristet erteilt und mit Auflagen versehen werden, die der Erfüllung der Voraussetzungen nach Absatz 1 dienen.~~

~~(5) <sup>1</sup>Niederlassungen aus anderen Bundesländern oder Mitgliedstaaten der Europäischen Union dürfen betrieben werden, soweit sie ihre in einem anderen Bundesland oder im Herkunftsstaat anerkannte Ausbildung im Geltungsbereich dieses Gesetzes anbieten und ihre im Herkunftsstaat anerkannten Grade verleihen. <sup>2</sup>Die Hochschule legt die hierzu erforderlichen Nachweise vor. <sup>3</sup>Die Aufnahme des Betriebes der Niederlassung bedarf der Genehmigung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst.~~

~~(6) <sup>1</sup>Private Bildungseinrichtungen, die von den in § 1 Abs. 1 Nr. 1 genannten Hochschulen als An-Institut anerkannt sind, können als Hochschule staatlich~~

~~anerkannt werden, ohne dass sie von einer vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst bestimmten Stelle akkreditiert worden sind.<sup>2</sup>Die Voraussetzungen von Absatz 1 Nr. 1, 5 und 6 müssen nicht vorliegen.<sup>3</sup>Die überwiegende Anzahl der Lehrenden muss die Einstellungsbedingungen erfüllen, die für eine entsprechende Tätigkeit an staatlichen Hochschulen gefordert werden.<sup>4</sup>Die Studiengänge sind vor der staatlichen Anerkennung als Hochschule von einer vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst bestimmten Stelle zu akkreditieren.~~

(1) Der Betrieb einer nichtstaatlichen Hochschule bedarf der staatlichen Anerkennung. Das Staatsministerium kann auf schriftlichen Antrag eine Bildungseinrichtung, die nicht in der Trägerschaft des Freistaates Sachsen steht, einschließlich ihrer Studiengänge als Hochschule staatlich anerkennen, wenn das nach § 112 Absatz 1 Satz 1 oder 2 erforderliche Gutachten vorliegt und die Kriterien nach den Absätzen 3 bis 5 erfüllt sind.

(2) Träger der staatlich anerkannten Hochschule ist, wem das Handeln der Hochschule rechtlich zuzurechnen ist. Betreiber der staatlich anerkannten Hochschule ist die natürliche oder juristische Person, die den Träger maßgeblich bestimmt.

(3) Die staatlich anerkannte Hochschule gewährleistet Lehre, Studium und Forschung oder Kunstausübung auf Hochschulniveau nach Maßgabe dieses Gesetzes. Dazu gehört insbesondere, dass ausschließlich

1. solche Bewerberinnen und Bewerber zum Studium zugelassen werden, die die Voraussetzungen nach § 18 erfüllen,
2. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer beschäftigt werden, die die Berufungsvoraussetzungen nach § 59 oder § 64 erfüllen und in einem transparenten, wissenschaftlichen Standards entsprechenden Verfahren unter maßgeblicher Mitwirkung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern ausgewählt worden sind,
3. akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt werden, die die Einstellungsbedingungen erfüllen, die für eine entsprechende Tätigkeit an staatlichen Hochschulen gefordert werden, und
4. Bachelor- und Masterstudiengänge angeboten werden, die auf der Grundlage des Studienakkreditierungsstaatsvertrages qualitätsgesichert worden sind.

(4) Die staatlich anerkannte Hochschule hat nach Maßgabe dieses Gesetzes sicherzustellen, dass

1. Betreiber, Träger und Hochschule unter Trennung ihrer Aufgabenbereiche einen gegenseitigen Interessenausgleich verbindlich absichern; die Rechte eines bekenntnisgebundenen Trägers sind zu berücksichtigen,
2. Personen nicht gleichzeitig Funktionen in der akademischen Selbstverwaltung und bei dem Betreiber wahrnehmen,
3. die Zuständigkeiten der Organe der Hochschule transparent und eindeutig geregelt sind,
4. die Organe der Hochschule im akademischen Kernbereich von Lehre und Forschung oder Kunstausübung in der Lage sind, ohne Mitwirkung des Betreibers oder seiner Vertreterinnen und Vertreter zu beraten und zu beschließen,

5. die Mitglieder der Organe der Hochschule in freier, geheimer und gleicher Wahl für einen angemessenen Zeitraum gewählt werden; die Kanzlerin oder der Kanzler oder eine mit entsprechenden Aufgaben betraute Person kann vom Träger bestellt werden,
6. eine akademische Selbstverwaltung besteht, in der Lehre und Forschung oder Kunstausübung unter angemessener Berücksichtigung der Interessen der Mitglieder eigenverantwortlich organisiert und geregelt werden, sowie
7. die rechtliche Stellung der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, insbesondere die eigenverantwortliche Ausübung von Lehre und Forschung oder Kunst, gesichert ist.

(5) Der Träger hat die personelle, sächliche und finanzielle Mindestausstattung sicherzustellen, die zur Wahrnehmung der Aufgaben nach Absatz 3 erforderlich ist. Dazu gehört insbesondere

1. eine Anzahl von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern, die eine angemessene Erfüllung der Aufgaben der Hochschule ermöglicht,
2. ein zur Erbringung der Lehre angemessener Anteil von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern, die mit einem mindestens hälftigen Anteil ihrer Arbeitskraft an der Hochschule beschäftigt sind, sowie von akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,
3. eine Größe der Hochschule, die wissenschaftlichen oder künstlerischen Diskurs ermöglicht, sowie
4. eine nach den strukturellen Rahmenbedingungen und der Mindestausstattung der Hochschule angemessene und auf Dauer angelegte Gestaltung und Durchführung des Lehr- und Studienbetriebes, der Forschung oder Kunstausübung sowie der Verwaltung, einschließlich des ausreichenden Zugangs zu fachbezogenen Medien.

Der Träger muss Vorkehrungen nachweisen, mit denen sichergestellt wird, dass den Studentinnen und Studenten die Möglichkeit zum Abschluss ihres Studiums eingeräumt werden kann.

(6) Das Staatsministerium kann einer staatlich anerkannten Hochschule das Promotionsrecht verleihen, wenn das Gutachten nach § 112 Absatz 1 Satz 4 vorliegt und

1. die Hochschule auf der Grundlage von Forschungsschwerpunkten ein erkennbares wissenschaftliches Profil entwickelt hat, das an andere Hochschulen anschlussfähig ist,
2. die an der Hochschule erbrachten Forschungsleistungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie die Forschungsbasierung der Studiengänge den für promotionsberechtigten staatlichen Hochschulen geltenden Maßstäben entsprechen und
3. die Hochschule ein geregeltes, transparentes Promotionsverfahren entwickelt hat.

(7) Das Staatsministerium kann einer staatlich anerkannten Hochschule mit Promotionsrecht das Habilitationsrecht verleihen, wenn das Gutachten nach § 112 Absatz 1 Satz 5 in Verbindung mit Satz 4 vorliegt und die Hochschule sicherstellen kann, dass mit der Habilitation die wissenschaftliche und pädagogische Eignung zu einer Professorin oder einem Professor in einem bestimmten Fachgebiet an Universitäten festgestellt werden kann.



## § 112

### Akkreditierungsverfahren

(1) Das Staatsministerium hat vor der Entscheidung über die staatliche Anerkennung ein Gutachten einer für die Akkreditierung von Hochschulen geeigneten Einrichtung (Akkreditierungseinrichtung) einzuholen, in dem das eingereichte Konzept für die geplante Hochschule nach den Kriterien von § 111 Absatz 3 bis 5 bewertet wird. Das Staatsministerium soll in regelmäßigen Abständen weitere Gutachten einer Akkreditierungseinrichtung einholen, mit der das Vorliegen der Kriterien bei der staatlich anerkannten Hochschule überprüft wird. Dies gilt auch für unbefristet staatlich anerkannte Hochschulen. Das Staatsministerium hat vor der Verleihung des Promotionsrechtes ein Gutachten einer Akkreditierungseinrichtung einzuholen, mit dem das Vorliegen der Kriterien nach § 111 Absatz 6 überprüft wird. Gleiches gilt für die Verleihung des Habilitationsrechtes nach § 111 Absatz 7.

(2) Das Staatsministerium holt die Gutachten nach Anhörung des Trägers ein. Die Akkreditierungseinrichtung setzt eine Gutachterkommission ein. Diese muss mehrheitlich mit Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern besetzt sein, die unabhängig und für die Ausrichtung der geplanten oder staatlich anerkannten Hochschule überwiegend fachlich qualifiziert sind. In der Gutachterkommission muss mindestens eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer einer staatlich anerkannten Hochschule und eine Studentin oder ein Student vertreten sein. Die Akkreditierungseinrichtung gibt der Bildungseinrichtung oder staatlich anerkannten Hochschule, dem Träger, dem Betreiber und dem Staatsministerium vor der abschließenden Entscheidung über die Akkreditierung Gelegenheit, zum Gutachten Stellung zu nehmen. Für Streitfälle richtet sie eine interne Beschwerdestelle ein, die mit drei unabhängigen Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern besetzt ist. Sie regelt das Verfahren einschließlich der einzuhaltenden Fristen. Ihre abschließende Entscheidung über die Akkreditierung setzt die Zustimmung eines mehrheitlich mit unabhängigen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern besetzten Gremiums der Akkreditierungseinrichtung voraus. In den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 bis 5 ist der wesentliche Inhalt des Gutachtens zu veröffentlichen.

(3) Die Akkreditierungseinrichtung berichtet in den Gutachten dem Staatsministerium, ob die Kriterien für die beantragte Hochschule im Wesentlichen erfüllt werden. Sie benennt hinreichend bestimmt die Tatsachen oder Erwägungen, aufgrund derer die Kriterien nicht oder nur eingeschränkt erfüllt werden. Sie kann die Akkreditierung oder Reakkreditierung von der Behebung von Mängeln innerhalb angemessener Fristen abhängig machen. Akkreditierungen und Reakkreditierungen werden in der Regel für fünf Jahre erteilt.

(4) Das Staatsministerium macht die Durchführung eines Akkreditierungsverfahrens in der Regel von einer Vorausleistung auf die Verwaltungskosten abhängig.

## § 113

### **Folgen der Anerkennung**

(1) Das an einer staatlich anerkannten Hochschule abgeschlossene Studium ist ein abgeschlossenes Studium im Sinne dieses Gesetzes. Die Hochschulprüfungen und Hochschulgrade verleihen die gleichen Rechte wie die Hochschulprüfungen und Hochschulgrade an Hochschulen nach § 1 ~~Abs.~~Absatz 1.

(2) Die Einstellung von Lehrenden und wesentliche Änderungen der mit ihnen abgeschlossenen Verträge sind dem Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ anzuzeigen.

(3) Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ kann dem Träger der staatlich anerkannten Hochschule gestatten, hauptberuflich Lehrenden bei Vorliegen der Voraussetzungen, die für entsprechende Tätigkeiten an staatlichen Hochschulen gefordert werden, für die Dauer ihrer Tätigkeit an der Hochschule die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ zu verleihen. ~~2Mit Genehmigung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst kann diese Bezeichnung auch nach dem Ausscheiden aus, wenn sie in einem Berufungsverfahren berufen wurden. Es kann~~ der Hochschule weitergeführt werden. ~~3Die Befugnis die Gestattung~~ zur Führung der ~~Bezeichnungen soll widerrufen werden, wenn sich~~ Bezeichnung übertragen. § 70 Absatz 5 gilt entsprechend; das ~~frühere Mitglied des Lehrkörpers ihrer als nicht würdig erweist~~ Staatsministerium ist nach Anhörung der Hochschule zum Entzug der Berechtigung befugt.

(4) Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ kann dem Träger einer staatlich anerkannten Hochschule, die über das Promotionsrecht verfügt, gestatten, den nebenberuflich Lehrenden für die Dauer ihrer nebenberuflichen Lehrtätigkeit die Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ zu verleihen. ~~2§ 65 Abs. § 66 Absatz 2~~ und 3 gilt entsprechend.

(5) Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ ist befugt, den Fortbestand der Anerkennungsvoraussetzungen ~~regelmäßig~~ zu überprüfen sowie Beauftragte zu den Hochschulprüfungen zu entsenden.

(6) Auf Antrag ist eine staatlich anerkannte Hochschule in die zentrale Vergabe von Studienplätzen einzubeziehen.

(7) Anerkannte Hochschulen unterstehen der Rechtsaufsicht des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft. Die Hochschulträger~~ und ~~Kunst. 2Ihre Träger und~~ Leitungen sind verpflichtet, dem Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ alle Auskünfte zu erteilen und alle Unterlagen vorzulegen, die zur Durchführung der Aufsicht erforderlich sind. Wesentliche Änderungen der Studiengänge sind ~~dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst~~ ihm unverzüglich anzuzeigen und bedürfen ~~der seiner~~ Genehmigung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst.

(8) Anerkannte Hochschulen haben nach Maßgabe der Anerkennung das Recht, Hochschulprüfungen abzunehmen, Hochschulgrade zu verleihen sowie Promotionen und Habilitationen durchzuführen.

## ~~§ 108~~ § 114

### **Verlust der Anerkennung**

(1) Die staatliche Anerkennung erlischt, wenn die Hochschule

1. nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntgabe des Anerkennungsbescheides den Studienbetrieb aufnimmt,
2. ohne Zustimmung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ länger als ein Jahr nicht betrieben worden ist oder
3. den Studienbetrieb endgültig eingestellt hat.

Die Fristen gemäß Satz 1 können vom Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ angemessen verlängert werden.

(2) Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst hebt die Anerkennung auf, wenn die Voraussetzungen zur Anerkennung der Hochschule nicht gegeben waren, später wegfallen oder Auflagen zur Erfüllung der Anerkennungsvoraussetzungen nach § 106 Abs. 4 nicht erfüllt wurden worden sind und einem Mangel trotz Beanstandung innerhalb einer bestimmten Frist nicht abgeholfen wurde.

(3) Im Falle Fall des Erlöschens, der Rücknahme oder des Widerrufs der staatlichen Anerkennung ist der Träger verpflichtet, den Studentinnen und Studenten die Möglichkeit zum Abschluss ihres Studiums einzuräumen.

## § 115

### Genehmigung von Hochschulniederlassungen

(1) Der Betrieb der Niederlassung einer Hochschule bedarf der Genehmigung.

(2) Das Staatsministerium genehmigt den Betrieb der Niederlassung einer staatlich anerkannten Hochschule mit Sitz in einem anderen Land in der Bundesrepublik Deutschland, wenn nach dem Recht des Herkunftslandes gesichert ist, dass

1. die Niederlassung ausschließlich ihre anerkannte Ausbildung durchführt,
2. die Hochschule ausschließlich ihre anerkannten Hochschulgrade verleiht,
3. die Tätigkeit der Niederlassung rechtmäßig ist und
4. die Qualitätssicherung gewährleistet ist.

Der Träger der Hochschule hat drei Monate vor Studienbeginn einen schriftlichen Antrag zu stellen, mit dem er die erforderlichen Nachweise vorlegt.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend für Niederlassungen von staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen mit Sitz in einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraumes, soweit die Qualitätssicherung nach allgemein anerkannten Standards erfolgt.

## § 116

### Genehmigung von studiengangsbezogenen Kooperationen

(1) Für die Durchführung von studiengangsbezogenen Kooperationen bedarf es der Genehmigung, sofern die staatlich anerkannte Hochschule ihren Sitz nicht im Freistaat Sachsen hat. Der Antrag der nichthochschulischen Bildungseinrichtung auf Genehmigung ist mit den erforderlichen Nachweisen und einer Garantieerklärung der Hochschule zum Vorliegen der Voraussetzungen nach Absatz 2 spätestens drei Monate vor Studienbeginn schriftlich beim Staatsministerium zu stellen.

(2) Das Staatsministerium kann die studiengangsbezogene Kooperation genehmigen, wenn nach dem Recht des Herkunftslandes gesichert ist, dass

1. ausschließlich Studienbewerberinnen und Studienbewerber aufgenommen werden, die die Voraussetzungen für den Zugang zum Studium an der Hochschule erfüllen,
2. die Qualität der Studiengänge sowie die Prüfungen unter der Verantwortung und Kontrolle der Hochschule stehen und

3. die Hochschule ihre anerkannten Hochschulgrade verleiht sowie

4. die Studiengänge auf der Grundlage des Studienakkreditierungsstaatsvertrages oder nach gleichwertigen Vorschriften vor Studienbeginn qualitätsgesichert sind.

(3) Die nichthochschulische Bildungseinrichtung hat bei im Zusammenhang mit der studiengangsbezogenen Kooperation stehenden Handlungen über Namen und Sitz der gradverleihenden Hochschule zu informieren.

(4) Das Staatsministerium kann eine studiengangsbezogene Kooperation untersagen, die ohne Genehmigung aufgenommen wurde, deren Genehmigung nicht mehr wirksam ist oder bei der die Verpflichtung nach Absatz 3 wiederholt verletzt wurde.

## Teil 10

### Studentenwerke

#### ~~§ 109~~ § 117

#### **Errichtung, Rechtsstellung, Aufgaben und Zuordnung**

(1) Es bestehen folgende Studentenwerke:

1. das Studentenwerk Chemnitz-Zwickau mit Sitz in Chemnitz,
2. das Studentenwerk Dresden mit Sitz in Dresden,
3. das Studentenwerk Freiberg mit Sitz in Freiberg,
4. das Studentenwerk Leipzig mit Sitz in Leipzig.

(2) Die Studentenwerke sind rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze. Sie sind gemeinnützig tätig und unterstehen in Selbstverwaltungsangelegenheiten der Rechtsaufsicht, in staatlichen Angelegenheiten der Fachaufsicht des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~. Für die Wahrnehmung der Aufsicht gilt § 7 entsprechend.

(3) Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ regelt die Zuordnung der Hochschulen und Staatlichen Studienakademien zu den Studentenwerken durch Rechtsverordnung. Ein Studentenwerk kann durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit einer Einrichtung, die Aufgaben wahrnimmt nach dem Sächsischen Schulgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648), das zuletzt durch Artikel ~~14 17~~ des Gesetzes vom ~~14. Dezember 2018~~ 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. ~~782 578~~) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, ~~wahrnimmt~~, Aufgaben übernehmen. Die Vereinbarung bestimmt die gegenseitigen Rechte und Pflichten; sie bedarf der Genehmigung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~.

(4) Aufgabe der Studentenwerke ist die soziale, wirtschaftliche, gesundheitliche und kulturelle Betreuung und Förderung der Studentinnen und Studenten, insbesondere durch den Betrieb von Studentenwohnheimen und Verpflegungseinrichtungen. Die Studentenwerke berücksichtigen im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit die besonderen Be-

dürfnisse von Studentinnen und Studenten mit Kindern, ~~behinderten~~Studentinnen und Studenten ~~und mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten sowie~~ ausländischen Studentinnen und Studenten und fördern die Vereinbarkeit von Studium und Familie.

(5) Den Studentenwerken obliegt die staatliche Ausbildungsförderung. Das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ kann ihnen den Vollzug der Bewilligung von Stipendien aus Mitteln des Freistaates Sachsen als staatliche Aufgabe übertragen.

(6) Zur Erfüllung der Aufgaben nach den Absätzen 4 und 5 übermitteln die Hochschulen den jeweils örtlich zuständigen Studentenwerken auf Anforderung Namen und Matrikelnummer der Studentinnen und Studenten und erteilen Auskunft, ob diese immatrikuliert, exmatrikuliert, rückgemeldet oder beurlaubt sind. Die Studentenwerke dürfen die übermittelten Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach den Absätzen 4 und 5 verarbeiten.

(7) Die Studentenwerke können mit Genehmigung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ weitere Aufgaben übernehmen, wie die Kantinenversorgung von Landesbediensteten, Schülerinnen und Schülern sowie den Betrieb von Kindertagesstätten für die Hochschulen, übernehmen, soweit dies wirtschaftlich zweckmäßig und die Finanzierung gesichert ist.

(8) Die Studentenwerke können zur Erfüllung ihrer Aufgaben zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit wird durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung geregelt.<sup>4</sup>

## § 118

### Ordnungen

(1) Das Studentenwerk regelt seine inneren Angelegenheiten durch Ordnung, insbesondere Näheres zu seinen Aufgaben und seiner Organisation, zur Bestellung des Verwaltungsrates nach § ~~111 Abs.~~ 119 Absatz 2 sowie zur Bekanntgabe der Beschlüsse seiner Organe. Die Ordnung bedarf der Genehmigung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~, die nur aus Rechtsgründen versagt werden darf. Sie ist bekannt zu geben.

(2) Das Studentenwerk erhebt von den Studentinnen und Studenten der ihm zugeordneten Hochschulen und Staatlichen Studienakademien einen Beitrag für die Möglichkeit der Inanspruchnahme seiner Dienstleistungen nach Maßgabe einer Beitragsordnung. Diese bestimmt dessen Höhe und Zweckbindung. Sie kann bestimmen, dass für Dienstleistungen, die nicht allen Studentinnen und Studenten zur Verfügung stehen, von den Studentinnen und Studenten einzelner Einrichtungen oder einzelner Standorte zusätzlich ein zweckgebundener Beitrag erhoben wird, und dessen Höhe festlegen. Studentinnen und Studenten, die gleichzeitig eine allgemein bildende Schule besuchen, können nach Maßgabe der Beitragsordnung ganz oder teilweise von der Beitragspflicht befreit werden. Beurlaubte Studentinnen und Studenten, Fern- oder Weiterbildungsstudentinnen und Fern- oder Weiterbildungsstudenten können von der Beitragspflicht ganz oder teilweise befreit werden, soweit sie keine Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Der Beitrag ist für jedes Semester vor der Immatrikulation oder der Rückmeldung zu entrichten; er wird von der Hochschule, der Staatlichen Studienakademie, der Einrichtung nach § ~~109 Abs.~~ 117 Absatz 3 Satz 2 oder der sonst zuständigen Kasse unentgeltlich eingezogen.

(3) Das Studentenwerk kann weitere Ordnungen, insbesondere für die Nutzung seiner Einrichtungen, erlassen.

## Organe

(1) Organe des Studentenwerkes sind der Verwaltungsrat und die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer.

(2) Der Verwaltungsrat besteht aus bis zu 12 Mitgliedern zu bestehen, von denen höchstens 2 keiner Einrichtung nach ~~§ 109 Abs.~~ § 117 Absatz 3 Satz 1 angehören. ~~2~~ Mindestens die Hälfte der Mitglieder gehört der Gruppe der Studentinnen und Studenten ~~an~~ angehören, bis zu 2 Mitglieder sollen Vertreterinnen oder Vertreter der Kommunalverwaltung oder Vertreterinnen oder Vertreter von Wirtschaftsunternehmen in den Kommunen sein, in denen eine Einrichtung nach ~~§ 109 Abs.~~ 117 Absatz 3 Satz 1 ihren Sitz hat. Mindestens eine Kanzlerin oder ein Kanzler der zugeordneten Hochschulen, eine Vertreterin oder ein Vertreter des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ sowie die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer und eine Vertreterin oder ein Vertreter der Beschäftigten des Studentenwerkes gehören dem Verwaltungsrat mit beratender Stimme ~~an~~ anzugehören. Näheres bestimmt die Ordnung nach ~~§ 110 Abs.~~ 118 Absatz 1. Sie kann bestimmen, dass dem Verwaltungsrat weitere Mitglieder mit beratender Stimme angehören.

(3) Der Verwaltungsrat hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beschlussfassung über die Ordnungen,
2. Erlass der Ordnungen über die Benutzung der vom Studentenwerk betriebenen Einrichtungen,
3. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes,
4. Zustimmung zu Gründung, Erwerb und zur Veräußerung von Unternehmen oder zur Beteiligung an Unternehmen ~~analog § 65 Abs. 1~~, entsprechend § 65 Absatz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung,
5. Zustimmung zu Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie zur Aufnahme von Krediten für Investitionen, zur Gewährung von Darlehen und zur Übernahme von Bürgschaften,
6. Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses,
7. Entlastung der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers,
8. Wahl einer oder eines Vorsitzenden,
9. Erörterung des Jahresberichtes der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers,
10. Zustimmung zu den Rahmenregelungen für die Vergabe von Sozialdarlehen an bedürftige Studentinnen und Studenten; die Gewährung bedarf keiner Zustimmung.

Die Beschlüsse nach Satz 1 ~~Nr.-Nummer 4, 5~~ und ~~5 10~~ bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums ~~der Finanzen~~ und des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ der Finanzen. Die Beschlüsse nach Satz 1 ~~Nr.-Nummer 3, 6 und 7~~ bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~.

(4) Der Beschluss über die Ordnung nach ~~§ 110 Abs.~~ 118 Absatz 1 bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder.

(5) Der Verwaltungsrat beschließt über die Bestellung und die Entlassung der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers. Der Beschluss bedarf der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder. ~~3~~Seine-Ihre oder seine Bestellung und Entlassung durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden und ihr oder sein Dienstvertrag bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~. Für die Regelung des Beschäftigungsverhältnisses ist die Einwilligung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ und des Staatsministeriums der Finanzen erforderlich. Die Verhandlungen über den Dienstvertrag führt eine Kanzlerin oder ein Kanzler als Mitglied des Verwaltungsrates nach Absatz 2 Satz 3. Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer vertritt das Studentenwerk gerichtlich und außergerichtlich und führt seinedessen Geschäfte.

## § 120

### Wirtschaftsführung

(1) Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Studentenwerke richten sich nach kaufmännischen Grundsätzen. Für die Buchführung und das Rechnungswesen gelten die Vorschriften des Handelsgesetzbuches entsprechend. Die nach Maßgabe des Staatshaushaltsplanes bereitgestellten Mittel werden den Studentenwerken als Zuschüsse für den laufenden Betrieb und für Investitionen zur Verfügung gestellt. Die Studentenwerke können für zukünftige Investitionen Rücklagen bilden. Das Nähere, insbesondere von der Sächsischen Haushaltsordnung und dem Handelsgesetzbuch abweichende Regelungen, regelt das Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung. Diese bestimmt Näheres über die Gewährung von Zuweisungen nach Maßgabe des Staatshaushaltsplanes, die Rücklagenbildung, die Aufstellung von Wirtschaftsplänen und Jahresabschlüssen sowie das Rechnungswesen. Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit und das Prüfungsrecht des Rechnungshofes bleiben davon unberührt. Die Staatsregierung kann in einer Vereinbarung mit den Studentenwerken die insgesamt auf die Studentenwerke entfallende Höhe der Zuschüsse für mehrere Jahre festlegen.

(2) Innerhalb von ~~6~~sechs Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres legt das Studentenwerk dem Staatsministerium ~~für Wissenschaft und Kunst~~ den von einem öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfer geprüften Jahresabschluss vor.

~~(2)~~(3) Das Staatsministerium entscheidet über die Genehmigung des Wirtschaftsplanes und gibt den genehmigten Wirtschaftsplan ~~und dersowie den~~ Jahresabschluss mit Prüfbericht ~~werden~~ dem Staatsministerium der Finanzen zur Kenntnis ~~gegeben~~.

~~(3)~~(4) Es gelten die Bestimmungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Freistaates Sachsen, sofern die Studentenwerke nicht mit Zustimmung des Staatsministeriums ~~für Wissenschaft und Kunst~~ und des Staatsministeriums der Finanzen vom Tarifrecht des Freistaates Sachsen abweichende Vereinbarungen mit ihren Bediensteten treffen.

~~(4)~~(5) Die Studentenwerke dürfen zur Finanzierung ihrer laufenden Ausgaben Kassenverstärkungskredite aufnehmen, die 10 Prozent der im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Erträge nicht überschreiten dürfen und jeweils zum Jahresende ausgeglichen werden müssen.

(6) Die Studentenwerke bauen selbst. In Einzelfällen kann die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer mit Zustimmung des Verwaltungsrates den Staatsbetrieb Sächsisches Bau- und Immobilienmanagement mit Baumaßnahmen beauftragen, wenn das Staatsministerium und das Staatsministerium der Finanzen eingewilligt haben.

Schlussbestimmungen

~~§ 113~~ § 121

**Namenschutz, Ordnungswidrigkeiten**

(1) Die Bezeichnung „Hochschule“, „Universität“, „Kunsthochschule“, „Fachhochschule“ oder „Hochschule für angewandte Wissenschaften“ ~~allein oder~~ in einer Wortverbindung ~~sowie ihre entsprechende~~ oder als Abkürzung darf einschließlich ihrer entsprechenden Übersetzung ~~darf~~ nur von ~~Bildungseinrichtung~~ einer Bildungseinrichtung geführt werden, die nach dem Recht des Herkunftslandes ~~als Hochschule, Universität, Kunsthochschule oder Fachhochschule einschließlich ihrer Studiengänge anerkannt sind.~~ <sup>2</sup>Ein mit der entsprechenden Bezeichnung anerkannt ist; die Führung der Bezeichnung „Volkshochschule“ ist davon ausgenommen. Eine auf eine Hochschule, Universität, Kunsthochschule, Fachhochschule oder Fachhochschule Hochschule für angewandte Wissenschaften hinweisende Bezeichnung darf nur mit ihrer Zustimmung dieser Hochschule, Universität, Kunsthochschule oder Fachhochschule geführt werden. Das Staatsministerium untersagt die Führung einer unzulässigen Bezeichnung nach Satz 1 oder 2.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer

1. eine nach Absatz 1 unzulässige Bezeichnung führt oder eine Bezeichnung führt, die die Gefahr einer Verwechslung mit einer der Bezeichnungen nach Absatz 1 begründet,
2. eine Hochschule ohne staatliche Anerkennung nach ~~§ 106 Abs. 1~~ 111 Absatz 1, 6 oder 7 betreibt,
3. einen Studiengang ohne seine Anerkennung nach ~~§ 106 Abs. 3 Nr. 2~~ 111 Absatz 1 oder Genehmigung nach ~~§ 107 Abs. 1~~ 113 Absatz 7 Satz 2 ändert oder 3 anbietet oder ändert,
4. ~~Hochschulprüfungen~~ ohne ~~ihre Anerkennung~~ Genehmigung nach ~~§ 106 Abs. 3 Nr. 3~~ abnimmt, entgegen § 106 Abs. 5 115 eine Niederlassung einer Hochschule betreibt, die oder Studiengänge anbietet oder durchführt, auf die sich die Genehmigung nach § 115 nicht bezieht,
5. entgegen § 115 eine Niederlassung betreibt, deren Hochschule nach dem Recht des Herkunftslandes nicht als ~~Universität, Kunsthochschule, Hochschule oder Fachhochschule~~ staatlich anerkannt ist, oder Studiengänge an der Niederlassung anbietet oder durchführt, auf die sich die staatliche ~~Genehmigung~~ Anerkennung des Herkunftslandes nicht erstreckt,
6. entgegen den §§ 39 und 44 § 116 Absatz 1 und 2 eine studiengangsbezogene Kooperation ohne Genehmigung anbietet oder durchführt,
7. entgegen § 116 Absatz 3 nicht über den Namen und Sitz der gradverleihenden Hochschule informiert oder den Anschein erweckt, selbst eine Hochschule zu sein,
- 6-8. ohne nach den §§ 40, 41 Absatz 7 und 9 sowie § 45 oder sonstigen Rechtsvorschriften ermächtigt zu sein, deutsch- oder fremdsprachige Grade Hochschulgrade oder diesen zum Verwechseln ähnliche Grade führt, solche Grade verleiht oder anbietet, den Erwerb solcher Grade zu vermitteln; Gleiches gilt für Ehrengrade, Titel und Tätigkeitsbezeichnungen nach den §§ 45 und 41 Absatz 8 oder entsprechenden hochschulrechtlichen Vorschriften.



Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 125 000 ~~EUR~~Euro geahndet werden.

## ~~§ 114~~ § 122

### **Übergangsbestimmungen**

(1) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen gemäß § 53 Absatz 4 des Sächsischen Hochschulerneuerungsgesetzes vom 25. Juli 1991 (SächsGVBl. S. 261), das zuletzt durch § 162 Absatz 1 des Gesetzes vom 4. August 1993 (SächsGVBl. S. 691, 722) geändert worden ist, die Bezeichnung einer Außerplanmäßigen Professorin, eines Außerplanmäßigen Professors, einer Außerplanmäßigen Hochschuldozentin oder eines Außerplanmäßigen Hochschuldozenten verliehen worden ist, gelten, sofern sie Mitglieder der Hochschule sind, hinsichtlich ihrer mitgliedschaftsrechtlichen Stellung als Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nach § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1. Ihre dienstrechtliche Stellung nach Teil 6 dieses Gesetzes bleibt unberührt.

(2) Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wissenschaftliche und künstlerische Assistentinnen und Assistenten, Oberassistentinnen und Oberassistenten, Oberingenieurinnen und Oberingenieure sowie Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten, die sich bei Inkrafttreten dieses Gesetzes in einem unbefristeten und ungekündigten Beschäftigungsverhältnis befinden, verbleiben in ihren bisherigen Beschäftigungsverhältnissen. Ihre mitgliedschaftsrechtliche Stellung bleibt unberührt. Für die Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten gilt § 68 Absatz 1 sowie Absatz 2 Satz 1 und 2 entsprechend. Der Grad „Doktor der Wissenschaften“ (Dr. sc.) kann, sofern er nicht umgewandelt wurde, weiterhin geführt werden. Er entspricht den Berufungsvoraussetzungen des § 59 Absatz 2.

(3) Die am Internationalen Hochschulinstitut Zittau geltenden Studien- und Prüfungsordnungen gelten bis zu ihrer Aufhebung oder bis zum Inkrafttreten neuer Bestimmungen in ihrem bisherigen Anwendungsbereich entsprechend fort. Die Hochschule Zittau/Görlitz stellt den Mitgliedern und Angehörigen der Außenstelle der Technischen Universität Dresden in Zittau ihre Zentralen Einrichtungen im gleichen Umfang zur Verfügung wie ihren Mitgliedern und Angehörigen.

(4) In Magisterstudiengänge kann nicht mehr immatrikuliert werden.

(5) § 12 Absatz 2 gilt für alle Studentinnen und Studenten, die ab dem Wintersemester 2012/2013 immatrikuliert worden sind.

(6) Für Hochschulen, denen das Staatsministerium bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Bestimmungen bestandskräftig bestätigt hat, dass sie die Anforderungen nach § 11 Absatz 1 Satz 1 sowie Absatz 2 Satz 6 und 7 des Sächsischen Hochschulgesetzes vom 10. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 900) in der am 1. Januar 2012 geltenden Fassung erfüllen, gilt § 11 Absatz 6 Satz 4 des Sächsischen Hochschulgesetzes vom 10. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 900) in der am 1. Januar 2012 geltenden Fassung weiter, bis die Hochschulen von der Möglichkeit des § 109 Absatz 4 Gebrauch gemacht haben.

(7) Für Studentinnen und Studenten, die nach § 24 Absatz 1 Satz 3 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S.3) in der am 28. September 2021 geltenden Fassung bis zum 31. März 2021 aus der Studentenschaft ausgetreten sind, gilt der Austritt fort. Diese Studentinnen

und Studenten können in die Studentenschaft wieder eintreten. Der Wiedereintritt ist schriftlich mit der Rückmeldung zu erklären. Die Studentinnen und Studenten, die nach dem 31. März 2021 ihren Austritt nach der in Satz 1 genannten Vorschrift wirksam erklärt haben, werden zum Sommersemester 2022 wieder Mitglied der Studentenschaft.

(8) § 106 Absatz 6 in Verbindung mit Absatz 1 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 3), das zuletzt durch das Gesetz vom 1. Juni 2022 (SächsGVBl. S. 381) geändert worden ist, gilt für Hochschulen weiter, die aufgrund dieser Vorschrift bis zum [einsetzen: Datum des Tages nach der Verkündung] staatlich anerkannt worden sind.

(9) Die §§ 10 und 116 gelten für studiengangsbezogene Kooperationen, die zum [einsetzen: Datum des Tages nach der Verkündung] bestanden haben, ab 1. Oktober 2025. Anträge auf Genehmigung sind spätestens bis zum 30. Juni 2025 zu stellen.

(10) § 89 Absatz 1 Satz 2 gilt nicht für Vorschläge, die vor dem [einsetzen: Datum des Tages nach der Verkündung] gemacht wurden.

(11) Die Promotionsordnungen sind bis zum Ablauf von einem Jahr nach dem [einsetzen: Datum des Tages nach der Verkündung] an die Bestimmungen dieses Gesetzes anzupassen. Die angenommenen Doktorandinnen und Doktoranden wählen aus ihrer Mitte die Doktorandenvertretung bis zum Ablauf von zwei Jahren nach dem [einsetzen: Datum des Tages nach der Verkündung].

(12) Die bis zum [einsetzen: Datum des Tages nach der Verkündung] eingesetzten Berufungskommissionen bleiben in dieser Zusammensetzung für die laufenden Berufungsverfahren im Amt. Die oder der Gleichstellungsbeauftragte der Fakultät ist berechtigt, an den Sitzungen der Berufungskommissionen mit Rede- und Antragsrecht teilzunehmen.

(13) § 82 Absatz 6 des Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 3), das zuletzt durch das Gesetz vom 1. Juni 2022 (SächsGVBl. S. 381) geändert worden ist, gilt weiter, sofern die Stelle der Rektorin oder des Rektors vor dem [einsetzen: Datum des Tages nach der Verkündung] öffentlich ausgeschrieben worden ist.

(14) Die Ordnung nach § 15 Absatz 3 Satz 1 ist bis zum 11. Juni 2025 zu erlassen. Bis zum Erlass der Ordnung sind die Daten nach der Sächsischen Hochschulpersonendatenverordnung vom 20. Oktober 2017 (SächsGVBl. S. 568) in der bis zum 10. Juni 2022 geltenden Fassung zu erheben.

---